

11.517 / 4/2

Ziele und Methoden der südöstlichen Volkstumspolitik Polens

Nationalitäten- und Kirchenpolitische Tendenzen der Warschauer Regierung gegenüber den Weißruthenen und Ukrainern von 1919 bis 1939

Von HANS JOACHIM BEYER (Prag)

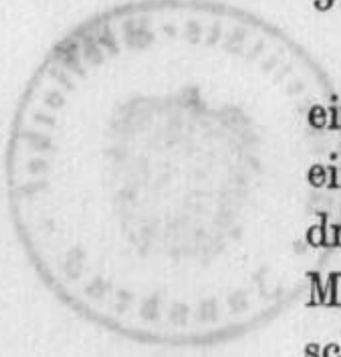


Bis zum Zusammenbruch bildete die Nationalitätenfrage eine der Kernfragen der polnischen Republik. Stellt man die Hauptthemen der Warschauer Politik seit der Staatsgründung zusammen, so kommt man auf vier entscheidende Fragen, unter denen die Frage der nichtpolnischen Volksgruppen nicht die letzte war: Erziehung des polnischen Menschen zum Staate, Lösung der Agrarfrage, Sicherung des Staates im Kräftefeld zwischen Berlin und Moskau, endlich Ausgleich der Nationalitätenprobleme mit den Staatstendenzen. Keines dieser Probleme war unabhängig von den anderen einer Klärung näher zu bringen. Sogar die Erziehung der Polen zum Staate ließ sich, losgelöst von der Agrarfrage z. B., nicht durchführen, noch 1925 klagte ST. GRABSKI über die geringen Erfolge auf diesem Gebiete¹⁾. Das Nationalitätenproblem hing eng mit der außenpolitischen Konstellation, mit der Entwicklung der Agrarstruktur und mit der Werbekraft der polnischen Staatlichkeit zusammen. Wenn es hier systematisch nach gewissen Gesichtspunkten dargestellt werden soll, darf doch nie übersehen werden, daß es sich nicht um eine kleine abseitige „Minderheitenfrage“ handelte, die man vielleicht isoliert betrachten mochte: das Verhältnis der nichtpolnischen Volksgruppen zur Warschauer Republik betraf nicht bloß die Existenz der Volksgruppen, sondern auch den Bestand des Staates.

Von Anfang an stand für die europäische Politik fest, daß die Erhaltung der polnischen Staatlichkeit zu einem großen Teil von der Lösung der innerstaatlichen Volkstumsprobleme abhängen würde. Wenn auch der Minderheitenvertrag, der den Polen am 28. Juni 1919 auferlegt wurde, nur für die vom Deutschen Reich abgetretenen Gebiete galt, so wurde doch allgemein die Frage der Nichtpolen in Polen als eine Einheit empfunden. Schon vor der Begründung des Staates waren sich die meisten polnischen Führer über diesen Zusammenhang klar und versuchten deshalb, gesetzliche Regelungen in der zukünftigen Verfassung vorzubereiten²⁾. Nach der Einrichtung des Staates wurden die Warschauer Behörden nicht müde, durch

¹⁾ STANISŁAW GRABSKI, O kwestjach narodowej polityki państwowej, 1925.

²⁾ LEON ZIELENIEWSKI schildert einen Teil dieser Bemühungen in seiner Abhandlung „Zagadnienie mniejszości narodowych w Konstytucji Rzeczypospolitej“ in „Sprawy Narodowościowe“ IX, 1935.



ein besonderes Institut, durch Presse und andere Propaganda sowie durch eine intensive Beeinflussung gewisser Schichten der Volksgruppen den Eindruck zu erwecken, als ob durch bereits getroffene rechtliche und praktische Maßnahmen der ganzen Frage die eigentliche Gefährlichkeit und der entscheidende Charakter genommen sei. Aus einem Bündel von Nationalitätenfragen wurde „das“ Minderheitenproblem. Noch 1927 erklärten Ukrainer, Weißruthenen und Litauer in Genf, daß sie dem dortigen Nationalitätenkongreß nicht beitreten könnten, weil sie sich nicht als staatslose Nationalitäten, als „Minderheiten“ betrachteten. Wenig später traten diese drei Gruppen, wenn auch unter ausdrücklicher Formulierung eines Vorbehalts, dem Kongreß bei. Dieser Entschluß und die neue Orientierung der ukrainischen Volkspolitik auf die Erreichung innerstaatlicher Ziele schien die Warschauer Argumentation zu rechtfertigen. Am 13. September 1934 erklärte J. BECK dann vor der Völkerbundversammlung, daß Polen sich gezwungen sehe, zukünftig „sich jeder Mitwirkung an der von den internationalen Organen ausgeübten Kontrolle des von Polen angewandten Systems des Minderheitenschutzes zu enthalten“³⁾. Die Rechte der Minderheiten seien jedoch weiterhin geschützt, und zwar durch die staatlichen Gesetze.

Ganz im Sinne dieser Entwicklung entstand auf polnischer Seite ein umfangreiches Schrifttum, dem von Zeit zu Zeit von seiten der Volksgruppen widersprochen wurde. Der Zusammenbruch des polnischen Staates hat uns der Notwendigkeit enthoben, dies Schrifttum genauestens zu analysieren, da uns Akten der polnischen Verwaltung vorliegen, die ein ziemlich genaues Bild der Warschauer Absichten, der eingeschlagenen Wege und der erzielten Erfolge erlauben. Das Schrifttum wird dadurch nicht völlig wertlos, da es insbesondere in einzelnen Fällen die Ausfüllung von Lücken gestattet, es kann jedoch gegenüber den primären Quellen, die hier benutzt werden, in den Hintergrund treten.

Auf Grund dieser Akten soll die polnische Ukrainerpolitik, d. h. die Tendenz der Warschauer Zentrale und ihrer nachgeordneten Behörden gegenüber den Staatsbürgern ukrainischer Zunge dargestellt werden. Dabei wird nicht eine lückenlose Chronologie der Vorgänge, sondern die Herausarbeitung des „Systems“ der Volkstumspolitik (falls ein derartiges System bestand) erstrebt. Auf Einzelheiten (etwa die berüchtigten Pazifikationen) wird nur dann eingegangen, wenn sie im Rahmen des Systems eine besondere Bedeutung haben.

Die nationalitätenrechtlichen Streitfragen können dabei außer acht gelassen werden. ZIELENIEWSKI hat darauf aufmerksam gemacht⁴⁾, daß

³⁾ ST. Z. PAPROCKI, Polen und das Minderheitenproblem. Warschau 1935, S. 23 ff.

⁴⁾ ZIELENIEWSKI, a. a. O., S. 4 ff.

Artikel 109 der Verfassung vom 17. März 1921 offenbar abhängig ist von einem Vorschlag, den Siemieński bereits 1917 gemacht hatte. Dieser Vorschlag sah auf der einen Seite den Grundsatz vor, daß den Staatsbürgern aller Nationalitäten — individuell also! — die Freiheit zugestanden wird, ihre Eigenarten zu pflegen, wollte aber auf der anderen Seite auch „Gebieten mit nichtpolnischer Bevölkerung“ das Recht zubilligen, die Gleichberechtigung einer nichtpolnischen Sprache und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse fordern zu dürfen. Die Verfassung verwandelte dies territorialrechtliche Prinzip bereits in ein bloßes Postulat: „Besondere Staatsgesetze sichern den Minderheiten im Polnischen Staate die volle und freie Entwicklung ihrer nationalen Eigenarten . . .“ Mit Rücksicht auf die Vorgänge bei der Eingliederung Ostgaliziens in die Republik ist von ukrainischer Seite mehrfach versucht worden, zu einer territorialen Autonomie — zuletzt 1938 — zu gelangen. Diese Versuche mißlingen, weil die Generallinie der Warschauer Politik — sieht man von einigen „föderalistischen“ Außenseitern, die in der deutschen Publizistik von 1934—1938 stark überschätzt wurden, ab — eine von „Gebieten“ ausgehende Lösung des Nationalitätenproblems ausschloß. Für die Warschauer Politik waren die Nichtpolen des Staates keine Völker oder Volksgruppen, sondern eine Summe von Individuen, deren Beeinflussung und Bekämpfung sich nach einem System vollzog, das keinem der „minderheitenrechtlichen“ Prinzipien, zu denen man sich bekannte, entsprach. Die Nationalitätenpolitik der polnischen Republik kann deshalb nur von der Wirklichkeit der Verwaltungspraxis aus beschrieben werden, wobei es freilich nötig ist, in der Fülle der einzelnen Maßnahmen die leitenden Prinzipien zu erkennen.

Voraussetzungen

Nach der endgültigen Festlegung der östlichen Grenzen beherbergte Polen fast 5 Millionen Ukrainer⁵⁾, die jedoch in politischer, psychologischer und religiös-kultureller Hinsicht mancherlei Unterschiede aufwiesen.

Die galizischen Ukrainer waren überwiegend griechisch-uniert (3,031.000), in kultureller Hinsicht durch die österreichische Verwaltung durchwegs im mitteleuropäischen Sinne entwickelt worden und besaßen Ansätze einer Führungsschicht mit eigennationalen Tendenzen. In völkerpsychologischer Hinsicht war der Haß gegen die Polen ein Moment von größter politischer Bedeutung. Eine kleine Gruppe, deren Bedeutung im Laufe der Zeit zurück-

⁵⁾ Die amtliche polnische Statistik vom 30. September 1921 gibt nur 3,878.000 Ukrainer an. Das Preußische Statistische Amt berechnete ihre Zahl jedoch auf Grund der vorhandenen Unterlagen auf 4,880.000, während STANISLAUS MORNIK in seinem Buche „Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen“. Berlin 1931, S. 25, die Zahl 4,896.000 für richtig hält.

gegangen war, bezeichnete sich als „russophil“ und neigte entweder zum Anschluß an das Russentum⁶⁾ oder zur Behauptung einer eigenen „ruthenischen“ Nationalität. Außerhalb Galiziens waren die Ukrainer Glieder der griechisch-orthodoxen Kirche. Der kulturellen Zurückgebliebenheit entsprach hier in psychologischer Hinsicht der Dämmerzustand, in dem sich das Volksbewußtsein befand. Die Übergänge zu den Weißruthenen erschienen als völlig unklar, weil der größte Teil der Landbevölkerung nicht national, sondern konfessionell dachte. Hier gab es noch „Konfessionsvolk“: Die orthodoxe Kirche war als Gesinnungsfaktor offenbar bedeutender als das ukrainische Volkstum. Bei den Popen, deren Haltung bei dieser Sachlage besondere Bedeutung zukommen mußte, ließen sich russophile Tendenzen feststellen, die anscheinend den Neigungen der galizischen „Ruthenen“ und „Russophilen“ entsprachen. Außerdem lebten hier verstreut, von den polnischen Behörden unterstützt, ostukrainische Emigranten, deren politisches Schicksal zur Entwicklung einer polenfreundlichen Haltung geführt hatte. Wenn auch die Masse der 1,365.000 orthodoxen Ukrainer somit 1921 als national und politisch wenig geweckt zu bezeichnen war, so war doch vom Standpunkte der polnischen Behörden aus eine große Gefahr vorhanden: die der Aktivierung dieser Massen durch die orthodoxe Kirche. Die Frage der griechisch-orthodoxen Kirche wurde deswegen zu einem volkspolitischen Problem erster Ordnung. Das Gesamtbild des Ukrainertums wurde endlich noch durch zwei Erscheinungen bunter: einmal durch die Tatsache, daß es am Rande des eigenen Siedlungsgebiets zwei Stammesgruppen — die Lemken und die Huzulen — mit einer gewissen Eigenart und endlich verstreut über bestimmte Teile Galiziens römische

⁶⁾ Die auch im deutschen Schrifttum übliche Redeweise „Großrussen“ (zum Unterschied von Weißruthenen und Ukrainern) läßt sich sachlich nicht halten. Ihr entspricht die zaristische Terminologie „Kleinrussen“, d. h. die Behauptung, daß es im Osten nur ein „russisches“ Volk gibt, das aus drei Stämmen (mit dem „großrussischen“ als dem größten) besteht. Der volkstümliche Sprachgebrauch kennt das unterscheidende Wort „großrussisch“ kaum. Eine ausführliche Erörterung der Terminologie auf dem Gebiete der östlichen Völkerwelt (vom ukrainischen Standpunkt aus) findet sich bei ROMAN SMAL-STOCKYJ, Die Germanisch-Deutschen Kultureinflüsse im Spiegel der Ukrainischen Sprache, Leipzig 1942, S. 73 ff. Hier wird das Eigenschaftswort „groß“ in Klammern gesetzt (so ist z. B. von [groß]-russischen, eigentlich moskowitzischen Gebieten die Rede). Die Polen gebrauchten in ihren Denkschriften für Versailles übrigens durchwegs die zaristische Terminologie, so heißt es z. B. über bestimmte Ostgebiete: „Większość ludności na północy mówi albo po litewsku, albo po białorusku, na południu zaś po małorusku.“ (Akty i Dokumenty dotyczące sprawy granic Polski na Konferencji Pokojowej w Paryżu 1918—1919, Bd. I, Paris 1920, S. 15). Das Ukrainertum wird als sprachliche Tatsache zugegeben, gesinnungsgemäß und politisch befindet es sich jedoch in einem embryonalen Zustande, so daß man Ostgalizien Polen angliedern müsse (S. 57).

Katholiken ukrainischer Sprache gab. Bei den Lemken lagen bereits leichte Ansätze zu einer polnischen Orientierung vor, während bei den „Lateinikern“ (Römisch-Katholischen) die Polonisierung ziemlich weit fortgeschritten war⁷⁾.

Die soeben angedeuteten seelischen Unterschiede in der Gesinnungsstruktur des Ukrainertums ermöglichten der polnischen Politik eine ganze Reihe bedeutsamer Anhaltspunkte. Sie gehören fast alle zu dem Versuche, die mögliche Einheit des Ukrainertums durch die Ausprägung von Sonderstämmen zu verhindern, in kleinerem Umfange waren sie auch Ausgang unmittelbarer Polonisierungsbemühungen. Der Methode, die regionalen Gruppen scharf zu unterscheiden, entsprach logisch das ständige Bemühen, bei den anerkannten Organisationen darauf zu achten, daß der ihnen zugebilligte Betätigungsrahmen streng eingehalten wurde. Dabei ging man in der Auslegung formal vor. Nachdem der Innenminister erlaubt hatte, daß der Volksaufklärungsverband „Prosvita“ seinen Mitgliedern ein Abzeichen verleihen dürfe, gab eine allgemeine Zeitungswerbung für das Abzeichen dem Wojwoden Veranlassung, das Abzeichen zu verbieten, da es offenbar auch an Nichtmitglieder verteilt werde (Krakau, Sozialpolit. Abt., 12. April 1938). Elf Tage später teilte die gleiche Behörde mit, daß der während der Jubiläumsfeier vorgesehene „Kongreß der ukrainischen Kultur“ verboten sei, weil die Abhaltung jenes Kongresses die Grenzen der statutarischen Berechtigungen des Prosvita-Verbandes überschreite. Dabei handelte es sich um eine allukrainische Kulturorganisation, deren Satzungen allerdings nicht die Veranstaltung eines „Kongresses“ der ukrainischen Kultur vorsahen.

Bedeutung der Sokalgrenze

Es ist verständlich, daß die polnische Regierung ihre Bemühungen, die Unterschiede zwischen den drei Teilgebieten durch eine allmähliche Auslöschung der noch immer vorhandenen seelischen Grenzen zwischen dem Prusiaken, dem Kongresser und dem Galizianer zu überwinden, nicht auf das ukrainische Siedlungsgebiet ausdehnte. Die historische Grenze zwischen Galizien auf der einen, Wolhynien und Cholm auf der anderen Seite wurde weiterhin scharf betont. Die verschiedensten Maßnahmen sollten dazu dienen, einen Verkehr der Ukrainer auf beiden Seiten der

⁷⁾ Die Berechnungen über die Zahl der „Lateiniker“ gehen weit auseinander, weil es in der Praxis außerordentlich schwer ist, zwischen römisch-katholischen Ukrainern und griechisch-unierten Polen (die entwicklungsgeschichtlich zusammengehören) zu trennen, vgl. H. J. BEYER, Das Schicksal der Polen, Leipzig 1942, S. 58 ff. MORNIK nimmt, a. a. O., S. 17 an, daß die Zahl der römisch-katholischen Ukrainer, die 1910 etwa 800.000 betrug, 1921 zumindest noch 200.000 betrug.

sogenannten Sokalgrenze zu verhindern. Für die Verwaltungsbehörden gab es diesseits und jenseits von Sokal zwei verschiedene Menschentypen.

Eine ausführliche Anweisung, die den zugelassenen Sprachgebrauch festlegte, entspricht dieser Tendenz völlig (Lemberger Wojwodschaftsamt, Sozialpol. Abt., 8. Februar 1938): während die ukrainische Presse die Lubliner, wolhynische und 'polesische Wojwodschaft zusammenfassend „nordwestliche Gebiete“ oder „nordwestliche Ukraine“ nenne und die staatsamtlichen regionalen Bezeichnungen vermeide, sei es dringend erforderlich, aus psychologischen Gründen die gewünschte Terminologie durchzusetzen. Genau so wie die Verwendung des Begriffes „Galizien“ unzulässig sei, gäbe es zahlreiche andere Ausdrücke, die im Auslande einen falschen Eindruck hervorrufen. Die Anwendung der Begriffe Kleinpolen, Wolhynien, Lubliner Wojwodschaft, Podolien, Huzulen-, Bojken- oder Lemkengebiet müsse deshalb erzwungen werden. Den Polen kam es also darauf an, auf der einen Seite die Sammelbezeichnung „Westukraine“ auszuschließen, auf der anderen Seite erstrebten sie einen vielfältigen Gebrauch regionaler Ausdrücke im Anschluß an die staatliche Terminologie. Wenig später, am 1. März 1938, wurde von der gleichen Stelle der Name „Galizien“ erlaubt, um so schärfer ging man gegen Bezeichnungen vor, die die Zugehörigkeit der Landschaften nördlich von Sokal zur Ukraine betonten. Jenseits dieser Stadt, die am Bugflusse liegt, begann für die Behörden eine andere Welt. Das Innenministerium billigte die obige Nomenklatur am 7. März (P. N. 56/4/1).

Im Cholmer Land waren deshalb die üblichen ukrainischen Parteien verboten. Bis zum 1. Dezember 1922 hatte man hier bereits alle ukrainischen Schulen aufgelöst. Ein Anschluß kultureller und wirtschaftlicher Selbsthilfeorganisationen an die Lemberger Zentralen wurde zumeist untersagt. Der Einreise galizisch-ukrainischer Intelligenzler wurden planmäßig Schwierigkeiten bereitet. Entsprechend vereitelte man nach Möglichkeit die Teilnahme Cholmer Vertreter an Lemberger Tagungen. Einige Beispiele aus den Akten mögen die Absichten zeigen, die die polnischen Behörden im Cholmer Land mit seinen unklaren Volkstumsverhältnissen⁸⁾ verfolgten:

Das Prinzip, die Gebiete „diesseits“ und „jenseits“ von Sokal zu trennen, wirkte sich erfolgreich in der griechisch-unierten Kirche aus. Diese hatte in der österreichischen Zeit in Galizien eine überaus günstige

⁸⁾ Hier gibt es viel polonisiertes Ukrainertum, vgl. H. J. BEYER, a. a. O., S. 41 ff. In einer der Denkschriften für Versailles heißt es, daß Cholm überwiegend polnisch sei: „Faktem jest, że większość ziemi tej jest polska, że ludność, mówiąca po rusku, składa się wyłącznie z drobnych rolników i wyrobników, wśród których nie istnieją najmniejsze nawet tendencje separatystyczne“ (S. 61, Sperrung vom Verf.).

organisatorische Entwicklung erlebt und war überdies zu einem wichtigen Faktor für die ukrainische Volkskultur geworden. Außerhalb Galiziens gab es im angrenzenden ukrainischen Siedlungsgebiet des Zarenreiches unierte Unterströmungen, die jedoch an der Oberfläche kaum sichtbar wurden. Während der Zeit der polnischen Adelsrepublik waren durch Druck von oben große Teile der orthodoxen Kirche des ukrainischen Volksbodens der Union angeschlossen worden, so daß etwa um 1700 nahezu alle Ukrainer des Doppelreiches der unierten Kirche angehörten. Eine orthodoxe Kirche wurde als größere Organisation nicht zugelassen. Der immer stärker werdende Einfluß der Moskauer Politik veränderte die kirchenpolitische Lage in den Ostgebieten der Adelsrepublik wieder zuungunsten der unierten Kirche. In zahlreichen Gebieten war die Union nur formal durchgeführt worden, unter dem Einfluß der Moskauer Diplomatie und in der Hoffnung auf die Befreiung durch den Zaren entwickelte sich orthodoxes Gemeindeleben wieder. Als das Zarenreich die Ostgebiete Polens übernahm, war zwar keine orthodoxe Hierarchie, wohl aber ein ausgebreitetes Netz von Gemeinden und Priestern vorhanden. Die sogenannte „Disunion“ vollzog sich rasch und zunächst ohne Gewalt, hier und da wurde allerdings von den neuen Machthabern mit Zwangsmaßnahmen nachgeholfen. Es erwies sich, daß die Union in großen Teilen der ukrainischen Bevölkerung nicht Wurzeln gefaßt hatte. In den westlichen Randgebieten, vor allem in Wolhynien und im Bezirk Cholm, war jedoch mit polnischer Hilfe ein starkes uniertes Kirchenwesen aufgebaut worden, das zum Teil über polnisch gesinnte Priester verfügte. Diese leisteten der Wiedereingliederung in die orthodoxe Kirche erheblichen Widerstand.

Das starke Interesse der österreichischen Verwaltung an der unierten Kirche Galiziens machte naturgemäß die unierten Restgemeinden Rußlands für die zaristischen Behörden verdächtig, ganz abgesehen von den polnischen Tendenzen, die in ihnen wirksam waren. Die Zeit Alexanders I. brachte freilich keine entscheidenden russischen Erfolge, weil die Westgebiete verwaltungsmäßig dem polnischen Hochadel überlassen wurden. Mit Hilfe der Jesuiten versuchte dieser eine Ausbreitung des römischen Katholizismus, vor allem in den Gebieten, in denen eine endgültige Entscheidung zwischen „Union“ und „Disunion“ noch nicht gefallen war. Unter Nikolaus I. wurde dann aber der Entschluß gefaßt, die unierte Kirche im Zarenreich aufzulösen. 1820 waren die Jesuiten ausgewiesen worden, 1825 übernahm Nikolaus die Regierung und wenige Jahre nach dem ersten polnischen Aufstand erfolgte die Eingliederung des größten Teils der unierten Kirche in die orthodoxe. Drei Bischöfe und 1300 Priester vollzogen 1839 den Übertritt. Lediglich kleine Gruppen des Cholmer Landes blieben bei der Union; ihr Widerstand wurde in den siebziger Jahren mit Polizeigewalt gebrochen.

Ein Teil der Priester floh nach Galizien, die übrigen wanderten in die sibirische Verbannung.

Es ist verständlich, daß die polnische Verwaltung sich nach 1918 dieser geschichtlichen Auseinandersetzungen wieder bewußt wurde. Die Tatsache, daß nach der Erklärung der Religionsfreiheit 1905 mehr als 100.000 Ukrainer im Westrandgebiet zur römisch-katholischen Kirche übertraten — die unierte Kirche blieb im Zarenreich verboten —, zeigte, daß insbesondere im Cholmer Land Sympathien für die abendländische Kirche und polnische Kultureinflüsse trotz aller zaristischen Bemühungen wirksam waren. Wollte die neue polnische Verwaltung die Union in den orthodoxen Gebieten als Werkzeug im Volkstumskampf benutzen, so mußte allerdings der Einfluß der galizischen Metropole, die ukrainisch gesinnt war, ausgeschaltet werden. Als Metropolit Graf A. Šeptyćkyj den Theologen J. Bocian zum unierten Bischof von Łuck weihte, wurde sofort eingegriffen. Bocian wurde aus seiner wolhynischen Diözese vertrieben. Mit Hilfe der Jesuiten wurde an der Ausbildung uniierter Geistlicher gearbeitet, die späterhin nicht der galizischen Metropole, sondern den zuständigen römisch-katholischen Bischöfen unterstellt wurden. Es gelang der polnischen Staatsführung, in Rom für diese Politik volle Zustimmung zu erhalten. Artikel 18 des Konkordats bestimmte daher, daß die außerhalb einer Diözese befindlichen Geistlichen und Gläubigen aller Riten den Ortsordinarien unterstehen. Da die Diözesangrenzen der unierten Kirche Galiziens nicht erweitert wurden, unterlagen die unierten Kreise Wolhyniens, des Cholmer und Lubliner Landes, Podlachiens (sowie endlich auch eines galizischen Bezirkes westlich des San) in besonderem Maße den kirchenpolitischen Bestrebungen der Warschauer Regierung.

Bereits das erste Jahrzehnt der polnischen Bemühungen zeigte jedoch, daß die hochgespannten Erwartungen auf diesem Gebiete nicht in Erfüllung gehen sollten. Trotz des chaotischen Zustandes, in dem sich die orthodoxe Kirche in äußerer und innerer Beziehung befand⁹⁾, gelang es ihr, größere Missionserfolge der Gegner im eigenen Gemeindebereich abzuwehren. Hinzu kam, daß die Führung der unierten Gemeinden nördlich Sokal und westlich des San antiukrainischen Tendenzen nicht zugänglich war. Nördlich der Sokalgrenze wurden die unierten Gemeinden von Angehörigen der Redemptoristenkongregation betreut, die zumeist aus Belgien kamen. Ihr Oberhaupt war der Bischof M. Čarnećkyj, ein Ukrainer. Die Redemptoristen beteiligten

⁹⁾ IRENE GRÜNING, Die autokephale östlich-orthodoxe Kirche in Polen in den Jahren 1922—1939. In: Jahrbuch des Osteuropainstituts zu Breslau 1940, S. 111 bis 127, insbes. 112 ff. Hier wird ein Aufsatz der Verfasserin über die polnische Kirchenpolitik angezeigt, der jedoch tatsächlich in der Zeitschrift „Kyrios“ nicht erschienen ist.

sich zwar kaum an der ukrainischen Kulturarbeit, waren sich jedoch darüber klar, daß die ihnen gestellte Missionsaufgabe ohne eine Anpassung an Sprache und Sitten der einheimischen Bevölkerung nicht zu lösen war.

Erwies sich der Versuch, mit rein verwaltungsmäßigen Mitteln — Unterstellung unter die Jurisdiktion der römisch-katholischen polnischen Bischöfe — volkstumpolitische Ziele zu erreichen nördlich Sokal als vergeblich, so zeigte sich im Lemkengebiet, daß ein anderer Weg größere Aussichten bot. 1934 gelang es der polnischen Regierung in Rom die Loslösung des Lemkengebiets von der Diözese Przemyśl zu erreichen. Es wurde eine eigene „Apostolische Administratur“ mit dem Sitz in Rymanow-Sanok eingerichtet und als päpstlicher Administrator ein russophiler Geistlicher eingesetzt, der im Einvernehmen mit den örtlichen polnischen Behörden bewußt ukrainisch eingestellte Priester und Lehrer beseitigte. Die theologischen Seminare in Lemberg, Przemyśl und Stanislaw wurden für den Nachwuchs der Administratur gesperrt und das räumlich näher liegende römisch-katholische Seminar Tarnów (mit polnischer Unterrichtssprache) zur Ausbildungsstätte bestimmt. Diese Absichten standen in Verbindung mit dem Versuch, ein lemakisches Sonderbewußtsein¹⁰⁾ zu schaffen — ein Versuch, der noch unsere Aufmerksamkeit finden wird. In bezug auf die griechisch-unierte Kirche der Sanoker Administratur läßt sich sagen, daß die Zeit zu kurz war, um dauerhafte Erfolge zu erzielen. Immerhin lehrten Feststellungen im Lemkengebiet seit 1939, daß eine für die polnischen Absichten durchaus günstige Gesinnungsbeeinflussung erfolgt war. Wenn diese Erfolge nicht größer waren, so lag das einmal an der kurzen Zeitspanne, zum anderen daran, daß die zumeist eingesetzten russophilen Elemente zwar das ukrainische Volksbewußtsein bekämpften, aber einer Polonisierung gegenüber vielfach sehr zurückhaltend waren. Das eigentliche Ziel dieser Geistlichkeit war die Bildung eines Gesinnungstyps „russophiler Lemke“.

Zusammenfassend läßt sich über die Warschauer Absichten gegenüber der unierten Kirche außerhalb der ostgalizischen Diözesen sagen, daß der entscheidende Gesichtspunkt der Verwaltungspraxis ein negativer war; man bemühte sich, den Einfluß der nationalukrainisch ausgerichteten galizischen Metropole einzuschränken. Wo die Möglichkeit dazu bestand, wurden ukrainische Gemeinden von der — möglichen — Jurisdiktion des Metropoliten ausgenommen. Das gelang nach der Staatsgründung sehr bald in den Gebieten, die zu Rußland gehört hatten. 1934 wurde dann auch das Lemkengebiet von der Przemysler Diözese losgelöst. Im Lemkengebiet wurden durch diese Maßnahmen rund 100.000 Unierte polenfreundlichen russophilen Einflüssen unterworfen. Nördlich Sokal war das unierte Element

¹⁰⁾ M. ANDRUSJAK, Der westukrainische Stamm der Lemken. SOF. VI (1941), S. 567 ff., 572 ff.

zahlenmäßig so schwach, daß es für die erwähnten volkspolitischen Absichten bedeutungslos blieb, ganz abgesehen davon, daß Bischof Čarnečkyj diesen Plänen nicht zugänglich war. Nach der letzten staatspolnischen Statistik, die voll veröffentlicht ist, gab es 1931 außerhalb der vier galizischen Wojewodschaften nur 27.000 Unierte, von denen 11.000 in Wolhynien und gut 3000 in der Lubliner Wojewodschaft lebten.

Die große Bedeutung, die der „Sokalgrenze“ in der polnischen Verwaltungspraxis zukam, zeigt sich jedoch nicht bloß in der Regelung der Rechtsverhältnisse der griechisch-unierten Kirche. In Wolhynien und im Cholmer Land wurden die großen ukrainischen Parteien, deren Mittelpunkt stets Lemberg war, unterdrückt. In Wolhynien förderten die Behörden Sondergruppen, so vor allem die „Ukrainische Wolhynische Vereinigung“ (U. W. O.). Der Wojewode Józewski ermöglichte außerdem einer polenfreundlichen Gruppe ostukrainischer Emigranten, der sogenannten U. N. R. (Petljuraanhänger), eine politische Betätigung¹¹⁾. Im Cholmer Gebiet waren alle ukrainischen Parteien grundsätzlich verboten. Ähnlich wie die politischen Parteien wurden die großen Kulturorganisationen behandelt.

Der Name Lwiv (Lemberg) war den Behörden ganz besonders unangenehm. Wo man konnte, verhinderte man das Zusammenströmen von größeren Menschenmengen in dieser Stadt, da man eine Beeinträchtigung ihres polnischen Gesichts befürchtete. Die behördliche Behandlung der großen Prosvita-Jubiläumsfeier erfolgte unter der besonderen Absicht, möglichst wenig auswärtige Ukrainer teilnehmen zu lassen. „Es ist notwendig, dem massenhaften Zuströmen der Bevölkerung nach einzelnen Bezirksstädten und besonders nach Lemberg entgegenzuwirken. Die Behörden der inneren Verwaltung sollen sich dem erwähnten unerwünschten Zustrom mit Rücksicht auf die öffentliche Sicherheit, Ruhe und Ordnung mit polizeilichen Mitteln entgegenstellen“ (Innenministerium P. N./6868/

¹¹⁾ Diese Maßnahme steht in Verbindung mit den ostföderalistischen Plänen der Pilsudski-Gruppe, vgl. HARALD LAEUVEN, *Polnisches Zwischenspiel*, Berlin 1940, S. 173 f. Józewski wurde 1938 nach dem Westen versetzt, weil die Warschauer Zentrale eine unmittelbare Polonisierungsarbeit der Pflege einer polenfreundlichen sprachukrainischen Gruppe vorzog. Er hielt 1928 eine Rede gegen die UdSSR, die zu einem diplomatischen Konflikt Anlaß gab. Er hatte betont, daß man in Wolhynien die Voraussetzungen für eine unabhängige Ukraine im Sinne Petljuras schaffen müsse, vgl. RENÉ MARTEL, *La France et la Pologne. Réalités de l'Est Européen*, Paris 1931, S. 148 ff. Józewski, der Innenminister im Kabinett Bartel gewesen war, erklärte damals (nach Martel): „Der Ukrainer, der das gemeinsame polnisch-ukrainische Leben auf dem Boden Wolhyniens organisiert, handelt nicht im Widerspruch zu der Idee einer unabhängigen Ukraine in den Gebieten, die uns benachbart sind.“ Voraussetzung der Förderung der UNR-Gruppe (Petljura, Liwyčkyj, Šulhyn, Smal Stockyj) war also der Verzicht auf die Westukraine.

2/tj/38 vom 16. April 1938). Lemberg war als international-kultureller Mittelpunkt der galizischen Ukrainer existenziell eine Gefahr für die Polen.

Vom polnischen Standpunkt aus kam es darauf an, eine Vereinheitlichung der ukrainischen Kulturarbeit zu verhindern. Aus dem Aktenmaterial ergibt sich deutlich, daß man dabei nach einem bestimmten Schema vorging. Die ukrainischen kulturellen Organisationen wurden in drei Kreise eingeteilt, wobei wieder die Sokalgrenze eine entscheidende Rolle spielte. Im ehemaligen Kronland Galizien fand man sich östlich des San damit ab, daß es ein ukrainisches kulturelles Leben gab. Man bekämpfte zwar die einzelnen Zweige der Kulturorganisationen, hielt es aber im Interesse einer besseren polizeilichen Überwachung zumeist für zulässig, daß sie in Lemberg Zentralen bildeten. Von Zeit zu Zeit wurden einzelne Verbände oder Teilgruppen verboten, im Grundsatz wurde die ukrainische Kulturarbeit jedoch auf diesem Gebiete toleriert. Einen zweiten Kreis bildete in der Vorstellungswelt der polnischen Behörden Wolhynien. Vor der Gründung des polnischen Staates war hier die — übrigens wenig entwickelte — ukrainische Kulturarbeit von Kiew her beeinflußt worden. Russische Einschläge waren nicht unwichtig. Die Umstellung von dem Kiewer auf den Lemberger Mittelpunkt stieß nicht bloß auf die Schwierigkeiten, die sich aus den konfessionellen und gesinnungsmäßigen Unterschieden ergaben, sondern auch auf eine bewußte Gegenarbeit der polnischen Behörden. Vor allem während der Tätigkeit des Wojwoden Józewski wurde Luck als Wojwodschaftshauptstadt zum Mittelpunkt des „bodenständigen Ukrainertums“ gemacht. Mit Hilfe Warschauer Emigrationskreise glaubte man, eine dem Polentum freundlich gesonnene ukrainische Führungsschicht entwickeln zu können. Infolgedessen wurden die allgemeinen Prosvita-Lesehallen und ähnliche Einrichtungen immer wieder aufgelöst, so z. B. 1928 in Dubno, Kowel, Słuck und Wołodymyr¹²⁾. Der Unterschied zwischen dem zweiten und dem dritten „Kreis“ (Lemkengebiet, Cholmer Land, Polesien) bestand in der polnischen Vorstellungswelt darin, daß im zweiten Kreis ukrainisches Kulturleben spezifisch „wolhynischer“ Färbung und ohne Zusammenhang mit Lemberg geduldet werden konnte, während im dritten Kreis grundsätzlich alles Ukrainische zu unterdrücken sei. Die Jugendorganisationen Sokil und Łuh waren sowohl in Wolhynien als auch im Cholmer Land verboten, in Wolhynien erlaubte man jedoch Verbände mit ähnlichen Aufgaben, wenn sie zu den „loyalen“ „wolhynischen“ Gruppen gehörten. Im Cholmer Gebiet und in den anderen Gauen des „dritten Kreises“ wurde jedoch keinerlei Kultur- und Erziehungsarbeit von Vereinen mit ukrainischer Färbung geduldet. Jubiläumsfeiern zu Ehren des Prosvita-Verbandes wurden

¹²⁾ ST. MORNİK, a. a. O., S. 113.

„in den westlich des San liegenden Orten und im Lemkengebiet“ grundsätzlich nicht erlaubt, weil sie „vom Standpunkte der polnischen Minderheitenpolitik in diesem Gebiete unerwünscht sind“ (Krakau, Wojw. Sozialpol. Abt., 19. Mai 1938, unter Hinweis auf eine entsprechende Lemberger Verfügung). Im Lemkengebiet wurden noch 1933 alle ukrainischen Kultur- und Volksaufklärungsverbände aufgelöst, nachdem auf einer Sitzung der Neusandezer Starostei, die Wojwodschaftsrat Hirschberg leitete, auf Vorschlag des Starosten Łach am 31. Mai 1933 entsprechende Entschlüsse gefaßt worden waren. Dem Vorschlage, auch die russophilen Kačkovskyj-Lesehallen zu schließen, wurde jedoch zunächst nicht stattgegeben, da man noch nicht glaubte, auf die Russophilen verzichten zu können¹³⁾. Die ukrainische Kolonie in der Stadt Krakau wurde übrigens, wohl aus propagandistischen Gründen, anders behandelt, ihr kam man häufig entgegen.

In Polesien leugnete man bekanntlich überhaupt die Existenz einer ukrainischen und weißruthenischen Bevölkerung und arbeitete bewußt mit dem Begriff „Hiesige“ (tutejszy). Der Entschluß zu dieser Taktik ist unmittelbar nach der Staatsgründung gefaßt worden, hat sich aber erst seit dem Staatsstreich Pilsudskis in der Verwaltung voll ausgewirkt. Nach der amtlichen Statistik gab es 1921 fast 39.000 „Hiesige“, in 10 Jahren stieg diese Zahl auf 707.000! Ein polnischer Journalist hatte durchaus Recht, wenn er darauf hinwies, daß kein Land „eine ähnliche völkische und sprachliche Metamorphose in einem so schnellen Tempo“¹⁴⁾ erlebt habe wie das östliche Waldsumpfland. Er übersah dabei allerdings, daß es sich mehr um eine statistische Umgruppierung als um eine „Metamorphose“ handelte. Nach den Berechnungen BÜRGENERS¹⁵⁾ gab es 1931 nicht 164.000 Polen, 707.000 Hiesige, 75.000 Weißruthenen und 54.000 Ukrainer, sondern nur 125.000 Polen, aber 694.000 Weißruthenen und 174.000 Ukrainer. Es ist gewiß zuzugeben, daß der größte Teil der „Poleschucken“ über kein klares Nationalgefühl verfügte, falsch war jedoch die polnische Behauptung, daß die Bevölkerung sich als „hiesig“ bezeichne. In Wirklichkeit bezeichneten und bezeichnen sich die Bauern jener Landschaft als „Prawosławni“ oder „Rusyny“, d. h. gebrauchen entweder einen konfessionellen oder einen undifferenzierten Stammesausdruck. Während der polnischen Herrschaft entwickelte sich überdies in gewissen Schichten ein deutliches ukrainisches oder weißruthenisches Bewußtsein, so daß von einigen polnischen Beobachtern bereits von „Umgestaltungen destruktiver Natur“ und von einer

¹³⁾ M. ANDRUSJAK, a. a. O., S. 568 und 575.

¹⁴⁾ Warszawski Dziennik Narodowy vom 30. Dezember 1936.

¹⁵⁾ MARTIN BÜRGENER, Pripet-Polessie. Das Bild einer polnischen Ostraumlanschaft (Petermanns Geographische Mitteilungen, Ergänzungsheft Nr. 237), Gotha 1939, S. 99 ff.

allmählichen Aufgliederung der „Hiesigen“ gesprochen wurde¹⁶⁾. Es ist verständlich, daß die polnischen Behörden bei dieser Sachlage jegliche bewußt ukrainische Arbeit in Polesien, sei es nun der Verkauf von Kalendern, die Bildung sportlicher Vereine oder die Veranstaltung von Vortragsabenden, verbot.

Akten aus den für Polesien zuständigen Behörden liegen nicht vor. Da die polnische Verwaltung jedoch die Gewohnheit hatte, auch nicht unmittelbar beteiligte Dienststellen über volkspolitisch wichtige Vorgänge zu unterrichten, befand sich unter den Krakauer Materialien eine Information vom 7. Juli 1938, durch die einige Starosteien über die Lage im mittleren Osten unterrichtet werden: „Die ukrainischen politischen und sozialen Organisationen zeigen seit längerer Zeit starkes Interesse für das Gebiet der polesischen Wojwodschaft und versuchen, die ukrainische nationale Tätigkeit in diesem Gebiet zu beleben. Bis jetzt äußerten sich diese Versuche darin, daß Polesien entweder von ukrainischen Volkstumsarbeitern unter dem Vorwande landeskundlich-wissenschaftlicher Ausflüge bereist wurde oder aber ukrainische Politiker mit einigen Mitarbeitern der „Prosvita“ und der „Ukrainbank“ in Brest (Brześć nad Bugiem, Berestja) und auch mit Priestern ukrainischer Abstammung zusammentrafen. Neuesten Informationen zufolge beabsichtigen ukrainische Stellen Sommerkolonien in den südlichen Wojwodschaften zu organisieren, unter anderem für Kinder aus Polesien, um sie in ukrainisch-nationalem Sinne zu erziehen. Parallel dazu sollen in der Sommerzeit Ausflüge der Studenten und Gymnasiasten nach Polesien erfolgen, um die Bevölkerung für die ukrainische Volksidee zu gewinnen . . .“. Da diese Bestrebungen schädlich seien, müsse auf beabsichtigte Abreisen nach Polesien geachtet und der Frage der Sommerkolonien große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Sinne jener Einteilung des ukrainischen Siedlungsgebietes in drei Kreise kam es nicht bloß darauf an, in den einzelnen Landschaften entstehende „gefährliche Tendenzen“ zu unterbinden, sondern vor allem auch darauf, Einwirkungen aus dem Lemberger Kreis, aus „Galizien“ auszuschließen. Als einzelne studentische Vereinigungen dazu übergingen, ihre Mitglieder in den Ferien nach Wolhynien und ins Cholmer Land zu schicken, warnte die Warschauer Zentrale sofort. Entsprechend forderte das Lubliner Wojwodschaftsamt (Sozialpol. Abt., 22. Dezember 1936) die nachgeordneten Dienststellen auf, alle ukrainischen Studenten während der Weihnachtsferien auf Schritt und Tritt zu beobachten. Es wurde besonders auf die Aufgaben aufmerksam gemacht, die den Studenten auf Grund von Spitzelaussagen gestellt waren. Dabei

¹⁶⁾ B. ZABORSKI, *Rozmieszczenie ludności według języka i wyznania na Polesiu*, Warschau 1936, S. 6. Über die Gründe für den geringen Erfolg der polnischen Verwaltungsarbeit vgl. BÜRGENER, a. a. O., S. 69 f., 96 f.

wurde auf die Genossenschaften besonders hingewiesen. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Osterferien wurde der Erlaß am 31. März 1937 erneuert.

Eine besondere Rolle spielte ein Rundschreiben vom 6. Juni 1937, das auf Grund offenbar falscher oder zumindest ungenauer Spitzelangaben entstand. In ihm wurde behauptet, daß die Touristische Sektion des Krakauer Ukrainischen Studentenvereines beschlossen habe, einen Einsatz in Wolhynien durchzuführen. Um diese Aktion zu tarnen, würde gleichzeitig Material für die Mundartenforschung des Philologen J. Ziłyński gesammelt. Der Haupteinsatz sollte in Wolhynien erfolgen, daneben sollten auch das Cholmer Gebiet, Polesien und Podlachien berücksichtigt werden. Aus den Berichten der Starosteien und Bezirkskommandanten ergibt sich nun, daß nicht einmal Spuren dieses Einsatzes entdeckt wurden. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt (wie sich aus einer persönlichen Mitteilung des damaligen Studentenführers ergibt), daß alle Angaben über Ort, Zweck, Art und Führung des Einsatzes falsch waren. Die polnische Verwaltung hielt den geplanten studentischen Einsatz für so wichtig, daß im ausdrücklichen Auftrage des Innenministeriums von den Wojwoden den Starosten mitgeteilt wurde, daß alle Ausflüge in die genannten Gebiete unerwünscht seien, da sie darauf hinausliefen, daß die Nordwestgebiete von galizischen Ukrainern beeinflußt würden. Es sei deshalb unerläßlich, zweckdienliche Beobachtungen sofort zu melden (Rundschreiben der Lubliner Woj., P. P. N. 1—9/37 vom 7. Juni 1937). Als das Lemberger Wojwodschaftsamt Ende 1936 durch einen Spitzel gehört hatte, daß ein Verein ukrainischer Studierender der Rechtswissenschaft, „Pravnyča Hromada“, ein Mitglied ins Lemkengebiet entsenden wolle, benachrichtigte es sofort über Krakau alle Behörden. Die Bemerkung des Kassenwartes der Hromada, daß für Zenon Horodyński 20 Zloty (etwa 10 RM) Reisegeld ausgezahlt wurden, löste so eine Kette administrativer Maßnahmen aus (Lemberg, Sozialpol. Abt., 30. Dezember 1936, Krakau 4. Jänner 1937, Starost Neu Sandez 8. Jänner 1937 usw.). Ähnlich nervös reagierte man bei Nachrichten über das Auftauchen von Studenten im Huzulengebiet, in Wolhynien oder Polesien. Als unerwünscht wurden naturgemäß auch Geldsammlungen in diesen Gebieten betrachtet, der Leiter der Sozialpolitischen Abteilung beim Krakauer Wojwoden, Adam Keller(!), hielt es am 10. Februar 1937 für unerläßlich, den Starosten von Neusandez in einem Briefe auf diesen Punkt ausdrücklich hinzuweisen. Es sei notwendig, diese Sammlungen „wegen der allgemeinen Verarmung der Bevölkerung“ zu unterbinden.

In den gleichen Zusammenhang gehört ein geheimer Hinweis, daß ukrainische Kreise die Ansiedlung von Ärzten und Rechtsanwälten ihres Volkstums in diesen Gebieten erstrebten. Geplant sei auch die Gründung neuer Kaufläden. Der studentische Einsatz habe die Aufgabe gehabt, für

die Lemberger Berufsgenossenschaften Unterlagen zu sammeln. Angesichts der Tatsache, daß sich die ukrainische Intelligenz und das aktive Element unter den Kaufleuten vorwiegend aus „Galizianern“ zusammensetzte, verletzte das Seßhaftwerden von Ärzten, Rechtsanwälten und Kaufleuten das Teilungsprinzip der polnischen Verwaltung. Ausdrücklich stellt deshalb auch das Rundschreiben vom 25. Jänner 1938 fest, daß die Ansiedlung von Ukrainern aus Galizien nördlich der Sokallinie unerwünscht sei. Es ist nur folgerichtig, wenn auch auf anderen Lebensgebieten Lemberger Einflüsse möglichst ausgeschaltet wurden. So wies z. B. eine Verordnung vom 8. Februar 1937 darauf hin, daß ein Leistungsabzeichen des Ukrainischen Sportvereins in Lemberg verboten sei, sollten Exemplare im Lubliner Wojwodschaftsgebiet gefunden werden, so seien sie einzuziehen. Anfang 1938 glaubte das Warschauer Innenministerium, daß die oben skizzierten Grundsätze nicht mehr genügend beachtet würden. Es sei zur Gewohnheit geworden, daß auf den Haupttagungen der Lemberger Kulturorganisationen Vertreter aus Wolhynien, Polesien, Podlachien und dem Cholmer Land „als Gäste“ aufträten und Reden für ihre Gebiete hielten. Sie beschränkten sich dabei gewöhnlich nicht auf kurze Grußworte, „die im äußersten Falle geduldet werden könnten“, sondern stellten bestimmte Forderungen. In seiner Verordnung PN 38/3/3 unterstreicht das Ministerium, daß dieser Zustand „aus allgemeinen politischen Rücksichten grundsätzlich unerwünscht“ sei, man möge schärfer dagegen vorgehen.

Es ist verständlich, daß die weitgehende Unterdrückung des kulturellen und politischen Lebens in diesen Gebieten die Bildung „illegaler“ Organisationen zur Folge hatte. Von diesen Organisationen werden in den vorliegenden Akten zwei überaus häufig erwähnt: die K. P. Z. U. und die O. U. N. Beiden widmeten die polnischen Behörden ganz besondere Aufmerksamkeit, wobei sie offensichtlich gerne O. U. N.- oder K. P. Z. U.-Zusammenhänge fand, um gegen völlig legale wirtschaftliche oder kulturelle Organisationen vorgehen zu können¹⁷⁾.

¹⁷⁾ So schrieb z. B. das Krakauer Wojwodschaftsamt (Aktenzeichen G. S. N. 1/U/b/23) am 24. Mai 1933 an den Starosten in Neusandez, man müsse der Molkereigenossenschaft Masłosojuz besondere Aufmerksamkeit widmen. Der Masłosojuz erstrebe gegenwärtig von Lemberg aus die Errichtung von Zweigstellen in den südwestlichen und nördlichen Gebieten. Er habe sich aus einer 1907 in Strij begründeten Genossenschaft entwickelt, 1924 sich neu organisiert und seitdem einen großen Aufschwung genommen. Obgleich nicht festgestellt sei, daß er eine widerrechtliche Propaganda treibe und politisch tätig sei, müsse doch beachtet werden, daß die Organisation Ukrainischer Nationalisten (Konowalec) ihre Mitglieder in die Führung der Genossenschaften schicke, „um auf diese Weise für ihre Handlungen eine neue diskrete Operationsbasis zu gewinnen“. In ähnlicher Weise wurde auf die Volksaufklärungsgesellschaft „Prosvita“ aufmerksam gemacht. Die 70-Jahrfeier dieser

„Stammes“-Politik bei den Lemken

Beruheten die behördlichen Versuche, zwischen den Ukrainern nördlich und südlich Sokal zu unterscheiden, wesentlich auf Abweichungen in der konfessionellen, kulturellen und bewußtseinsmäßigen Entwicklung, so fußte die polnische Lemkenpolitik¹⁸⁾ auf allgemeinen Grundätzen bezüglich der Pflege von Stammeseigenarten. Dabei war es der Verwaltung möglich, die besonderen Tendenzen einer ideologischen Gruppe, der sogenannten Russophilen, auszunutzen.

Die polnische Nationalentwicklung der letzten hundert Jahre lief darauf hinaus, innerhalb des polnischen Volkstums vorhandene Stammesgruppen in bezug auf Gesinnung und Lebensführung weitgehendst einzuschmelzen. Infolgedessen sind insbesondere die Besonderheiten des Masowiertums verwischt worden. Überdies wurde mit wechselndem Erfolge der Versuch gemacht, sprachverwandte Nebestämme wie die der Goralen, Masuren, Schlonsaken der Volksgemeinschaft einzufügen¹⁹⁾. Infolgedessen schien es für das polnische Leben kein „Stammesproblem“ zu geben. Die regionalistische Bewegung, die nach 1919 einen gewissen Aufschwung nahm, sah es als ihre besondere Aufgabe an, stammesmäßige Eigenarten dadurch zu leugnen, daß von übergreifenden Landschaftsgeriffen gesprochen wurde. So wurde der Begriff „Gorale“ im regionalistischen Sinne erweitert. Sowohl die wissenschaftlichen als auch die administrativen Tendenzen liefen darauf hinaus, ein Stammesbewußtsein zu unterdrücken. So sehr man geneigt

Gesellschaft gab Anlaß zu umfangreichen Anweisungen und Berichten, aus denen dreierlei hervorgeht: Erstens kam es den polnischen Behörden darauf an, die Veranstaltungen möglichst klein zu gestalten. Deshalb wurde bestimmt, daß die Prosvita die Feierlichkeit ausschließlich mit eigenen Kräften durchführen müsse. Andere Organisationen durften nur durch kleine Abordnungen ihres Hauptvorstandes vertreten sein. Zweitens sollten gewisse Gebiete gesperrt werden; so durften z. B. im Lemkengebiet keine Jubiläumsfeiern stattfinden. Drittens interessierte man sich besonders für die Rolle derjenigen Ukrainer, die man für Mitglieder der OUN hielt, um zu gegebener Zeit Material zu Eingriffen zu haben. Der Feststellung, daß auf der Tagung die „nationalistisch-klerikale“ Richtung über die gemäßigte einen Sieg errungen habe, kam deshalb besondere Bedeutung zu. Die Prosvita-Vereine wurden übrigens nur in Galizien zugelassen, in Wolhynien durch die den Behörden genehmeren Ridna-Chata-Einrichtungen ersetzt und in den Gauen des „dritten Kreises“ nach Möglichkeit ganz unterdrückt.

¹⁸⁾ In den Einzelheiten folge ich weitgehend dem Aufsatz von M. ANDRUSJAK (SOF. VI, S. 536—575), dem ich einen Teil der in dieser Abhandlung ausgeschöpften Akten zugänglich gemacht hatte. Ihm danke ich auch für Anregungen in anderen Fragen, insbesondere zum Problem des Russophilismus. Einen Teil seiner Anschauungen hat Andrusjak in der kleinen Broschüre „Geneza i charakter hałyékoho rusofilstwa v 19.—20. st.“, Krakau 1941, niedergelegt.

¹⁹⁾ Vgl. H. J. BEYER, a. a. O., S. 80—103.

war, volkskulturkundliche Eigentümlichkeiten, die man etwa bei den Goralen oder bei den Kurpen fand, für die Fremdenverkehrswerbung auszunutzen, so entschieden unterband man aber auch alle Ansätze zur Entfaltung stammesmäßiger Willenskräfte. Der Regionalismus war in Polen mehr eine Bewegung zur Umlenkung und Überwindung der Stammeseigenarten als ein Versuch zu ihrer Pflege.

Die entgegengesetzte Tendenz wurde bei den nichtpolnischen Ostgruppen verfolgt. In den ostmitteleuropäischen Volkstumskämpfen sowie in der sowjetischen Nationalitätenpolitik ist immer wieder der Versuch gemacht worden, den völkischen Gegner durch die Absonderung von „Stämmen“ zu zersplittern. Erinnerung sei an Begriffe wie „Schwaben“, „Schokatzen“, „Bunjewatzen“, die in ganz bestimmten Zusammenhängen einen separatistischen Sinn hatten. Die Nationalitäten- und Sprachenpolitik des Bolschewismus erstrebte planmäßig die Bildung neuer ethnischer Gruppen, insbesondere unter den Rußlandtürken. G. v. MENDE²⁰⁾ sagt: „Die türki-

²⁰⁾ G. VON MENDE, Die Stellung der Nationen in der Sowjetunion nach der Verfassung vom 5. Dezember 1936. In „Auslandsdeutsche Volksforschung“ I, S. 151. Übrigens bezieht sich die oben angedeutete Tendenz nicht bloß auf die Türkvölker. Bei den Finnen waren und sind die Sowjets bestrebt, die Karelier, Wepsen und Ingrier sprachlich abzutrennen. Die sowjetische Statistik vom 17. Dezember 1926 zählte sechs verwandte Gruppen gesondert, obwohl sachlich eine Zusammenfassung in zwei Gruppen (Finnen und Esten) geboten war. Die zahlenmäßige Bedeutung der finnischen Stämme — trotz aller Verdrängung und Vernichtung — erhellt aus der Tatsache, daß im Leningrader Gouvernement 114.831 Ingermannländer, 11.053 Finnen, 12.857 Wepsen, 16.030 Ischoren, 2112 Karelier und 66.333 Esten (zusammen rund 220.000) gezählt wurden; im Gouvernement Twer (Kalinin) gab es 140.567 Karelier und 2580 Esten. Nach der gleichen Statistik gab es insgesamt 248.100 Karelier, 151.500 Finnen und Ingrier und 32.800 Wepsen. Die finnische Bevölkerung Ingermannlands, von denen zur Zarenzeit etwa 12% griechisch-orthodox geworden war (sogenannte Ischoren), wird in der europäischen Wissenschaft als Teil des finnischen Gesamtvolkes angesehen. Das Ingrische gilt als finnische Mundart. Gleichwohl haben sich die Sowjets lange Zeit bemüht, unter diesen Menschen eine nationalkulturelle Sonderentwicklung einzuleiten — bis sie zu radikalen Aussiedlungen übergingen. Etwa 50.000 Ingermannländer wurden deportiert. Bei den Wepsen südlich und nördlich des Syväri handelt es sich um den Rest einer einst größeren westfinnischen Gruppe, die durch Russifizierung im Seendreieck Lagodasee—Äänisjärvi—Valgetjärvi viel verloren hat. Die Bolschewisten nahmen hier vorbehaltlos ein eigenes Volk und eine eigene Sprache an. Bei den politisch bedeutsameren Kareliern sprachen sie gleichfalls von einer völlig selbständigen Gruppe, wobei ihnen „eurasische“ Einflüsse in der Phonetik besonders wichtig waren. Bis 1935 verfolgten die Sowjetbehörden in Ostkarelien die Absicht, ein karelisches Sonderbewußtsein auf marxistischer Grundlage zu schaffen. In sprachlicher Hinsicht wurde das Russische in den Hintergrund gedrängt. Ab 1935 wurde der umgekehrte Weg gegangen. Russifizierung war Trumpf. Massenumsiedlungen verringerten das karelisch-finnische Element wesentlich. Durch die zwangsweise Ansetzung von politisch Verdächtigen

schen Volksgruppen der Union haben trotz ihres nationalen Zusammenhangs keine völlig anerkannte Schriftsprache. Dieser Mangel konnte im Schrifttum durch die arabische Schrift überbrückt werden, die dialektische Unterschiede milderte. Mit der Einführung der Lateinschrift für die Türksprachen — die Lateinschrift ist 1930 zuletzt auch in der Tatarischen Republik obligatorisch geworden — ist für jeden Türkdialekt ein eigenes Alphabet geschaffen worden. Man wollte dadurch die Türksprachen auf dem Niveau von Dialekten halten, die Herausbildung einer türk-tatarischen Schriftsprache verhindern, den Zusammenhang mit der Vergangenheit zerreißen, kurz der nationalen Kultur Grundlage und Entwicklungsmöglichkeit entziehen.“ Nachdem der Bolschewismus die Nationalitätenfrage als Waffe gegen die bürgerlich-radikale Februarrevolution erfolgreich benutzt hatte, konnte er das völkische Selbstbestimmungsrecht nicht ohne weiteres aufgeben. Er paßte es durch die Unterscheidung zwischen „nationaler Form“ und „sozialistischem Inhalt“ weitgehend den Dogmen des historischen Materialismus an und machte es überdies durch eine Überspitzung ins Grotteske für die eigentlichen Ziele — die Schaffung einer anationalen Masse unter bolschewistisch-jüdischer Führung — unschädlich. Aus kleinen Mundartengruppen wurden immer neue „Völker“ „geschaffen“, so daß die amtliche Statistik schließlich hunderte von ethnischen Gruppen aufführen konnte. 1926 stellte die Leningrader Akademie der Wissenschaften eine Liste der Völker der UdSSR auf, in der sie 169 verschiedene ethnische Gruppen aufführte. Die Volkszählung des gleichen Jahres arbeitete mit noch mehr völkischen Einheiten, hier gab es 52 sogenannte Naturvölker mit weniger als 1000 Köpfen und 151 Völkern, die die 100.000-Grenze nicht erreichten. Mit besonderem Nachdruck wurde diese Methode der Aufgliederung bei denjenigen Gruppen angewandt, die als kulturell „rückständig“ galten; das Ziel war, ihren Anschluß an eine größere Gruppe unter den Verwandten auszuschießen.

Ähnliche Tendenzen, wie die hier angedeuteten (die sich natürlich auch im westlichen Mitteleuropa feststellen lassen), verfolgte auch die polnische Politik. Anfang 1937 erhielten die Behörden z. B. Kenntnis von den Lemberger Verhandlungen des Erziehungsverbandes „Ridna Škola“, der am

wurde in den industriell wichtigen Teilen dieser Landstriche das völkische Gesicht fast gänzlich verändert. Im Murmangebiet lebten z. B. ursprünglich nur Lappen und einige Finnen, Karelrier und Syrjänen (letztere gehören zu dem völkisch recht ausgeprägten Stamm der ostfinnischen Komi), später kamen Russen hinzu. 1926 teilte man die 23.000 Einwohner dieses Gebiets statistisch wie folgt auf: 75% Russen, 10% Karelrier und Finnen, 9% Lappen. Heute dürften unter den 220.000 Einwohnern die Ukrainer eine sehr erhebliche, die Kaukasier eine bemerkenswerte Rolle spielen. Vgl. zu der Gesamtfrage auch JALMARI JAAKKOLA, Die Ostfrage Finnlands, Porvoo-Helsinki 1942.

25. Dezember 1936 getagt und dabei u. a. beschlossen hatte, für die bedrohten Huzulen- und Lemkengebiete eine besondere Kommission zu bilden. Aufgabe dieser Kommission sollte es sein, für die nationale Aufklärung der Jugend dieser Gebiete zu sorgen, sei es durch Heimerziehung oder durch den Ausbau von Fachschulen oder Volksbildungswerken. Diese Absicht interessierte natürlich die polnischen Behörden besonders, die Wojwodschaftsbehörden machten auf diesen Punkt nachdrücklich aufmerksam (Vertrauliche Information des Krakauer Wojewodschaftsamtes, Sozialpol. Abt., vom 16. März 1937). Von Bedeutung waren dabei im Augenblick nur die Lemken, da polnische Vorbereitungen für das Huzulengebiet noch in den ersten Anfängen steckten. Die Tendenz zur stammesmäßigen Differenzierung wurde im übrigen sogar in der amtlichen Statistik sichtbar.

Die Erhebung von 1931 unterscheidet in den östlichen Gebieten unter dem Oberbegriff „język ojczysty“: ukraiński (3,222.000), ruski (1,220.000, fast nur in Galizien), białoruski (990.000), rosyjski (139.000) und tutejszy (707.000). Zehn Jahre vorher gab es die Kategorie „ruthenisch“ überhaupt nicht und die „Hiesigen“ (tutejszy) waren erst, wie wir gesehen haben, in der Entwicklung. Daraus ergibt sich, daß eine zunehmende Differenzierung der Menschen ostslawischer Zunge erstrebt wurde, wobei die Statistik den Vorreiter in dieser Bewegung spielte. Die Unterscheidung zwischen „Ukrainisch“ und „Ruthenisch“ beschränkte sich jedoch nahezu ganz auf diese Statistik, da es nicht möglich war, ihr einen praktischen Wert zu geben²¹). In der letzten landeskundlichen Gesamtdarstellung, die kurz vor dem Kriege erschien, wird zwar statt des Wortes „Ukrainer“ einheitlich die Bezeichnung „Ruthenen“ verwandt, ein Unterschied zwischen beiden in statistischer Beziehung jedoch nicht gemacht²²).

War die Unterscheidung zwischen „Ukrainern“ und „Ruthenen“ das erste leise Anklingen eines Themas, dessen Ausführung man sich für die Zukunft vorbehalten hatte, so versuchte man, praktisch bei einzelnen Gebirgsstämmen weiterzukommen. Besonders deutlich wurden diese Bemühungen bei den Lemken. Schon in der für das Ausland bestimmten

²¹) Auch polnische Autoren wissen mit dieser Unterscheidung nichts anzufangen. So verwendet z. B. ST. J. PAPROCKI, a. a. O., stillschweigend nur den Begriff „Ukrainer“.

²²) ST. LENCEWICZ, Polska, Warschau 1938, S. 144 f. Die Huzulen, Bojken und Lemken rechnet Lencewicz als Gebirgsstämme mit gewissen Eigenarten, die durch das walachische Wanderhirtentum geprägt seien, zu den „Ruthenen“ (S. 393 ff.). Eigenartig ist, daß in der Sammlung „Libri Scelti“ als Band 47 eine reichbebilderte Schrift von Arnaldo FRATELLI, Polonia frontiera d'Europa, Mailand 1938, erschien, in der es über die Huzulen ganz kategorisch heißt: Gli Uzuli non sono nè ruteni, nè polacchi, nè ucraini: tra gli slavi formano un' unità etnica ben distinta.“ S. 142 ff.

Darstellung PAPROCKIS werden neben den Poleschuken und Wolhyniakern (deren Berücksichtigung in der polnischen Volkspolitik wir bereits erwähnt haben) die Bojken, Huzulen und Lemken besonders beachtet, ohne daß klare Aussagen über die völkische Stellung dieser Gruppen gemacht werden.

Aus der Darstellung ANDRUSJAKS ergibt sich, daß die polnische Literatur in der Einordnung der Lemken nicht einheitlich vorgeht. Der deutschstämmige Pole REINFUSS kam auf Grund seiner Forschungen zu der Auffassung, daß es sich bei den Lemken um einen ukrainischen Stamm handle, der sich bis vor kurzem selber zu den „Rusnaky“ rechnete, neuerdings aber den Spottnamen „Lemke“ toleriere. Der Name bezeichne keine fest umrissene Volksgruppe im ethnographischen Sinne. Hinsichtlich ihres nationalen Bewußtseins seien die Lemken „Ruthenen“ im russophilen Sinne oder „Ukrainer“. Während Reinfuß einsieht, daß es sich bei dem Worte „Lemke“ um einen politischen Begriff handle, ging ein großer Teil der polnischen Publizistik davon aus, daß es „ukrainische Polen“ gäbe, die in jener Landschaft „Lemken“ hießen. War diese Annahme richtig, so konnte man mit gutem Gewissen den Versuch machen, durch Polonisierung den ursprünglichen völkischen Zustand wiederherzustellen.

Aus den Akten ergibt sich, daß die polnische Verwaltung im Lemkengebiet nach einem klar durchdachten Schema vorging, das allerdings im Laufe der Arbeit preisgegeben wurde. Man nahm positiv zur Kenntnis, daß die russophile Bewegung eine gewisse Entfremdung gegenüber der gleichsprachigen Bevölkerung im Osten, die bewußt ukrainisch dachte, geschaffen hatte. Und man zog auch Vorteil aus der Tatsache, daß in den Vereinigten Staaten eine Zeitschrift „Lemko“ erschien, die in der Mundart geschrieben war und das ukrainische Nationalgefühl bekämpfte. Als Ziel ergab sich für die polnische Verwaltung die Pflege einer besonderen lemki-schen Stammesart. In den Volksschulen wurde demgemäß die lemki-sche Mundart als Unterrichtssprache eingeführt. Die erwähnte amerikanische Zeitschrift wurde zugelassen, obwohl die sowjetfreundliche Tendenz mancher Artikel unangenehm auffiel. Ukrainische kulturelle Einrichtungen aller Art wurden ausgeschaltet. Schließlich gelang sogar, wie bereits geschildert wurde, die Bildung einer besonderen päpstlichen Administration für die ukrainische unierte Kirche. Als politische Organisation wurde der „Lemko-Sojuz“ gefördert, ein Verband russophiler Tendenz. Da das amerikanische Blatt unerwünschte Anschauungen vertrat, wurde in Krynica ab Anfang 1934 eine Zeitschrift „Lemko“ herausgegeben, die sich — wie klar nachweisbar ist — ausschließlich durch Subventionen erhielt.

Größere Bedeutung wurde im Lemkengebiet der Übertrittsbewegung zur Orthodoxie beigemessen. Sie entstand aus den allgemeinen Stimmungen heraus, die in der russophilen Bewegung von Anfang an eine Rolle spielten.

Von Einfluß waren auch überseeische Anregungen: in den Vereinigten Staaten waren zahlreiche Ukrainer aus der unierten Kirche ausgetreten, weil deren Gemeinden der zumeist polnisch-irischen Hierarchie der römischen Kirche unterstanden. Zu der Trennung hatte auch beigetragen, daß 1923 zwei unierte Bischöfe aus Galizien eingetroffen waren, die im Sinne der „lateinischen“ Richtung des Bischofs H. Chomyšyn das Zölibat und eine Reihe römischer Gebräuche einführten, was die meisten Gläubigen empörte. Der Übergang zur Orthodoxie war somit in Übersee ein Protest gegen Latinismus und Polentum²³⁾. Es ist von eigenartigem Reize festzustellen, daß die von ihren überseeischen Verwandten angeregten orthodoxen Lemken zu den besten Stützen der polnischen Politik wurden. Der Kommandeur des Polizeipostens in Muszyna berichtete z. B. am 27. Januar 1937 dem Starosten in Neusandez, daß alle orthodoxen Popen dem polnischen Staate sehr zugetan seien. Ähnliche Nachrichten trafen aus anderen Bezirken des Lemkengebietes ein, so z. B. aus Łabowa (20. Februar), Grybów (22. Februar) und Tylicz (25. Februar 1937). Die Popen standen hier so stark auf polnischer

²³⁾ WASYL HALICH, *Ukrainians in the United States*, Chicago 1937, S. 102 ff. In dem von Fr. J. BROWN und J. SL. ROUCEK herausgegebenen Sammelwerk „Our racial and national minorities“, New York 1937, heißt es S. 215, daß die Lemken in den Vereinigten Staaten den traditionellen Orientierungen der ukrainischen Politik folgen. Es kann keine Rede davon sein, daß die lemckischen Vereine in USA für den ukrainischen Nationalstaat eintreten, richtig ist jedoch, daß sie im Sinne der Russophilen ihre Augen nach Rußland richten. Auf die Gründe für den Konfessionswechsel eines Teils der Einwanderer geht der Beitrag im Sammelwerk nicht ein. — In Kanada versuchten französische und belgische Priester und Ordensmänner, zumeist Redemptoristen, die ukrainischen Einwanderer, die überwiegend aus den griechisch-unierten Gebieten kamen, der lateinischen Kirche zuzuführen. Im Protest gegen die Latinisierung entwickelten sich evangelische Gruppen sowie eine Übertrittsbewegung zur Orthodoxie. Besonderen Anstoß erweckte die Tätigkeit des Bischofs Budka, der dogmatisch auf der Linie Chomyšyns stand. Eine schwere Erschütterung der griechisch-unierten Gemeinden war die Folge. Bei Beginn dieses Krieges bekannten sich etwa 60.000 Ukrainer zur Ukrainischen Orthodoxen Autokephalen Kirche, 10.000 zu protestantischen Gruppen und 200.000 zur unierten Kirche, vgl. D. DOROSCHENKO, *Die Ukrainer in Kanada*. In: *Volksforschung* V, S. 179 ff. Sehr ausführlich geht Charles H. Young auf die Krise der unierten Kirche in seinem Buche „*The Ukrainian Canadians*“, Toronto 1931, S. 134 ff. ein. Ein Teil der aus dem Buchenlande stammenden Ukrainer gehört der Russisch-Orthodoxen Kirche an, diese verliert jedoch gegenüber den Autokephalen an Einfluß. Zeitweilig war eine „Greek Independent Church“ von Bedeutung, die allerdings nach der Eingliederung ihrer Geistlichen in die Presbyterian Church einen großen Teil ihrer Anhänger verlor.

Ziemlich wertlos ist übrigens die Darstellung von A. KORCZOK, *Die Griechisch-katholische Kirche in Galizien* (Quellen und Studien des Osteuropa-Instituts Breslau, 5. Abt., 1. Heft), Leipzig 1921. Sie geht auf die Austrittsbewegung in Übersee kurz ein, schildert sie jedoch höchst einseitig.

Seite, daß sogar die russophile Bevölkerung daran Anstoß nahm. Wiederholt taucht in den Akten die Meldung auf, daß die Bevölkerung ihre Geistlichen für bestochen halte (Starost von Gorlice an die Krakauer Woj., 17. Februar und 26. Februar 1938). Es wurde sogar erwogen, in die griechisch-unierte Kirche zurückzukehren, was den staatlichen Behörden natürlich höchst unerwünscht war (Gorlicer Starost an den Krakauer Woj., 2. März und 15. November 1938). Trotzdem muß festgehalten werden, daß die orthodoxe Kirche im Lemkengebiet eine sichere Stütze der polnischen Herrschaft war.

Eine gültige Aussage über die polnischen Versuche, einen von den Ukrainern unabhängigen Stamm der Lemken zu konstituieren, läßt sich aus zwei Gründen nicht machen. Einmal ist die Zeitdauer dieses Versuches (kaum 6 Jahre) viel zu kurz, zum zweiten wurde mitten während des Versuches das Ziel geändert. Hatte man zunächst in einem besonderen Stammestum das erwünschte Ergebnis der gesinnungsmäßigen Entwicklung gesehen, so kam man im Laufe der Jahre aus Ungeduld mehr und mehr zu der Meinung, daß es doch besser sei, die Lemken gleich zu polonisieren. 1937 wurde das Polnische statt des Lemkischen in den Volksschulen eingeführt. Ende 1938 wurde erwogen, das Subventionsblatt „Lemko“ in polnischer Sprache herauszugeben — ein Gedanke, der sich jedoch im Krakauer Wojewodschaftsamt nicht völlig durchsetzte. Etwa zur gleichen Zeit wurden die Behörden dem Lemko-Sojuz gegenüber, der sich gegen die Verdrängung der lemukischen Mundart in den Schulen ausgesprochen hatte, zurückhaltend.

Man wird diesen Kurswechsel auf zwei Umstände zurückführen müssen. Erstens: Für die polnische Volkstumspolitik ist allgemein eine Unterschätzung des Faktors „Zeit“ charakteristisch. Die polnische Beamtenschaft, die das Wunder der Staatsgründung erlebt hatte, glaubte, in wenigen Jahren Gesinnungsumbildungen entscheidender Art einleiten und durchführen zu können. Man übersah, daß der Umvolkungsvorgang sich über Generationen erstreckt²⁴⁾. Zum anderen erwies sich, daß es überaus schwierig ist, aus einer weltanschaulich-politischen Sondergruppe eine völkische Stammesart zu machen. Letzten Endes war ja als einzige Realität für die polnischen Bestrebungen im Gebiet der sogenannten Lemken das Russophilentum²⁵⁾ vorhanden. Es gab keine Menschengruppe, die sich als „Lemken“ bezeichnete und über mehr oder weniger klar erkennbare Eigenarten verfügte, sondern in der Lehrerschaft und unter den Geistlichen Kreisen

²⁴⁾ H. J. BEYER, Rassische Kräfte in der Umvolkung. In: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung VI/1, S. 1—16.

²⁵⁾ Über die russophile Bewegung vgl. außer der kleinen Broschüre von M. ANDRUSJAK auch den Aufsatz von OSYP DUMIN, Die nationale Wiedergeburt der galizischen Ukrainer und ihre Geistlichkeit. In: Kyrios III, vor allem S. 82 ff.

mit einer politischen Ideologie, die dem modernen ukrainischen Nationalbewußtsein nicht entsprach. Die Verwechslung „ideologischer Abweichungen“ mit „völkischem Separatismus“ erklärt den Mißerfolg der polnischen Verwaltung.

Zur Geschichte des Russophilismus

Da die polnische Politik sich ganz allgemein bemüht hat, die Russophilen zu fördern, empfiehlt es sich, kurz auf diese Gruppe einzugehen. Während der Zeit der polnischen Republik gab es zwei allgemeine politische Gruppen und eine kulturelle Gesellschaft, die den Russophilismus vertraten. Parteimäßig waren die „Ruska Seljanska Organizacija“ (R. S. O.) und die „Ruska Agrarna Organizacija“ tätig, von Bedeutung war (in gewissen Teilen Galiziens) lediglich die R. S. O. Beide beeinflussten den Lemko-Sojuz, wobei die Ruska Agrarna Organizacija mehr im polenfreundlichen Sinne, die R. S. O. aber ausgesprochen prorussisch wirkte. Kulturell wirkte im russophilen Sinne die Kačkovskyj-Gesellschaft, ein 1873 gegründeter Lesehallen- und Volksbildungsverband. Die gesinnungspolitische Reichweite dieser drei Organisationen war in Galizien gering. Wenn die polnischen Behörden ihnen trotzdem erhöhte Aufmerksamkeit schenkten, so lag das daran, daß die russophile Bewegung früher einmal einen starken Einfluß besessen hatte. Eine kurze Geschichte des Russophilismus mag die Erwartung der Warschauer Zentralbehörden deutlich und die Art ihrer Maßnahmen verständlich machen. Dabei ist neben Galizien auch Wolhynien zu berücksichtigen.

Die russophile Bewegung ist, geistesgeschichtlich gesehen, eine Frucht des Panslawismus, politisch — zumindest in Galizien — eine Folge der mit dem Gesetze vom 22. Juni 1867 eingeleiteten Autonomie-Maßnahmen.

Als der junge russische Gelehrte POGODIN²⁶⁾ 1839 von einer Reise durch die Länder slawischer Zunge zurückgekehrt war, überreichte er den zaristischen Behörden eine Denkschrift, in der er vor allem unterstrich, daß man den Polen Vergünstigungen gewähren müsse, wenn man die übrigen „Slawen“ gewinnen wolle. 15 Jahre später ergreift er wieder das Wort. Diesmal schlägt er vor, daß man auf Polen verzichten solle, um den „Slawischen Bund“ zu gewinnen. Auf die Dauer sei ein selbständiges Polen freilich nicht lebensfähig, die Polen würden jedoch aus der geschichtlichen Erfahrung lernen und sich freiwillig eines Tages dem Zarenreiche wieder angliedern. „Die Slawen sehen unsere Uneigennützigkeit, überzeugen sich von der Reinheit unserer Absichten, weisen alle westlichen Einflüsterungen von

²⁶⁾ Vgl. H. FLEISCHHACKER, Russische Antworten auf die polnische Frage 1795—1917, München 1941, S. 52 ff., 59 ff.

sich und ergeben sich Rußland endgültig und bedingungslos von ganzer Seele auf Leben und Tod!“ Die von Pogodin gewünschte Verständigungspolitik gegenüber den Polen zielte also auf die übrigen Völker slawischer Zunge, unter denen den Ukrainern Galiziens und des ungarisch-buchenländischen Karpatenlandes besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Pogodin rechnete Ukrainer und Weißruthenen uneingeschränkt zum russischen Volke. Er konnte sich jedoch zunächst nicht auswirken, lediglich Fürst Gortschakov, der Statthalter in Kongreßpolen, zog gewisse Konsequenzen aus den Darlegungen des Moskauer Professors. Ihn beschäftigten allerdings nicht die Anschauungen Pogodins über die Polen, sondern die Nebenbemerkungen über die ethnographischen Grenzgebiete. Er versuchte deshalb bereits, das Cholmer Gebiet seines „russischen“ Charakters wegen administrativ abzusondern, ein Plan, der endgültig erst 1912 verwirklicht wurde. Die ständigen Schwierigkeiten, die sich in der Polenfrage ergaben, veranlaßten die Moskauer Behörden mehr und mehr, die nichtpolnisch besiedelten Grenzgebiete des Zartums Polen zu beachten. Das waren die weißruthenischen und ukrainischen Landschaften, die man als „das russische Westgebiet“ bezeichnete.

Wesentlich für das Entstehen russophiler Stimmungen unter den Ukrainern war, daß die eigenen Vorstellungen über ihre völkische Eigenart den Vorstellungen der Moskauer Politik entsprachen. Im Gegensatz zu dem „Bjelorussophilismus“²⁷⁾ war der in Kiew und Charkow lebendige „Ukrainophilismus“ gewiß keine Frucht russischer Verwaltungstendenzen. Er wurde von Menschen ukrainischer Abstammung getragen. Er war jedoch in seiner ersten Periode weder eine Stammesbewegung, noch ein Nationalismus, sondern ein kultureller Regionalismus²⁸⁾. Kostomarov sprach, wie

²⁷⁾ GEORGE CLEINOW, Die Zukunft Polens, II. Bd., Leipzig 1908, S. 69 f., 72.

²⁸⁾ Die spätere ukrainische Geschichtsschreibung hat diesen Bestrebungen eine Deutung gegeben, die mit der geschichtlichen Wahrheit nicht ganz übereinstimmt. Die häufige Behauptung, daß die von Kotljarevskyj 1798 herausgegebene Travestie der „Aenaeis“ das historische Datum der ukrainischen Wiedergeburt sei, ist unhaltbar. Das mit dieser Veröffentlichung beginnende Interesse an der Volkssprache bedeutet nicht das Erwachen einer ukrainischen Volksgesinnung. Der um die Charkower Universität verdiente V. Karazyn war sprachlich und kulturell Russe, liebte aber seine ukrainische Heimat sehr. Der (übrigens mit einer Deutschstämmigen verheiratete) Gregor Kvitka wandte gelegentlich die Volkssprache in seinen Werken an, benützte sie aber lediglich zur Ausmalung von Dorfschilderungen. Es gab in der Zeit der Kotljarevskyj, Kvitka, Karazyn noch keine nationale Wiedergeburt (wie etwa S. JEFREMOW in seiner *Istorija ukrajinskoho pyśmenstva*, Kyjiw 1917, S. 167, behauptet und LEONID BIŁEČKYJ ihm in seinem Beitrag für das Sammelwerk „Das geistige Leben der Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart“, München 1930, S. 135 und 209 f. nachredet). Die Romantiker überwinden dann zwar den Provinzialismus, prägen auch den Begriff „Wiedergeburt“, können gleichwohl nicht als

CLEINOW mit Recht zitiert, davon, daß man den Polen „außerhalb des Zartums nicht einen Fuß breit russischer Erde zubilligen dürfe. Freilich lag hier eine Verwechslung von zwei eng verwandten Volksnamen vor: Russkij und Rusyć, Rusyn oder Rusnjak. Wenn jedoch heute mit Recht in der ukrainischen Literatur scharf zwischen diesen Begriffen (in deutscher Sprache zwischen „Russen“ und „Reußen“) unterschieden wird, so darf doch nicht übersehen werden, daß die allgemeine panslawische Stimmung der Gebildeten diese Verwechslung zu einer politischen Realität machte. In der Ostukraine verhinderte die Abneigung der Bauern eine gesinnungsmäßige Verschmelzung: dem Ukrainer war der Russe ein „Moskale“ oder „Kazak“ mit bestimmten unerfreulichen Eigenschaften, während die ukrainischen Bauern bei den Russen mit den Schimpfworten „Chachly“ oder „Tscherkasy“ belegt wurden. In Österreich gab es derartige Auseinandersetzungen, deren Ausdrucksformen übrigens völkerpsychologisch sehr interessant sind, nicht. Die zur Doppelmonarchie gehörenden Ukrainer standen mit dem Russentum nicht in Grenzberührung, der eigentliche Gegner war hier der Pole. Sie nannten sich selber Rusyny, Rusnjaky oder zusammenfassend ruškyj narid, während die Russen als ruskyj narid, ihre Sprache als rosijška mowa bezeichnet wurden.

Pogodin besuchte mehrfach einige Lemberger Gebildete und versorgte sie laufend mit Literatur, insbesondere mit seiner Zeitschrift „Moskwit-

Vorläufer des modernen politischen Nationalismus der Ukrainer angesehen werden. Es ist kein Zufall, daß der erste Führer der „ukrainischen“ Romantik ein Russe — Izmail Sreznenskij — war, der sich für die Volkssprache interessierte, ihr einen höheren Rang als den einer Mundart zubilligte, gesinnungsmäßig aber die Grenze des überkommenen Regionalismus nicht verließ. Es ist nicht uninteressant, daß Bilećkyj Sreznenskij gar nicht erwähnt, er rückt Kvitka (dessen stark russische Einstellung er eingesteht) und Kostomarow in den Mittelpunkt. Auch diese Literaten stoßen noch nicht zu einem politischen Nationalwillen durch. Sie erfüllten ihre Ideenwelt unter dem Einfluß der deutschen Gelehrten Dorpats (vgl. JÓZEF GOŁABEK, *Bractwo Sw. Cyryla i Metodego*, Warschau 1935, insbes. S. 102), zogen aber keine politischen Folgerungen aus den Lehren eines Fichte oder Schelling. Der Halbukrainer Kostomarow hat in seinen politischen Anschauungen Zeit seines Lebens geschwankt. Neben Kostomarow mißt Bilećkyj, a. a. O., S. 140, Metlynśkyj eine große Bedeutung zu: „Das Heraufbeschwören der eigenen entscheidenden Vergangenheit in echt romantischem Sinn steigert sich bei M. bis zu ihrer mystisch-symbolischen Verklärung, in der er zugleich eine Quelle der nationalen Wiedergeburt erblickt.“ Schade nur, daß Metlynśkyj jeder ukrainisch-nationalen Aktivität völlig fernsteht und z. B. ein großer Freund des „heiligen Moskau“ war. Maksymovyč endlich sah die samobytnost (Eigenständigkeit) des Ukrainischen nur im Rahmen der russischen politischen Nation. Seine wissenschaftlichen Werke erschienen russisch. All diese Beispiele lehren, daß ein ukrainisches Nationalgefühl im modernen Sinne erst in der 2. Hälfte des 19. Jh.s zu suchen ist, die „erste Schwalbe“ (Jefremow) war nicht Kotljarevskyj, sondern der geniale Ševčenko.

janin“. Unter diesen gebildeten „Ruthenen“ erwiesen sich die Brüder Hołowackyj und Dionys Zubryckyj mehr und mehr von den Moskauer Gedankengängen beeindruckt. ZUBRYCKYJ gewann einen großen Teil des Nachwuchses für diese Ideen, so daß in der Mitte des 19. Jh.s eine russophile Intelligenzbewegung in Galizien entstand. Von besonderer Bedeutung waren JAKOB HOŁOVACKYJ, JOHANN NAUMOVYČ und — in der Karpaten-ukraine — ADOLF DOBRJANSKYJ.

Deutlich ist zu spüren, daß dieser frühe Russophilismus negativ begründet und von außen angeregt ist. Die Anregungen von außen gingen nicht allein von Pogodin aus, eine noch hervorragendere Rolle spielte z. B. der Botschaftsgeistliche RAKOVSKIJ, der von Wien aus alle slawischen Probleme studierte. „Negativ“ war die ganze Strömung deswegen, weil jene Intelligenzler einen Schutz vor der Umvolkung ihrer Stammesgenossen durch Polen und Madjaren lediglich in der Erklärung sahen, daß sie Teile des großen russischen Volkes seien. Sie überschätzten dabei auch die sprachliche Verwandtschaft; als Hołowackyj z. B. 1867 nach Rußland übersiedelte, entdeckte er zu seiner Überraschung und Enttäuschung, daß zwischen der „russischen literarischen Sprache“, die er in Lemberg zu propagieren glaubte, und der ukrainischen Sprache, in der er tatsächlich lebte, erhebliche Unterschiede, auch in der Aussprache, bestanden. Für den frühen Russophilismus gab es „eine“ russische Sprache, die nach der Meinung der meisten Wortführer dieser Richtung im Norden „moskauisch“, im Süden „ukrainisch“ ausgesprochen werden sollte. Das war auch die Meinung des unierten Priesters POPIEL, der später nach Kongreßpolen ging, um dort die Unierten des Cholmer Landes zu betreuen; bekanntlich hat sich unter seiner Führung die Vereinigung dieser Restgruppe mit der orthodoxen Kirche vollzogen²⁹⁾.

Innerhalb der russophilen Kreise bestand keine Klarheit über die sprachpolitischen und kulturellen Ziele. Die allgemeine Sympathie für das Zarenreich hatte auch eine Hinneigung zur orthodoxen Kirche zur Folge, die jedoch nicht Allgemeingut wurde. Maßgebliche Russophile hielten an der unierten Kirche fest. In sprachlicher Hinsicht huldigten die Älteren vielfach der Konstruktion, es gäbe eine „russische“ Sprache, die allerdings in Galizien in traditioneller Weise ausgesprochen werden müßte. Teilweise wurde das Kirchenslawische als literarische Sprache propagiert. Metropolit Michael Łevyčkyj, der an der kulturellen Entwicklung seines Volksstammes starkes Interesse bewiesen hatte, veranlaßte wegen dieser Vorliebe 1835

²⁹⁾ G. CLEINOW, a. a. O., II, S. 173 f. Hier wird die sogenannte Uniatenfrage unter dem Einfluß römisch-katholischer und uniert-galizischer Berichte recht einseitig dargestellt. Vor allem wird nicht deutlich, daß Popiel dem galizischen Russophilismus entstammte, dessen positive Ziele durchaus unklar waren.

z. B. das Verbot von zwei Veröffentlichungen, die in der ukrainischen Volkssprache gedruckt waren. Maßgebende Geistliche traten für eine Mischsprache (jazyčije) ein. Zum Teil wurde sogar das Polnische noch benützt, so setzte sich z. B. der Priester V. Podolynskýj — in polnischer Sprache für die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine ein! Jüngere Kreise, wie J. JAVORSKIJ, M. HLUŠKEVYČ und J. MOŁČANOVSKIJ, entschlossen sich jedoch zur völligen Annahme der russischen Sprache (in der „Moskauer“ Aussprache). Für sie gab es neben der einheitlichen literarischen russischen Sprache lediglich noch Mundarten, so z. B. eine „kleinrussische“ Mundart. Gemeinsam war allen russophilen Gruppen die Ablehnung des Polentums: als „harte“ „Russinen“, die sich gegen die Entnationalisierung durch die polnischen Kreise wehrten und bewährten, fanden sie vor allem nach 1867 große Zustimmung. Gołuchowski, dem die Errichtung einer galizischen Autonomie gelang, war als Feind der Ukrainer bekannt; seine innerpolitischen Erfolge 1867 rechtfertigten vom ukrainischen Standpunkte aus die russophile Argumentation. Andererseits benutzte Gołuchowski den Russophilismus, um in Wien vor den Ukrainern zu warnen³⁰).

Die eigentümliche Unklarheit des Russophilismus zeigt sich besonders bei drei einflußreichen Mitgliedern der mittleren Generation: POPIEL, KAČKOVŠKYJ und ŁOZYNŠKYJ. Popiel ist uns bereits bekannt, in der Kirchenfrage entschloß er sich endgültig für die orthodoxe Kirche, während sein Amtsvorgänger in Cholm, der gleichfalls russophile Bischof KUZEMŠKYJ, an der Verbindung zu Rom festhielt. Popiel mußte später von den Moskauer Kirchenbehörden seines Amtes enthoben werden, weil er in sprachlicher und kultureller Beziehung den russischen Kurs nicht voll mitmachte. Kačkovskýj entstammte der Grenzlandschaft um Dubno und war ein fanatischer Gegner der Polen, seine Mitarbeit in russophilen und ukrainischen Zeitschriften („Słovo“ bzw. „Diło“) lehrt, daß auch sein volksbildnerischer Einsatz sprach- und gesinnungspolitisch einer klaren Ausrichtung entbehrte. Łozynskýj, ein uniierter Geistlicher, verfaßte eine ukrainische Grammatik, gleichwohl bekannte er sich zur russophilen Richtung.

Erst in der jüngeren dritten Stufe erhielt der Russophilismus ein klareres weltanschauliches Gesicht. Die russische Sprache wurde als literarische Sprache propagiert und die orthodoxe Kirche als die wahre Kirche bezeichnet. Die Wendung zur orthodoxen Propaganda brachte der wand-

³⁰) PAUL RESPONDEK, Die Autonomie der Polen in Galizien nach dem österreichisch-ungarischen Ausgleich vom Jahre 1867, Berliner Diss. 1941, S. 72. Im ersten Weltkrieg wies M. Łozynskýj umgekehrt auf die Verbindungen zwischen Polen und Russen hin: „Dokumente des polnischen Russophilismus“, Berlin 1915, und „Die russische Propaganda und ihre polnischen Gönner in Galizien“, Berlin 1915.

lungsfähige Naumovyč, der in seiner Jugend polnischen Bestrebungen nahegestanden hatte, als griechisch-unierter Geistlicher dann russophile Tendenzen der Frühzeit vertrat und schließlich 1885 zur Orthodoxie übertrat. In den Kačkovskýj-Lesehallen, die eine außerordentliche Verbreitung gewannen, besaß er ein wirksames Instrument der Propaganda. Sowohl in Galizien als auch in der Karpatenukraine erzielte die orthodoxe Mission manchen Erfolg. Als nach dem Siege des Neoslawismus auf dem Prager Kongreß von 1908 eine Annäherung zwischen den polnischen Nationaldemokraten und den russischen Panslawisten im Stile des Grafen WL. BOBRINSKIJ erfolgte, fand die jüngere russophile Strömung in Galizien eine besondere Unterstützung durch die autonomen polnischen Behörden. Die galizischen Russophilen gaben ihre eigene polenfeindliche Haltung nicht auf, milderten sie jedoch fortan. Mehr und mehr wurden sie im letzten Jahrzehnt vor dem ersten Weltkriege Schachfiguren in der polnischen Landespolitik. Aus der zitierten Dokumentensammlung Łozynskýjs, die natürlich tendenziös war, ergibt sich, daß die Annäherung zwischen Polen und Russophilen gelegentlich sehr weit ging. 1908 wurden bei Stichwahlen polnischen Kandidaten der Vorzug vor „ukrainischen“ gegeben. In der Presse der allpolnischen Richtung konnten die Politiker der russisch-nationalen Partei gewöhnlich mit einer wohlwollenden Kritik rechnen, während allerdings der polnische Statthalter Galiziens 1912/13 eine Verständigung mit den Ukrainern unter Ausschaltung der Russophilen suchte. Im ganzen genossen letztere eine weitgehende Förderung. Die klare Ausrichtung auf die russische Sprache und das orthodoxe Bekenntnis sicherte der Bewegung die Unterstützung der Moskauer Politik. Ein Zentrum der Förderung der Russophilen wurde das Bistum Cholm, dessen Oberhaupt EULOGIUS GEORGIJEWKIJ eine ausgedehnte Missionstätigkeit entfaltete.

Wir mußten auf die Geschichte der russophilen Bewegung verhältnismäßig ausführlich eingehen, um die Schwierigkeiten und Erwartungen zu verstehen, mit denen die Polen nach 1918 bei der Förderung dieser Kreise rechneten. Kurz vor dem ersten Weltkriege hatten sich organisatorisch zwei Lager gebildet: ein altkonservatives, das unter dem Namen „Altruthenen“ auftrat, und ein selbständiges, wenn auch recht unklares Programm vertrat, und ein jüngeres der sogenannten „Neukurialer“. Das altkonservative Lager war durchaus idealistisch, seine Zeitung „Hałyčany“ erschien in einer eigens konstruierten Sprache, die aus einem Gemisch von ukrainischen, russischen und altkirchenslawischen Elementen bestand. Praktisch war diese ideologische Gruppe ohne jeden Einfluß. Etwas stärker waren die „Neukurialer“, deren Abhängigkeit von Moskau jedoch so vollständig war, daß von einer eigenen Politik nicht die Rede sein konnte. Ihre Tageszeitung „Prikarpatkaja Ruś“ wurde mit Hilfe des Rubels ge-

halten. Die Ereignisse des Jahres 1917 beraubten beide Richtungen ihres eigentlichen Mittelpunktes. Ein Teil der Russophilen söhnte sich mit dem bolschewistischen System aus und setzte den russenfreundlichen Kurs auch im Hinblick auf die Sowjetunion fort. Ein anderer Teil hielt an der Fiktion des Zarenreiches fest und schloß sich mit der „weißen“ russischen Emigration zusammen, er bildete in Warschau, Lublin, Chołm und Wolhynien kleine Stützpunkte. Ein weiterer Teil näherte sich vollends den Polen und fand in ihnen seinen Herrn.

In den bolschewistisch beeinflussten Teilgruppen gewannen ukrainische Strömungen, die dem nordwestukrainischen „Selsojuz“ (Bauernverband) entstammten, das Übergewicht, so daß der ganze Verband — der 1926 gegründete „Selrob“ (Ukrainische sozialistische Bauern- und Arbeitervereinigung) — bald von den polnischen Behörden aufgelöst wurde. Durchaus polonophil war die „Ruska Agrarna Partija“, eine zaristisch gesinnte konservative Gruppe, die durch Spaltung der Ruskaja Narodnaja Organizacija entstand. Aus der „Russischen Volksorganisation“ entwickelte sich außerdem die „Ruska Seljanska Organizacija“, die polnischen Tendenzen weniger zugänglich war und der Sowjetunion gegenüber keine völlig ablehnende Haltung einnahm. 1931 vereinigten sich die beiden Spaltungsgruppen unter dem Namen „Ruska Seljanska Organizacija“ wieder, ohne daß die Meinungsverschiedenheiten über die polnische oder russische Orientierung beseitigt wurde. Die polnischen Behörden unterstützten natürlich die Gruppen und Personen, die ihnen genehm waren, dazu gehörte vor allem der Lemko-Sojuz, der eine landschaftliche Sonderorganisation der RSO darstellte.

Trotz aller Bemühungen gelang es den Polen jedoch nicht, die Russophilen ganz für sich zu gewinnen. Im Kampfe gegen die national-ukrainischen Gruppen stand man gewiß Seite an Seite. Als im Lemkengebiet versucht wurde, statt der lemukischen Mundart das Polnische in den Volksschulen einzuführen, war die R. S. O. die erste Organisation, die Einspruch erhob. In der Frage der „Päpstlichen Administratur für das Lemkengebiet“ gingen Lemkovskij Sojuz und Ruska Seljanska Organizacija zunächst mit den polnischen Behörden völlig konform. Sehr bald brachen aber im russophilen Lager die kirchenpolitischen Meinungsverschiedenheiten auf und eine Richtung innerhalb der R. S. O. erklärte es für einen Fehler, innerhalb der unierten Kirche zu bleiben. Der Übertritt zur Orthodoxie sei das einzig Richtige. Infolgedessen entstand eine Konversionsbewegung, die viele Gemeinden in Unruhe versetzte und die Zahl der Anhänger der orthodoxen Kirche vermehrte (1921 in der Krakauer Wojwodschaft 0,1%, 1931: 0,5%, während der Anteil der Unierten von 2,6% auf 2,3% zurückging).

Im Rahmen des russophilen „Programms“ maßen die polnischen

Behörden der „Kačkovskýj-Gesellschaft“ eine große Bedeutung zu. Sie war als Konkurrenzorganisation zum Prosvita-Verband geschaffen worden und hatte zeitweise eine starke Verbreitung gefunden. In den Jahren 1936 bis 1939 glaubten die polnischen Dienststellen, feststellen zu können, daß sich in der Prosvita-Gesellschaft das nationalistische Element gegenüber dem gemäßigten durchsetze. In einem großen Bericht über die Hauptversammlung vom 8. Juni 1939 ging der Lemberger Wojwode (Sozialpol. Abt., 10. Juni 1939) sehr ausführlich auf die Vorstandswahlen ein und unterstrich dabei, daß die von dem Undo-Abgeordneten Mudryj geführte gemäßigte Gruppe gänzlich unterlegen sei. Die neue Verwaltung bestehe aus Nationalisten oder aus Anhängern des katholisch-nationalistischen Verbandes „Orły“. Mudryj habe vor der Tagung Absprachen mit verschiedenen Gruppen getroffen, die jedoch vor allem von der F. N. J. (Front Nacionalnoji Jednosty) Palijiws nicht gehalten wurden. Diese nationale Erneuerungsgruppe, die sowohl im Gegensatz zur O. U. N. als auch zum Undo stand, habe sich unter dem Einfluß des Orły-Präsidenten Hlibovyčkyj mit dem rechten Flügel der Geistlichkeit und den Nationalisten verbündet, so daß nach heftigen Auseinandersetzungen schließlich ein Verwaltungsrat gewählt worden sei, dem 4 entschiedene und 3 gemäßigte Nationalisten, 2 Vertreter der Katholisch-Nationalen, 2 Undo-Anhänger, 1 F. N. J.-Mann und 2 Unpolitische angehören. Der neue Präsident, der Geistliche Julian Dzerovyč, neige zu dem Verbands „Orły“, der als „katholische O. U. N.“ bezeichnet wurde. Besonders unangenehm für die Polen war, daß diese Radikalisierung in der Prosvita-Gesellschaft auch bei der Kačkovskýj-Vereinigung zu beobachten war, obwohl diese eigentlich als russophil galt. Am 23. August 1937 unterrichtete die Sozialpolitische Abteilung des Krakauer Wojwodschaftsamts die nachgeordneten Dienststellen davon, daß es in der Kačkovskýj-Gesellschaft gäre. Auf der einen Seite seien ukrainische Nationalisten eingedrungen, andererseits sei ein Aufblühen der sowjetfreundlichen Stimmungen zu beobachten. Der in seiner Loyalität bewährte „altruthenische“ Präsident Dr. Kryžanovskyj könne sich diesen Kräften gegenüber kaum behaupten. In den letzten zwei Jahren der Staatlichkeit standen infolgedessen einige Bezirksbehörden auf dem Standpunkt, daß man diesen russophilen Volksbildungsverein, der einst gefördert worden war, nicht mehr dulden dürfe, da er entweder eine getarnte ukrainische Einrichtung darstelle oder sowjet-russischen Absichten diene.

Zusammenfassend läßt sich feststellen: für die polnischen Behörden bot die russophile Bewegung die Hoffnung, völkische Proselyten zu machen. Sie sahen in dieser ideologischen Gruppe nicht bloß ein Moment der Spaltung und Zersetzung im ukrainischen Parteiwesen, sondern auch einen Ansatz für die Verpolung bestimmter Bevölkerungskreise ukrainischer Abstam-

mung. Die Entwicklung hat gelehrt, daß dieser Versuch keine Erfolgsaussichten besaß: aus einer ideologischen Gruppe, der alle Eigenarten besonderen Stammestums fehlen, läßt sich keine ethnische Sondergruppe entwickeln. Als besonders hemmend erwies sich für die polnische Politik, daß die Russophilen über negative Begründungen ihres Kampfes — Ablehnung der Polen und der ukrainischen Nationalbewegung — kaum hinaus kamen, es fehlte ihnen ein eigenes positives Programm. Sobald ihnen die volkspolitischen Absichten der Neusandezer, Gorlicer und Sanoker Starosten klar wurden, sträubten sich die meisten auch gegen die Polen: wenn auch ihre Vorstellung über Wesenheit und Schicksal der „Hałycka Ruś“ nebelhaft unklar war, so lehnten sie doch ein rein polnisches Galizien ab³¹⁾. Lediglich einige Einzelpersonen, wie z. B. Michael Baczyński³²⁾, gingen in der praktischen Politik mit den Behörden gemeinsam vor, weil sie von ihnen abhängig waren, theoretisch hielt jedoch Baczyński daran fest, daß die „Russini“ (Ruthenen) und die Lemken eigene Völker neben Ukrainern und Polen darstellten. Die Ruthenen seien jedoch ein Brudervolk der Polen, das durch den „ukrainischen Separatismus“ (der eine Erfindung der Deutschen sei) von seinem natürlichen Mutterboden losgerissen werde. Seine Broschüre strotzt im übrigen von Angriffen und Verdächtigungen der ukrainisch-nationalen Gruppe und ihrer Führer.

Parteipolitisch-ideologische Aufspaltung

Überblickt man das bisher betrachtete Feld der polnischen Bemühungen gegenüber den Ukrainern, so ergibt sich, daß die so vielfältigen Bestrebungen in volkspolitischer Hinsicht keine nennenswerten Erfolge erzielten. Größer waren die Einflüsse in parteipolitisch-ideologischer Hinsicht. Es gelang, die Ausbreitung der ukrainischen Nationalideologie über den ganzen Siedlungsraum zu hemmen, wenn auch nicht zu verhindern. Ein äußerer Ausdruck dieser ideologischen Spaltungsversuche war die Vertretung verschiedener Sondergruppen im Sejm³³⁾. 1928 hatten sich die ukrainisch-nationalen Gruppen mit anderen Volksgruppen zum „Minderheitenblock“ zusammengeschlossen, der 1,438.725 Stimmen erzielte. Außerhalb dieses Bündnisses standen sechs Listen, die in der polnischen Schreibung folgende Namen hatten:

³¹⁾ M. ANDRUSJAK, SOF., a. a. O., S. 568 f.

³²⁾ Baczyński wurde 1930 als russophiler Abgeordneter in den Sejm gewählt, er legte den Behörden 1935 in einer vertraulichen Broschüre einen Ausbau der „russinischen“ Arbeit nahe („Kwestja mniejszościowa wraz rola i metody opozycji mniejszościowej w odrodzonej Polsce w opracowaniu Michała Baczyńskiego posła na Sejm R. P.“ B. war ursprünglich extrem russenfreundlich.

³³⁾ Die folgenden Zahlen- und Personalangaben nach dem Nachschlagewerk TADEUSZ und KARL RZEPECCY, Sejm i Senat 1928—1933, Posen 1928.

1. *Ukraiński Związek Narodowy* (*Ukraińskyj Narodnyj Sojuz*). Diese Liste erhielt lediglich 8887 Stimmen, sie verteilen sich auf die ostgalizischen Wahlkreise. Diese Gruppe war polenfreundlich.

2. *Ukraiński „Seł-Rob“*. Hier handelt es sich um die sozialistische ukrainische Partei nach der Abspaltung einer „linken“ (russophilen) Gruppe. *Seł-Rob* erhielt 179.536 Stimmen und vier Abgeordnete. Sie reichte in den Wojwodschaften Lublin, Wolhynien, Tarnopol, Lemberg, Stanislaw und Polesien Listen ein, ihre Abgeordneten wurden in Wolhynien und Polesien gewählt. Bemerkenswert ist vom volkspolitischen Standpunkt aus, daß *Seł-Rob* im weißruthenisch-ukrainisch-polnischen Grenzteil Włodawa 4842 Stimmen (mehr als der Regierungsblock!) erhielt, während für die Minderheitenvereinigung nur 3153 Zettel abgegeben wurden. Es erwies sich hier in der nordwestlichen Randzone, daß die soziale Parole schlagkräftiger als die nationale war, was die Polen zu einer Sonderliste „*Polsko-Ukraińskie Zjedn. Chłopów i Robotników*“ ausnutzten, die im ganzen Wahlkreis 25 rund 14.000, in Włodawa allein 5813 Stimmen erzielte. Ähnlich erklärt sich auch der Erfolg in Hrubieszów und den polesischen Gebieten. Im Wahlkreis 60 (Łuniniec, Sarny und Stolin; nach der Statistik von 1931 mit 132.000 Ukrainern und 14.000 Weißruthenen) wurde gleichfalls ein *Seł-Rob*-Abgeordneter gewählt, ein in Dubno (Wolhynien) tätiger ukrainischer Prosvita-Beamter. Bemerkenswert ist, daß diese ukrainisch-sozialistische Liste in Pińsk 2871 Stimmen erhielt, während es nach der amtlichen Statistik von 1931 in diesem Kreise nur 1063 Ukrainer gab.

3. *Seł-Rob (Lewica)*. Die „linke“ *Seł-Rob*-Gruppe war ausgesprochen russophil, sie erzielte 143.475 Stimmen und 2 Mandate. Beim Durchblättern des Wahlhandbuches stoßen wir auf diese Liste erst in der Lemberger Wojwodschaft. Eine Rolle spielte sie jedoch nur in der Wählerschaft des Lemberger Gebietes und Polesiens. In dem polnischen Wahlkreis 59, der nach der bereinigten Nationalitätenstatistik BÜRGENERS³⁴⁾ eine klare weißruthenische Mehrheit (388.000 Weißruthenen neben 153.000 Ukrainern und 88.000 Polen) besaß, wurden neben den 2 Abgeordneten der *Seł-Rob*-Linken nur 3 Vertreter des polnischen Regierungsblockes gewählt. Alle übrigen weißruthenischen und ukrainischen Listen erzielten einschließlich des Minderheitenblockes nur rund 20.000 Stimmen, d. h. nicht 40% der Stimmen, die die sozialistische Gruppe russophiler Färbung für sich buchen konnte.

4. Eine besondere Liste „*Ruska*“ konnte 133.196 abgegebene Wahlzettel für sich buchen. Sie erhielt in dem russischen Arzt Paweł Korol ihren Vertreter. Verglichen mit der Gesamtzahl der Russen (1931: *język rosyjski* 138.700, davon 78.400 in den Wojwodschaften Białystok und Wilna), ist

³⁴⁾ BÜRGENER, a. a. O., S. 101.

die Stimmenzahl dieser Liste bemerkenswert. Sie zeigt, daß das in sich unklare Russophilentum bei politischen Entscheidungen für moskowsische Interessen eingespannt werden konnte. Korol wurde in einem Bezirk gewählt, in dem knapp 10.000 Russen lebten. 16.849 Wahlberechtigte bekannten sich zu ihm. Außerhalb dieses Wahlkreises erwies sich die russische Partei noch in folgenden Kreisen von Einfluß: Gorlice (8293 Stimmen, zweitstärkste Partei, Lemkengebiet!), Jaroslaus, Sanok (letztere Zentren der russophilen Propaganda im Lemkenlande), Rawa Ruska und den östlichen Grenzkreisen Galiziens sowie in den beiden Nordkreisen des Wilnaer Zipfels³⁵). Die Stimmenverteilung stimmt nicht mit der Verstreuung des Russentums, sondern mit der Verbreitung russophiler Herde im Ukrainertum und bei den Weißruthenen überein.

5. Fast 269.000 Stimmen und 9 Sitze erhielt der „Blok Wyborczy Ukraińskich Socjalistycznych Włociańsko-Robotniczych Partji“. Auf ihn wurden in den ostgalizischen und wolhynischen Landgebieten Stimmen abgegeben, besonders zahlreich in der Stanislauer Wojwodschaft. Kern dieses Blocks, der mit der unter 2. bezeichneten Seł-Rob-Gruppe in einem Wettbewerbsverhältnis stand, war die vor dem ersten Weltkriege so bedeutende Radikale Partei, die mehr und mehr an Boden verlor. Sie hatte sich in Wolhynien mit den ostukrainischen Sozialrevolutionären (Petljura) vereinigt, der Wahlname „Blok“ usw. war ein zeitweiliger Zweckname. Als Jugendorganisation stand dieser Gruppe, die übrigens eine Entkonfessionalisierung des Volkslebens erstrebte, der „Łuh“ zur Verfügung, während der „Sokil“ den nationalen und kirchlichen Gruppen nahestand.

6. Die Ukraińska Partja Pracy konnte mit nicht ganz 45.000 Wahlzetteln ein Mandat für sich buchen, sie schickte für einen Kreis der Tarnopoler Wojwodschaft den Advokaten Zachidnyj aus Brzeżany ins Parlament. Außerhalb des östlichen Galizien wandte sie sich nicht an die Wählerschaft. Sie vertrat die Anhänger des ehemaligen ukrainischen Staatspräsidenten E. Petrušewyč und war sowjetfreundlich.

Insgesamt entfielen rund 780.000 „ukrainische“ Stimmen auf Sonderlisten außerhalb des Minderheitenblocks. Diese Sonderlisten erhielten zusammen 18 Sitze, während die polnische Piast-Partei mit rund 770.000 Stimmen 34 Mandate gewann. Die Zersplitterung erwies sich also vom polnischen Standpunkte aus als außerordentlich vorteilhaft, gingen doch der „Minderheiten“-Politik mindestens 16 Abgeordnete verloren. Es wäre

³⁵) In Dzisna 4717 und in Braślaw 4729 Stimmen, die meisten Anhänger besaß hier der Minderheitenblock, der im Wahlkreis 64 drei Weißruthenen in den Sejm schickte.

jedoch falsch, diese Zersplitterung lediglich auf das Konto polnischer Spaltungsbemühungen zu schreiben. Nur zwei der Sonderlisten betrachteten sich als nichtukrainisch, bei einer dritten (Seł-Rob) trat das nationale Moment hinter dem sozialen zurück. Gleichwohl sprang auch unter diesen Umständen noch ein Vorteil für die polnische Volkspolitik heraus: die „russische“ Liste drang in bestimmte galizisch-ukrainische Kreise ein und zersplitterte rund 100.000 Stimmen, während die russophile Seł-Rob-Linke etwa 70.000 Wahlzettel umsonst auf sich vereinigte. Soweit Wahlergebnisse überhaupt für Gesinnungsbeurteilungen verwandt werden können, läßt sich sagen, daß der russophile Einfluß 1928 rund 250.000 Wahlberechtigte erfaßte, von denen gut 200.000 sicher dem ukrainischen Abstammungskreis zuzurechnen sind. Das bedeutet, daß der russophile Einfluß unter der ukrainischen Bevölkerung etwa 10% ausmachte.

Diese russophile Strömung war jedoch nur teilweise, soweit sie von der altkonservativen Russischen Partei getragen wurde, polnischen Absichten zugänglich. Beherrschend blieb — auch bei der russischen Partei — die russische Orientierung. Das galt vor allem für die Seł-Rob-Linke. Hier enthüllte sich die Problematik des polnischen Interesses an den russophilen Stimmungen: diese konnten sehr leicht aus sozialen Gründen von sowjetischer Seite aufgefangen und im gegenpolnischen Sinne nutzbar gemacht werden. Anlässlich der Besprechung des amerikanischen Lemko-Blattes wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Verwaltung gelegentlich mit der Unterstützung sowjetfreundlicher Bestrebungen spielte, letztlich aber doch ihnen gegenüber sehr vorsichtig blieb. Das zeigt sich nicht nur im Falle des „Lemko“, sondern auch bei der K. P. Z. U.

Die illegale Kommunistische Partei der Westukrainer (K. P. Z. U.) verfügte in bestimmten Teilen des ukrainischen Siedlungsgebiets, vor allem nördlich der Sokalgrenze, über erheblichen Einfluß, nicht zuletzt mittels einiger loyaler Nebenorganisationen. Auch in den Seł-Rob-Gruppen war kommunistischer Einfluß spürbar. Die großen Erfahrungen, die die K. P. Z. U. in der illegalen Arbeit hatte, gab ihr vielfach einen Vorsprung vor anderen „illegalen“ Gruppen. Zuweilen ist nicht klar zu erkennen, ob sich die kommunistische Geheimorganisation einer nationalistischen bedient oder umgekehrt. So behauptete die Lubliner Wojwodschaft, daß die K. P. Z. U. vom westlichen Wolhynien aus übergreife und sich einiger Einrichtungen bediene, die von Angehörigen der Organizacija Ukraїnskych Nacionalistiw (O. U. N.) gesteuert würden. Das Lemberger Wojwodschaftsamt macht seine Starosteien am 15. Juli 1938 darauf aufmerksam, daß O. N. U. und K. P. Z. U. angeblich zusammenarbeiteten, um den polnischen Staat zu unterminieren. Ende 1936 wollte man im Cholmer Land die Beobachtung gemacht haben, daß die K. P. Z. U. einen Schulstreik vorbereite und den Versuch mache,

sich an die Spitze der nationaldenkenden Ukrainer zu setzen. In einer Verfügung vom 16. Dezember 1936 wurden die Starosteien angewiesen, dieser Tätigkeit der Kommunisten, vorzüglich innerhalb der Schulverbände, erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Aus Lublin liegt auch eine Nachricht vor, nach der die Verwaltung im August 1938 angewiesen wird, die nationalistischen Bestrebungen als die zeitweilig gefährlicheren anzusehen. Freilich war ein Paktieren mit der K. P. Z. U. so riskant, daß sich konkrete Beweise für eine indirekte oder direkte Unterstützung nicht finden lassen. Die Akten ergeben jedoch auf breiter Front den Eindruck, daß die Zentralbehörden Nachrichten über die K. P. Z. U. gern empfangen, weil eine antikommunistische Aktion leichter als eine antiukrainische zu rechtfertigen war. Deshalb zieht sich durch die ganze polnische Politik gegenüber den Ukrainern eine Linie, die darauf hinausläuft, die ukrainische Volkstumsarbeit bolschewistischer Neigungen zu verdächtigen. Wiederholt wurden ukrainische Einrichtungen mit der Behauptung geschlossen, sie seien lediglich der legale Mantel illegaler kommunistischer Bestrebungen.

Die offen polenfreundliche Richtung unter den Ukrainern trat organisatorisch übrigens kaum in Erscheinung. Sie verfügte 1928 über 5 Abgeordnete im Sejm, die auf den Listen des Regierungsblocks gewählt wurden und auch im Parlament dem BBWR-Klub angehörten. Die im „Ukrainischen Volksverband“ (Ukrainśkyj Narodnyj Sojuz) zusammengefaßten Gruppen (so die Danyłowyč-Gruppe in Stanislau, die Ukrainisch-Ruthenische Partei im Gebiete von Stryj und die Ukrainische Volkspartei in Kołomyja) blieben ohne Vertretung, Stimmen erhielt diese Gruppe fast nur in der Diözese Stanislau.

Der Stanislauer Klerikalismus

Das Kapitel der Aufspaltung des Ukrainertums durch politisch-ideologische Gruppen kann deshalb nicht ohne Eingehen auf die vor allem im Stanislauer Bezirk wirksame U. N. O.³⁶⁾ (Ukrajinska Narodnja Obnowa) geschlossen werden. Unter der Obhut des Stanislauer unierten Bischofs Chomyšyn bildete sich im Südosten Galiziens eine Ukrainśka Katołyčka Narodnja Partija, die 1932 den Namen U. N. O. (Ukrainische Volkserneuerung) annahm. Sie ist nur aus den dogmatischen Auseinandersetzungen innerhalb der unierten Kirche zu verstehen. Sie war für die polnische Volkstumspolitik wichtig, weil sie wie alle entschieden klerikalen Parteien in völkischen Fragen lauwarm war und teilweise zu einer polenfreundlichen Haltung neigte.

³⁶⁾ Nicht mit der Ukrainischen Nationalen Vereinigung (U. N. O.) zu verwechseln, die sich nach 1939 im Großdeutschen Reich entwickelte.

Innerhalb der unierten Kirche hat es in der Geschichte immer wieder Diskussionen über die Frage gegeben, ob die Kirche rituell ein Teil der katholischen oder der byzantinischen Kirche sei oder aber eine kirchliche Größe sui generis darstelle. Die sogenannte „lateinische“ (=westliche) Richtung mußte schon im Hinblick auf ihre Anpassung an den römischen Katholizismus den Polen sympathisch sein, ganz abgesehen davon, daß sie durch ihren Gegenstoß gegen den Lemberger Metropolitan Graf Šeptyčkyj ein Zentrum ukrainischer Arbeit schwächte. Seit der Mitte des 19. Jh.s hatte sich in der unierten Kirche eine Bewegung gebildet, die das ostkirchliche Moment sehr stark betonte und zur Entfernung lateinischer Gebräuche und Anschauungen drängte. Dieser „Purismus“³⁷⁾ fühlte sich mit der ukrainischen Volkserneuerung eins, wurde aber auch aus den früheren russophilen Stimmungen gespeist. Am 13. Mai 1874 griff Pius IX. mit einer Enzyklika ein, die vor einer Annäherung an die „Schismatiker“ warnte und die Puristen verdammt. Eine Reihe uniierter Geistlicher, unter ihnen auch der spätere Cholmer orthodoxe Bischof Popiel, weigerte sich jedoch, die ostkirchlichen Traditionen zu opfern. Leo XIII., der sich besonders für die ukrainischen Unierten interessierte, verstärkte die Gegenarbeit gegen die ostkirchlichen Bestrebungen dadurch, daß er den alten Basilianerorden mit Hilfe der Jesuiten erneuerte. Gleichwohl blieb die Gesamtkirche lateinischen Tendenzen gegenüber zurückhaltend. Der größte Teil der Priester sah Ende des 19. Jh.s in der eigenen Kirche entweder eine Ostkirche oder etwas ganz Besonderes, vom Byzantinischen oder vom Lateinischen grundsätzlich verschiedenes. Insbesondere hatte der sogenannte Uniatismus, der eine Unterordnung nach beiden Seiten vermied, einen starken Einfluß. Die sogenannte „lateinische“ Richtung fand im ersten Jahrzehnt des 20. Jh.s ihren geistlichen Mittelpunkt in der Stanislauer Aula. Bischof Chomyšyn nahm scharf gegen die Übertrittsbewegung zur Orthodoxie hin Stellung. Zusammen mit seinen Kollegen in Przemyśl führte er das Verbot der Priesterehe ein³⁸⁾, eine Maßnahme, die sich sowohl gegen die ostkirchlichen Traditionen als auch gegen die nationalen Interessen richtete. Die orthodoxe Kirche kannte das Zölibat nur für Bischöfe und sah in ihm eine der entscheidenden Differenzen mit der Romkirche. Volkspolitisch gesehen schwächte das Zölibat den Aufbau einer ukrainischen Führungsschicht, da erfahrungsgemäß die Priesterfamilien das größte Kontingent an Mitarbeitern im kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben des Ukrainertums stellten. Sowohl aus religiösen als auch

³⁷⁾ Dumin geht a. a. O. auf die innerkirchlichen Probleme leider nicht ein. Überhaupt fehlt es im deutschen Schrifttum an einer Darstellung der Geschichte der Kirchen im ukrainischen Volksraum.

³⁸⁾ H. KOCH, Zur Lage der kirchlichen Union in Polen. Evangelisches Kirchenblatt, Posen, XI, 1933, S. 21 ff.

aus politischen Gründen mußte die Tätigkeit des Bischofs Chomyšyn und der ihm gleichgesinnten Priester den Beifall der Polen finden, wobei noch hinzukam, daß sich diese Gruppe nach 1919 betont loyal gab, um bei der internen Auseinandersetzung mit dem Lemberger Metropoliten, der sowohl das allgemeine Zölibat als auch andere lateinische Neuerungen ablehnte, die Hilfe der staatlichen Behörden zu finden. Es ist recht bezeichnend, daß der Bischof von Stanislau eine Denkschrift über das ukrainische Problem verfaßte und 1923 als Broschüre verbreitete, in der unbedingte Loyalität gegenüber dem polnischen Staate verlangt wurde. Eine Rettung des ukrainischen Lebens, das nach Meinung des Bischofs in großer Gefahr schwebte, sah er lediglich in der völligen Unterwerfung der völkischen Kulturarbeit unter den Primat der Kirche. Während man den Einsatz der griechisch-unierten Geistlichkeit in der ukrainischen Bewegung durchwegs nicht als „Klerikalisierung“ ansehen kann, ist der Chomyšyn-Kreis als klerikale Gruppe im Sinne der mittel- und südeuropäischen Bestrebungen im Katholizismus anzusehen.

Es ist verständlich, daß die polnischen Behörden die Entwicklung der sogenannten „lateinischen“ Richtung mit Wohlwollen beobachteten. Im Frühsommer 1938 erörterten die volkspolitisch interessierten polnischen Dienststellen die Nachfolge des greisen Metropoliten, Graf Šeptyckyj: Es sei notwendig, einen Kandidaten zu finden, der der ukrainischen Nationalarbeit fremd gegenüberstehe und unbedingt loyal sei. Im Einvernehmen mit dem Innenministerium bittet der Krakauer Wojwode deshalb seine Starosten am 6. Mai 1938 in einem „streng geheimen“ und „sehr dringenden“ Schreiben um Informationen. Der Kandidat müsse eine polenfreundliche politische Gesinnung haben, der lateinischen Richtung angehören und möglichst eine gründliche theologische Ausbildung haben. Außerdem sei eine Liste derjenigen unierten Geistlichen erwünscht, die bereit seien, für die „griechisch-katholischen Polen“ polnische Predigten zu halten. Die Regierung wollte also einen etwaigen Wechsel in der Metropole zu einem Siege des Latinismus ausnutzen und gleichzeitig die Karte der sogenannten „griechisch-katholischen Polen“ ausspielen. Bei diesen handelte es sich übrigens um eine herkunftsmäßig unklare Gruppe (zum Teil polonisierte Ukrainer, zum Teil griechisch unierte Polen), deren Zahl 1931 mit 14% der Gläubigen angegeben wurde³⁹⁾. Die Wichtigkeit dieser Absichten wurde dadurch unterstrichen, daß die Starosten zur persönlichen Bearbeitung der Angelegenheit aufgefordert wurden.

Die sogenannte „Latinisierungs“-Arbeit Chomyšyns hat sowohl auf politischem als auch auf religiösem Gebiete eine ganze Reihe Auseinander-

³⁹⁾ H. J. BEYER, a. a. O., S. 58.

setzungen erwirkt, von denen nur einige gestreift werden können. Auf religiösem Gebiete ist wesentlich, daß aus Protest sowohl Übertritte zur orthodoxen wie auch zur evangelischen Kirche erfolgten. Die evangelische Bewegung unter den Ukrainern wurde zwar von Rückwanderern aus Übersee eingeleitet, die in Amerika protestantisches Kirchenleben kennen und schätzen gelernt hatten⁴⁰⁾. Ohne die Erbitterung über den „lateinischen“ Kurs des Stanislauer Bischofs wäre es jedoch sicher nicht zum Ausbruch dieser Bewegung gekommen, die anfangs beträchtliches Ausmaß annahm, später aber an Bedeutung wieder verlor. Es ist kein Zufall, daß einer der maßgeblichen Geistlichen dieser Gruppe, Zarczuk, in Rom katholische Theologie studiert hatte, während eines Heimaturlaubs Zweifel an den Absichten seines Bischofs bekam und Fühlung zur deutsch-evangelischen Gemeinde aufnahm, die in dem Superintendenten Zöckler einen geistig bedeutenden Seelsorger besaß, der sich späterhin rege um die ukrainisch-evangelischen Gemeinden kümmerte. Bedeutsamer als diese religiösen Neuerungen waren die politischen Kämpfe, die durch das Auftreten Chomyšyns entfacht wurden. Sowohl die nationalistischen als auch die links-eingestellten Gruppen griffen den Bischof an. Die nationale Arbeit erhielt im Stanislauer Bezirke einen antiklerikalen Einschlag, während im übrigen Ostgalizien durchwegs der Einsatz der unierten Geistlichkeit innerhalb der völkischen Kulturarbeit erfolgte. So erklärt sich auch, daß im Bereich des Stanislauer Bistums die dem Klerus feindlichen oder ihm kühl-neutral gegenüberstehenden ukrainischen Parteien verhältnismäßig stark blieben, so insbesondere die Freunde der alten Radikalen Partei, die in der Stanislauer Wojwodschaft 1928 fast 75.000 Stimmen und 3 Mandate sowie im angrenzenden Wahlkreis 54 der Tarnopoler Wojwodschaft 43.000 Stimmen und einen Sitz eroberten. Die schweren politischen Angriffe gegen den Bischof veranlaßten diesen zur Bildung einer eigenen Katholischen Partei, eben jener älteren Uno, die in ihrer politischen Haltung in der Polenfrage sehr vorsichtig war. Einen nennenswerten Einfluß konnte sie freilich nicht erringen, wenngleich sie einen großen Teil der Priester umfaßte.

Bei dieser Gelegenheit sei abschließend bemerkt, daß die „griechisch-katholischen Polen“ als Ausgangspunkt für einen Einbruch in die Füh-

⁴⁰⁾ HILARIUS SCHEBETZ, *Das Evangelium in der Ukraine*, Erlangen 1932, S. 4 ff., I. LANGHOFF, *Luthers Kirche bei den Ukrainern*, Neuendettelsau 1933. Die evangelische Bewegung fand begreiflicherweise in den protestantischen Kirchenzeitschriften große Aufmerksamkeit. Das sehr gut redigierte Stanislauer Gemeindeblatt, das eine weite Verbreitung hatte, berichtete mehrfach. Im Posener Evangelischen Kirchenblatt informierte zunächst IV, S. 36 ff., Schiller-Kattowitz die Leser, wobei er die Rolle der Amerika-Ukrainer unterstrich. Etwas später schrieb im gleichen Jahrgang Sup. Rhode-Posen über diesen Gegenstand, im ganzen sehr optimistisch.

rung der unierten Kirche besonders betreut wurden. Anfang 1938 wurde in Lemberg ein „Verein griechisch-katholischer Polen“ registriert und gleich in den Woiwodschaften Krakau, Lemberg, Stanislau und Tarnopol erlaubt (Krakau, Sozialpol. Abt., 25. Mai 1938). Theologisch gesehen, stand er auf dem Boden des Latinismus. Er fand bei allen Behörden willigste Unterstützung. Seine Auswirkung läßt sich nicht überblicken. Vermutlich kam er in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit über organisatorische Anfänge nicht hinaus.

Der sogenannte „Ostföderalismus“

Die bisher geschilderten Maßnahmen gegenüber den Ukrainern wiesen eine derartige Fülle von Einzelheiten auf, daß es schwer ist, zu einer Systematik zu kommen. Das gemeinsame Band war stets der Wille, eine gesinnungsmäßige Vereinheitlichung der ukrainischen Massen zu verhindern. Im letzten Grunde verneinte dieser Wille in der Regel das Bestehen eines ukrainischen Volkes. Abweichend lassen sich lediglich gewisse Orientierungen in Wolhynien deuten, hier spielten die Gedanken Pilsudskis über einen östlichen Föderalismus eine Rolle.

In deutschen Zeitschriften ist zwischen 1933 und 1938 mehrfach auf diese Ideologie hingewiesen worden, ohne daß eine wissenschaftliche Bearbeitung erfolgt wäre. Es ist hier nicht der Ort, das System dieser Auffassungen (deren politisches Gewicht vielfach überschätzt wurde) zu entwickeln, es genügen einige kurze Feststellungen.

Als Ende November 1918 die Wahlordnung für den ersten verfassungsgebenden Sejm herausgegeben wurde, sah sie vor, daß östlich einer Linie, die von Kartuzy—Lemberg, Białystok—Grodno nach Kaunas ging, nur Vertreter der „Polen in Litauen und Ruthenien“ gewählt werden sollten. Weite ukrainisch-weißruthenische Landschaften lagen östlich jener Linie. Man hat den Sinn dieser Wahlordnung, die die Unterschrift Pilsudskis trug, darin sehen wollen, daß sie sich auf das damals von der polnischen Regierung beherrschte Gebiet bewußt beschränkte. Diese Annahme ist unrichtig, was sich schon daraus ergibt, daß man im Westen in Stolp, Schneidemühl, Posen, Oppeln und Kattowitz, im Südwesten in Teschen und Friedek, im Süden sogar in Käsmark (Zips) wählen lassen wollte, obwohl in all diesen Orten von polnischer Herrschaft keine Rede sein konnte. Mit HARALD LAEUVEN sehen wir in dieser Wahlordnung vielmehr einen Niederschlag der bundesstaatlichen Pläne Pilsudskis. Litauen und die Ukraine sollten der Republik angegliedert werden, Wahlrecht zum polnischen Sejm jedoch nur die Volkspolen dieser Gebiete erhalten. Die föderalistischen Pläne des Marschalls, die insbesondere während des Krieges mit Sowjetrußland deut-

licher wurden, erhielten sich nach dem Scheitern aller praktisch-politischen Versuche in den Kreisen einiger Politiker, die zwar wenig Anklang in den Massen besaßen, mit ihrer Ideologie aber die Bürokratie beeinflussten. Diese Ideologie erkannte die Ukrainer als eigenes Volk an, strebte jedoch danach, eine Entfaltung des Volksbewußtseins ins Politische zu verhindern. So entschieden diese Kreise den ukrainischen Nationalismus als einen gefährlichen Separatismus bekämpften, so sehr waren sie jedoch geneigt, Sprache, Kultur und Kirche im Osten unangetastet zu lassen. Ihnen kam es auf politische Führung, nicht auf völkische Assimilierung an. Sie fühlten sich als Fortsetzer und Erfüller der historischen polnischen Ostpolitik, die während der Zeit der Adelsrepublik den Litauern und „Ruthenen“ weitgehende Autonomierechte gelassen hatte. Wenn auch diese Ideologie die Wirklichkeit der Adelsrepublik stark idealisierte, so war doch richtig, daß einst ein übervölkisches Adelsdenken geherrscht hatte. Man begnügte sich mit der Einschmelzung der damaligen Führungsschicht (Adel und höherer Klerus), das Bauerntum wurde nicht polonisiert. Bemerkenswert ist, daß die ostföderalistischen Pläne sich nicht mit der katholischen Aktion verbanden. Wie in der goldenen Zeit der adeligen Freiheit sprach man zwar gern davon, daß Polen der „Schutzwall des Christentums“ sei. Mit diesem Begriff begnügte man sich jedoch. Eine inhaltliche Bedeutung hatte er nicht, er meinte weder eine Vertiefung und Ausbreitung des Katholizismus, noch eine Durchdringung der orthodoxen Gemeinden, deren Patronat der Adel übernahm. Wenn ST. BRZOWSKI⁴¹⁾ mit Ärger feststellte, daß der Katholizismus „im Leben der geistig aufgeklärten Laien fast keine Rolle spielt“, so galt das vor allem für den Kreis der Politiker und Militärs um Piłsudski. Das war als Ansatz für die Volkspolitik im Osten und Südosten überaus bedeutsam.

Als Polen im Frieden zu Riga endgültig die umstrittenen Ostgebiete mit mehr als 2,8 Millionen Menschen orthodoxer Konfession übernahm, waren für die Lösung der ostkirchlichen Frage keine sehr günstigen Voraussetzungen vorhanden. Die Kirche war infolge des bolschewistischen Sieges ohne eine unabhängige oberste Führung, Gemeinden und Hierarchie erwiesen sich als im neuen Staatsgebiet weithin zerrüttet. Die öffentliche Meinung war durch den Katholizismus geprägt worden, der jedoch keine ganz einheitliche Meinung besaß, da die römische Kirche und der polnische Klerus verschiedene Interessen hatten. Für Rom war mit dem Zusammenbruch der rechtgläubigen Kirche Rußlands die Chance einer Mission gegeben, fieberhaft wurden Vorbereitungen für einen späteren missionarischen Ein-

⁴¹⁾ STANISLAW BRZOWSKI, *Legenda młodej Polski, studia o strukturze duszy kulturalnej*, Warschau 1937, S. 46. Zur Kritik der landläufigen Meinung über Katholizismus und Polentum vgl. H. J. BEYER, a. a. O., S. 159 f.

satz getroffen, der natürlich aus sprachlichen Gründen nicht auf die polnischen Katholiken zurückgreifen konnte und taktisch an die Form der Union anknüpfen mußte. Für den polnischen Klerus war es ausgemacht, daß nur eine unmittelbare Ausbreitung des Katholizismus Aussicht auf dauerhaften Erfolg habe. Die Union sei ein kirchenpolitisches Werkzeug, das sich nicht bewährt habe⁴²⁾. Kirchliche und nationale Interessen gingen hier Hand in Hand. Wenn sich diese klare kirchenpolitische Linie in Polen nicht voll durchsetzte, so lag das daran, daß die Warschauer Regierung — zumindest während ihrer tatsächlichen Lenkung durch Piłsudski — die Meinungen der katholisch-polnischen Aktion nicht teilte. Ein großer Teil der Regierungsmitglieder war an kirchlichen Fragen nicht interessiert, viele waren tatsächlich Freidenker, wenn sie auch der katholischen Kirche noch angehörten. Piłsudski und einige Minister (so z. B. Börner) waren formell Mitglieder einer evangelischen Kirchengemeinschaft. Für die Regierungskreise konnte es sich demgemäß — wenigstens während der Führung des Staates durch Piłsudski — bei der Lösung der Ostkirchenfrage nicht einfach darum handeln, die Bemühungen des einheimischen Klerus zu unterstützen. Allerdings war zu beachten, daß im weißruthenischen Gebiete eine Förderung des Katholizismus im Staatsinteresse lag, da die römisch-katholischen Weißruthenen sich polnischen Gesinnungseinflüssen als stark zugänglich erwiesen hatten⁴³⁾.

⁴²⁾ Ganz im Sinne dieser Thesen schrieb HENRYK IGNACY ŁUBIENSKI 1932 in seiner Arbeit „Droga na wschód Rzymu“ S. 125, daß man nicht, wie bei der Union von Brest, am Bug stehen bleiben dürfe. Die Ausbreitung des lateinischen Bekenntnisses sei zwar schwieriger und zumindest weniger effektiv als die Durchführung einer Union, der lateinische Weg ermögliche jedoch eine sichere Vereinigung ohne Rückkehr. CHARLES LOISEAU nimmt in seinem Aufsatz „La politique du Saint-Siège en Europe 1919—1936“ (Le Monde Slave 1926 f.) zur römischen Kirchenpolitik in Polen Stellung und erörtert dabei auch die Unionsfrage. Er erkennt jedoch nicht die zwiespältige Haltung der Warschauer Staatsführung. Dagegen sieht er die Vorbehalte der polnischen Kirche gegenüber gewissen vatikanischen Erwägungen richtig (1937, S. 106 f., 241 ff.). Recht einseitig im polnischen Sinne ist übrigens der zum Teil kirchenpolitisch ausgerichtete Aufsatz von R. M. MONTINI, Polonia, „antemurale Christianitatis“ (L'Europa Orientale XXII, S. 14—31). Ganz abgesehen davon, daß das Problem der „Vormauer des Christentums“ — wie auch polnische Autoren zugeben — historisch eine andere Lösung notwendig macht (als die von Montini angenommene), entsteht doch ein völlig schiefes Bild, wenn man von slawischem „Blut“(!) redet. Es gibt slawische Sprachen, aber keine slawischen Völker und kein slawisches Blut, die Formulierung anche se il suo sangue è slavo beruht auf einem Denkfehler.

⁴³⁾ Die amtliche Statistik von 1921 gibt ihre Zahl mit 60.000 ohne Zweifel zu niedrig an, MORNIK rechnet a. a. O., S. 19, mit 300.000—400.000.

Kampf um die orthodoxe Kirche

Bei diesen Voraussetzungen war nicht zu verwundern, daß einheitliche staatspolitische Maßnahmen auf dem Gebiete der orthodoxen Kirche zunächst nicht zustande kamen. Man förderte die orthodoxen Gemeinden in Galizien, weil sie hier das Rückgrat der russophilen Bewegung bildeten. Da es 1921 in den vier galizischen Wojwodschaften nur 4500 Orthodoxe gab, war dies Interesse für die Gesamtfrage ohne Gewicht. Es entstand im ganzen politisch ein Vakuum, das sich die Organe der römischen Kirche zunutze machten. Der polnische Klerus erreichte die Übergabe zahlreicher Kirchengebäude, vor allem im Cholmer Gebiet, wo die Rechtslage im Hinblick auf die gewaltsame Unterdrückung der Union durch die Zarenregierung als unklar angesehen wurde. Der Vatikan traf die Vorbereitungen für seine kirchenpolitischen Ostpläne.

Es ist hier nicht der Ort, die geschichtlichen und theologischen Voraussetzungen der vatikanischen Ostarbeit zu schildern. Im Bereich der polnischen Republik entstand in den Jahren 1922 und 1923 zum ersten Male die Notwendigkeit, zu bestimmten Vorgängen vom Grundsätzlichen her Stellung zu nehmen. In Podlachien hatte eine Anzahl Orthodoxer sich bereit erklärt, zur katholischen Kirche überzutreten. Sie verlangten jedoch, den übernommenen Ritus beibehalten zu dürfen. „In der Erledigung dieses Ansuchens — so schreibt HANS KOCH⁴⁴⁾ — geschah die erste Merkwürdigkeit: Statt nämlich die neuen Gläubigen der schon im Reiche bestehenden unierten Diözese Lemberg zwecks Missionierung, Seelsorge und rechtlicher Zugehörigkeit zuzuweisen — erwirkte der zuständige lateinische Bischof Heinrich Przeździecki von der römischen Kurie das Recht, innerhalb seiner Diözese aus eigener Machtvollkommenheit Unionspropaganda zu treiben und Gemeinden nach östlichem Ritus zu gründen. Sein Privileg blieb jedoch nicht vereinzelt; im Laufe des Jahres 1925 erhielten auch die Bischöfe von Łuck, Wilna und Polesien ähnliche Vollmachten.“ Rom und Warschau gingen somit Hand in Hand. Die römische Kommission „Pro Russia“, der die gesamte Unionsarbeit im östlichen Polen unterstellt wurde, arbeitete eng mit den kirchlichen und staatlichen Behörden der jungen Republik zusammen. So entstand der „östlich-slawische Ritus“, der — wie wir bereits früher sahen — von der Jurisdiktion der galizischen Metropole ausgenommen wurde. Die neuen Gemeinden führten amtlich die besondere Bezeichnung „Parafje Kościoła Katolickiego Wschodnio-Słowiańskiego Obrządku“. Das Konkordat vom 10. Februar 1925 trug diesen Tendenzen durchaus Rechnung, wenn auch merkwürdigerweise der neue Ritus in ihm namentlich nicht erwähnt wurde.

⁴⁴⁾ H. KOCH, Zur Kirchenkunde Polens. In: Evangelisches Kirchenblatt, Posen, XI (1932), S. 91.

Die neuen Unionsversuche fanden im polnischen Klerus keineswegs ungeteilten Beifall. Der schon erwähnte Łubieński hielt sie für bedenkliche Umwege und unterstrich besonders, daß die Stellung des östlich-slawischen Ritus neben dem griechisch-unierten kirchenrechtlich unklar sei. Rom verfolge letzten Endes nicht polnische, sondern russische Interessen. In der Pro-Russia-Kommission seien russische Emigranten und Franzosen maßgebend, die zwar nicht die ukrainischen Unierten förderten, aber auch polnisch-lateinischen Bestrebungen unzugänglich seien. Wohl auf Druck Roms hin gab der polnische Klerus jedoch seinen Widerstand auf. Die großen Schwierigkeiten, die sich bei der Missionsarbeit ergaben, veranlaßten Rom aber, den ukrainischen Faktor stärker in Rechnung zu setzen. 1931 wurde der bereits erwähnte Bischof Čarnečkyj zum apostolischen Visitator der östlich-slawischen Gemeinden gegen den Wunsch der Warschauer Regierung bestellt. Damit entfiel jedoch für den polnischen Staat weitgehend die Möglichkeit, den neuen Ritus als Instrument der östlichen Volkstumspolitik zu verwerten. Es kam hinzu, daß die Missionserfolge gering waren. 1932 wurde auf der Pinsker Unionskonferenz berichtet, daß 46 Priester und 4 Diakone an der Arbeit seien, während die Zahl der Gläubigen nicht ganz 24.000 betrug. Diese Entwicklung des östlich-slawischen Ritus erklärt, warum sich die polnische Staatsführung von 1932 an etwa gründlich überlegte, ob die eigenen Absichten nicht besser ohne den römischen Klerus unmittelbar in der orthodoxen Kirche erreicht werden konnten. Die schwierige innere und äußere Lage der Ostkirche schien Möglichkeiten einer Einschaltung genug zu bieten.

Als die Warschauer Regierung am 30. Jänner 1922 „Vorläufige Bestimmungen über das Verhältnis der Regierung zur östlich-orthodoxen Kirche in Polen“ erließ, dokumentierte sie schon in der Form dieser Regelung, daß eine Klärung der entscheidenden Fragen nicht erfolgt war⁴⁵). Auf staatlicher Seite war eine Einigung über die politische Zielsetzung offenbar nicht möglich gewesen. Innerhalb der orthodoxen Hierarchie tobten heftige Kämpfe, die teils persönlich bedingt waren, zum Teil aber auch auf sachliche Meinungsverschiedenheiten zurückgingen. Es ging einmal um das Verhältnis zum Moskauer Patriarchen, dessen Unabhängigkeit von bolschewistischen Faktoren mehr und mehr bestritten werden mußte. Im Herbst

⁴⁵) In ihren Grundzügen schildert I. GRÜNING die Entwicklung im Jahrbuch 1940 des Osteuropainstituts Breslau („Die autokephale östlich-orthodoxe Kirche in Polen in den Jahren 1922—1939“, S. 111—126). Bei der wiederholt mit „Ohijenko“ zitierten Denkschrift handelt es sich um eine Ausarbeitung aus der Umgebung des Erzbischofs Hilarion (Ohijenko), die im Archiv der Reinhard-Heydrich-Stiftung Prag aufliegt. Ohne Zweifel hat der Erzbischof bei der Abfassung der 1942 redigierten Aufzeichnung maßgeblich mitgewirkt. (Pravoslávna Cerkva v Polšči za 1918—1939 roky. Istoryčna zapyska.)

1921 war der Patriarch bereit, der Ostkirche in Polen „weitgehende Autonomie“ zu gewähren, weigerte sich jedoch, ihr die Autokephalie zuzuerkennen. Die Errichtung einer autokephalen Kirche mußte aber das erste Ziel der polnischen Kreise sein, wollte sie auswärtige Einflüsse ausschalten und den Versuch machen, die orthodoxe Hierarchie eigenen Zielen nutzbar zu machen. Erst die Verhaftung des Moskauer Patriarchen Tichon durch die G. P. U. erlaubte es den Behörden, in dieser Frage voranzukommen. Im Sommer 1922 erklärte die Bischofssynode, gegen die Autokephalie „keine Bedenken“ mehr zu haben. Mehrere Bischöfe blieben jedoch in der Opposition. Bemerkenswert ist, daß die Erklärung der Autokephalie mit schlechtem Gewissen — zumindest auf Seiten der Geistlichkeit — geschah. Der Moskauer Patriarch protestierte immer wieder, so etwa im Mai 1924 und im Mai 1928. Der neue Metropolit Dionysios fühlte sich — worauf eine Ohijenko zugeschriebene Denkschrift aufmerksam macht — mit seiner Kirche letzten Endes als Glied der „vielgeprüften Kirche Rußlands“. Er erklärte die Einführung der Autokephalie nicht mit grundsätzlichen Argumenten des Kirchenrechts, sondern mit der praktischen Unmöglichkeit, die Verbindung mit Moskau aufrechtzuerhalten. Ähnliche Schwierigkeiten wie die kirchenrechtlichen Probleme wies die Sprachenfrage auf. Während der Zeit der ukrainischen Staatlichkeit war in einigen Gebieten Wolhyniens die Ukrainisierung der Kirchensprache durchgeführt worden. Zahlreiche Priester und Gemeindeglieder hatten in ihrer Verbannungszeit in der östlichen Ukraine Anteil an den Versuchen, eine autokephale ukrainische Kirche zu bilden, genommen. Auf der anderen Seite waren vor allem in Warschau russische Emigranten sesshaft geworden, die an der alten Ordnung festhielten und vor allem die kirchlichen Zentralbehörden, die in Warschau ihren Sitz hatten, stark beeinflussten.

Die polnische Regierung benutzte fortan die ständigen innerkirchlichen Streitigkeiten, um den eigenen Einfluß zu verstärken. Das war deshalb leicht möglich, weil die Kirche in finanzieller Hinsicht ohne Rückhalt war und die oft sehr verwickelten Streitfragen bei den Gemeinden ohne wohlwollende Stellungnahme nicht zugunsten der Orthodoxen gelöst werden konnten. Die Ermordung des Metropoliten Georgij am 8. Februar 1923 erlaubte dem polnischen Staat, wieder einen Schritt voranzukommen. Der neue Metropolit, Dionysios, war der Herkunft und Gesinnung nach Russe, hatte sich jedoch in seiner wolhynischen Diözese bisher den herrschenden Strömungen stets angepaßt. Während der ukrainischen Staatlichkeit war er den Ukrainern zugänglich gewesen und hatte sogar am Kiewer Allukrainischen Kirchenkonzil teilgenommen. Nach dem Übergang des Gebiets an Polen hatte er sofort mit den neuen Behörden Fühlung genommen. Sein Hauptinteresse war der organisatorische Aufbau, die Regelung der strittigen

Rechtsfragen und die Sicherung der finanziellen Grundlage. Unbotmäßige Bischöfe wurden abgesetzt. Völkische Gegensätze wurden tunlichst gemildert. Da Anfang 1925 die offizielle Anerkennung der Autokephalie durch die zuständigen orthodoxen Würdenträger des Auslandes vorlag, konnte zu diesem Zeitpunkt das erste Ziel der polnischen Regierung als erreicht angesehen werden. Jetzt erwies es sich aber, daß die Regierung über ein darüber hinausgehendes positives Aufbauprogramm nicht verfügte. Bestimmte Warschauer Richtungen befürworteten eine Ukrainisierung der orthodoxen Kirche, weil sie die Hoffnung hatten, den Block der 1,5 Millionen orthodoxen Ukrainer den griechisch-unierten entgegensetzen zu können. Die parteipolitischen Versuche in Wolhynien, die wir bereits behandelten, lagen auf der gleichen Ebene: Ausbildung eines besonderen Typs von Wolhyniakern und Poleschuken ukrainischer Sprache, der jedoch gesinnungsmäßig mehr nach der polnischen Seite neigen sollte. Eine andere Strömung erstrebte eine unmittelbare Polonisierung der Orthodoxen, während die betont römisch-katholischen Kräfte der lateinischen Mission alle Wege öffnen wollten. Die Jahre nach 1925 brachten ja, wie wir uns erinnern, eine Hochflut der katholischen Bemühungen, sei es, daß man eine Union durch den östlich-slawischen Ritus oder eine direkte Konversion zur lateinischen Kirche erstrebte.

Es entstand wiederum in der staatspolitischen Regelung der Kirchenfrage ein Schwebezustand, der erst 1938 beendet wurde. Am 18. November 1938 wurde das sogenannte „Äußere Statut“ veröffentlicht, dem einige Wochen später das „Innere Statut“ der orthodoxen Kirche Polens folgte. Über diese neueste Entwicklung der Kirchenfrage verfügen wir über polnische Akten, die uns einen Einblick in die Motive der Regierung gewähren, wenn auch die Materialien des zuständigen Ministeriums fehlen. Durch die Rückschlüsse aus Anordnungen der Wojwoden läßt sich vielfach ein klares Bild der Absichten gewinnen, zumal es uns ja nicht auf eine Chronologie der volks- und kirchenpolitischen Vorgänge, sondern auf die Grundsätze, Pläne und Methoden ankommt.

Die großen äußeren und inneren Schwierigkeiten, in der sich die autokephale Kirche Polens befand, hatten dem Staate schon lange die Gewißheit gegeben, daß zu gegebener Zeit eine völlige Durchsetzung der eigenen Ziele möglich sein werde. Sie vertraute einmal auf die starken Spannungen innerhalb der Hierarchie, die das Entstehen einer geschlossenen orthodoxen Front nahezu unmöglich machten. Sie wußte ferner, daß der Frage des Staatszuschusses entscheidende Bedeutung zukam, endlich hoffte sie, daß die in der 1925 gegründeten orthodoxen theologischen Fakultät der Warschauer Universität ausgebildeten Priester mehr und mehr polnisch beeinflusst waren. Schließlich hatte sie es in der Hand, in der Frage der sogenannten

Revindikationen, d. h. der Übernahme orthodoxen Kirchenbesitzes durch römisch-katholische Gemeinden eine Regelung herbeizuführen, die die Ostkirche in etwa befriedigte. Die staatliche Führung konnte also warten. Und sie wartete. Eine unverbindliche Rücksprache folgte auf die andere. In der Fachpresse und in den Tageszeitungen erschienen von Zeit zu Zeit Notizen, die auf die geplante Regelung zurückschließen ließen. Dabei wurden mehr und mehr gewichtige Stimmen laut, die die Wichtigkeit des sich allmählich festigenden Kirchenkörpers für die Polonisierung der Ukrainer und der Weißruthenen unterstrichen. So erschienen 1933 in der Zeitschrift des einflußreichen Instytut badań spraw narodowościowych zwei bemerkenswerte Aufsätze, die als Hinweise für die Regierung gelten müssen. In dem einen, rein historisch gerichteten Beitrage wurde der Gedanke herausgearbeitet, daß die Unionspolitik nicht im wahren Interesse der Adelsrepublik gewesen sei. Als sehr günstig habe sich jedoch die Abhängigkeit der orthodoxen Kirche von dem Patriarchen in Konstantinopel erwiesen. Die Ostkirche sei deshalb leicht lenkbar gewesen, weil der Patriarch infolge der türkischen Obhut, in der er sich befand, keine Initiative hätte entfalten können. Im gleichen Jahrgang war bereits vorher eine etwas kleinere Abhandlung erschienen⁴⁶⁾, die den östlich-slawischen Ritus angriff. Kurz vorher hatte ŁUBIENSKI vom katholischen Standpunkt aus die Förderung dieser Mission getadelt und den zwar „weniger effektvollen“, aber gründlicheren Weg der direkten Überführung der Orthodoxie in die lateinische Kirche empfohlen. Der Vorstoß der Zeitschrift „Sprawy Narodowościowe“ ging nicht von konfessionellen Voraussetzungen aus. Dem Autor kam es nicht darauf an, ob man die unierte Kirche als verläßlich oder als „verräterischen, hinterlistigen Mietling“⁴⁷⁾ ansehen müsse, ihm war lediglich wichtig, wie das sprachpolitische Ziel der Regierung in den Ostgebieten am raschesten erreicht würde. Der östlich-slawische Ritus sei jedoch in dieser Hinsicht eher hindernd als förderlich. Die Missionare bedienten sich der jeweiligen Volkssprache, pflegten also das Ukrainische, Weißruthenische oder Russische, während das Polnische zu kurz komme. Das könne jedoch nicht im Interesse des Staates liegen. Es sei notwendig, das wirkliche Staatswohl klar zu erkennen. Man darf diese Artikel vielleicht als den letzten Wendepunkt in der Warschauer Politik bezeichnen; nachdem sie sich aus-

⁴⁶⁾ KAZIMIERZ LEWICKI, Sprawa unji Kościoła Wschodniego z Rzymskim w polityce dawnej Rzeczypospolitej. In: Sprawy Narodowościowe 1933, Nr. 5 und 6. JERZY LUBECKI, Problem unijnny i rozwój obrządku wschodniostowiańskiego w Polsce, a. a. O., Nr. 2—3.

⁴⁷⁾ SKIRMUNT, Nowe formy Unji Kościelnej, Słonim 1930, S. 7 ff. nach H. KOCH (Ev. Kirchenblatt XI, S. 93).

gewirkt hatten, gingen die neutralen Behörden systematisch an die Vorbereitung einer entsprechenden Aktion heran.

Wenige Jahre vorher war im letzten noch alles unklar geblieben. Im Sommer 1930 hatte der Staatspräsident in einer öffentlichen Kundgebung mitgeteilt, daß in Kürze eine Synode der orthodoxen Kirche stattfinden würde. Die Vorbereitung dieses Treffens erwies jedoch, daß noch so große Schwierigkeiten vorhanden waren, daß die Beratungsgegenstände sorgfältig beschränkt werden mußten. In den Sitzungen der fünf vorbereitenden Kommissionen kamen viele und für den Staat sehr unangenehme Probleme zur Erörterung, insbesondere wurde der Metropolit beauftragt, gegen die fortdauernde Enteignung von Kirchenvermögen zugunsten der römischen Kirche Einspruch zu erheben⁴⁸). Außerdem wurden in diesem Kreise und in der Öffentlichkeit Stimmen für eine sprachliche Nationalisierung laut, sowohl Ukrainer als auch Weißruthenen verlangten eine Zurückdrängung der russischen Aussprache des Kirchenslawischen durch die Einführung der ukrainischen bzw. weißruthenischen Aussprache. Die Sprachenfrage wurde in zahlreichen Gemeinden diskutiert. Da es dabei nicht zu einer einheitlichen Willensbildung kam, festigte sich bei den polnischen Behörden im Laufe der Jahre der Entschluß, endgültig das Polnische, das bereits seit 1922 kirchliche Amtssprache im Verkehr mit den staatlichen Behörden war, durchzusetzen. Um eine eigene Stellungnahme der Kirche in der Sprachenfrage zu verhindern, wurde 1930 die angekündigte Synode vertagt⁴⁹).

Es ist notwendig, diese beiden Kernpunkte der Auseinandersetzung — die Sprachenfrage und die Enteignung des Kirchenvermögens — eingehender zu beleuchten.

Im Anschluß an die „Vorläufigen Bestimmungen“ war Ende 1922 angeordnet worden, daß die Verlesung der kirchenslawischen Texte in der Muttersprache der Gemeinde entsprechenden Aussprache erfolgen könne. Diese „Kann“-Vorschrift befriedigte die national gesinnten ukrainischen und weißruthenischen Kreise deshalb nicht, weil die überaus zahlreichen Priester russischer Abstammung eine Durchführung oft verhinderten. Die „Nationalisierung“ der Kirchensprache gehörte insbesondere bei den Ukrainern seit der Kiewer Allukrainischen Synode zum ständigen Programmpunkt der kirchlichen und nationalen Forderungen. Hatte man gegen die ursprünglich russische Vorlesungssprache der Warschauer Fakultät Einspruch erhoben, so protestierte man später gegen die polnische. Das Ziel

⁴⁸) Berichte über die Kommissionsberatungen finden sich in *Sprawy Narodowościowe* IV und V, insbes. IV, S. 71 f. und 373 sowie 604.

⁴⁹) B. STASIEWSKI berichtet in der „Jomsburg“ 1938, S. 417, von einem „Konzil“, das 1930 zusammentrat. Er verwechselt hier die vorbereitenden Beratungen mit der endgültigen Synode.

war die allmähliche Ukrainisierung der Gemeinden und ihrer Priester im eigenen Siedlungsgebiet. Ähnliche Absichten verfolgten die Weißruthenen, wenn auch ihre Aktion nicht so entschieden und folgerichtig war wie die ukrainische.

Aus den Akten der polnischen Verwaltung können wir ersehen, wie groß die Unruhe war, die wegen der Sprachenfrage entstand. Sogar die Gruppen, die politisch der polnischen Regierung betont loyal gegenüberstanden, hielten eine Erfüllung der Sprachforderungen für unerläßlich. Die vom Luzker Wojwoden wohlwollend geduldete U. W. O. (Wolhynische Ukrainische Vereinigung) trat scharf gegen die Vormachtstellung der russischen Priester ein und erhoffte von einer einzuberufenden allgemeinen Synode die Anpassung des kirchlichen Lebens an ukrainische Traditionen. Punkt 6 des Parteiprogramms bekannte sich ausdrücklich zu dem Gedanken, daß der Gottesdienst in einer dem ukrainischen Volke verständlichen Sprache abgehalten werden müsse. Da die Hauptwiderstände bei einigen Spitzen der Hierarchie lagen, wurde das synodale Prinzip der Kirchenführung scharf betont⁵⁰). Die „Weißruthenische Christlich-Demokratische Partei“, die zwar litauenfreundlich war, im ganzen aber doch einen gemäßigten Standpunkt einnahm, setzte sich immer wieder dafür ein, daß die Kirchensprache in den weißruthenischen Gebieten in weißruthenischer Aussprache angewandt werden müsse. Ähnlich stand der Weißruthenische Nationalausschuß⁵¹). Sogar die Russen, für die der Sprachstand sehr günstig war, betrachteten die Lage als unhaltbar und schlossen sich deshalb der Forderung nach einer allgemeinen Synode an, obwohl die Beschlüsse dieser Synode sicherlich die Vorherrschaft der russischen Priester einschränken mußten⁵²). So sprachen sich die Vertreter russischer Minderheitsorganisationen 1931 dem polnischen Innenminister gegenüber für ein Konzil aus, desgleichen Ende des gleichen Jahres die R. N. O. (Russische Volksvereinigung).

Die Lage in den verschiedenen Gemeinden war überaus verworren. Nach einem Bericht des Białystoker Wojwoden vom 10. Juli 1930 herrschte in den weißruthenischen Gemeinden seines Amtsbereichs folgender Gebrauch: Wasilków und Michałów polnisch; Gródek, Suraż, Zabłudów, Starosielce und Czarna Wieś überwiegend russisch; Dobrzyniew im Gottesdienst altkirchenslawisch, in der Schule russisch oder polnisch; Supraśl weißruthenisch. Im Kreis Biała Podlaska wurde laut einem Białystoker Bericht vom 11. August 1930 in den Gemeinden Siemiatycze und Mielnik ausschließlich in russischer Sprache amtiert. In allen Gemeinden fügten sich die Gläubigen dem Gebrauch des Priesters. Gelegentlich hören wir jedoch

⁵⁰) Sprawy Narodowościowe V, S. 90 und 460 ff.

⁵¹) Do. VII, S. 395.

⁵²) Do. V, S. 475 und 436.

von Widerständen, so etwa aus dem Bezirk Sokółki. In der dortigen Gemeinde Łasnia wurde bis dahin der altkirchenslawische Text mit polnischer Übersetzung verlesen. Eines Tages protestierten die Kinder in der Religionslehre und verlangten, daß ihnen der Unterricht in „orthodoxer“ Sprache erteilt würde — das Polnische war ihnen bzw. ihren Eltern eine „katholische“ Sprache (Białystoker Woj. 10. März 1933, B. T. 1006/33 T.). War dieser Widerstand noch sehr unklar und mehr instinktiv, so sprachen andere Gemeinden ganz präzise die Forderung aus, daß in der Kirche die Volkssprache herrschen solle. Der Einspruch galt insbesondere der russischen Sprache, die eine ungewöhnliche Verbreitung gefunden hatte.

Am Beispiel der Russophilen haben wir bereits gesehen, daß die polnischen Behörden anfangs nationalrussische Sprache und Gesinnung förderten, um vor allem die Ukrainer zu schwächen, kurz vor dem Zusammenbruch des Staates aber dazu übergingen, eine unmittelbare Polonisierung zu erzwingen. Dieser Wechsel in der Taktik läßt sich vor allem in der orthodoxen Kirche beobachten. In den Jahren 1933/34 wurden an verschiedenen Stellen Versuche zur Einführung des Polnischen in breiterem Ausmaße gemacht. Der Lubliner Wojwode schickte im Sommer 1933 den Starosten eine geheime Instruktion, die sich unter dem Betreff „Notatka informacyjna w sprawie nauczania religji prawosławnej w języku polskim“ in den Akten von Biała Podlaska fand. Die Staatssprache sei in den Behörden und Schulen durchgesetzt, leider aber nicht, so führte der Wojwode aus, in den Predigten und im Religionsunterricht der orthodoxen Geistlichkeit. Die Popen bevorzugten das Russische oder das Ukrainische. Da dieser Zustand nicht mehr geduldet werden könne, sei es Pflicht der Starosten, in vertraulichen Aussprachen, vor allem gelegentlich der Zahlung der Dotationen, eine Änderung zu erwirken. Viele Geistliche würden sich einer stufenweisen Einführung des Polnischen nicht widersetzen, da sie einsehen müßten, daß der Gebrauch der russischen Sprache in einem nichtrussischen Lande ein Anachronismus sei. Das Gesetz über die Zweisprachigkeit des Unterrichts in gewissen Gebieten (31. Juli 1924) lasse sich im übrigen in der Lubliner Wojwodschaft nicht anwenden. Die Kinder hätten in den öffentlichen Schulen genügend polnisch gelernt, so daß die Staatssprache zumindest den Jüngeren unter den Orthodoxen bekannt sei. In anderen Landschaften hätten einzelne Popen bereits eine sehr erfreuliche Initiative in dieser Richtung entfaltet. Der Starost möge mit jedem Popen die Lage unter vier Augen durchsprechen und durchaus andeuten, daß die Fortschritte in der Sprachaktion registriert würden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Beobachtungen über mangelnden guten Willen Rückwirkungen für die Höhe des staatlichen Zuschusses haben würden. Umgekehrt könne man den Popen eine Erhöhung der Subvention in Aussicht stellen, falls sie auf die behördlichen Wünsche eingehen wollen.

Die ganze Werbung habe allerdings nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn der moralische Druck nicht aufhöre, es sei deshalb notwendig, die Schulinspektoren zu informieren und sie anzuhalten, immer wieder zweckdienliche Beobachtungen zu melden. Als gegen Ende des Jahres Religionsunterrichtsbücher in polnischer Sprache herauskamen, wurden die nachgeordneten Dienststellen am 21. und 25. Oktober sowie am 21. Dezember 1933 aufgefordert, für die Verbreitung zu sorgen. 1380 Exemplare wurden unentgeltlich verteilt. Da die Mittel der Wojwodschaft nicht ausreichten, wurden die Bezirksbehörden aufgefordert, aus eigenen Fonds zusätzliche Exemplare zu kaufen. Entscheidend sei, daß die orthodoxen Schulkinder endlich im polnischen Sinne beeinflußt würden. Der Starost von Biała Podlaska hielt Anfang 1934 mit dem Schulinspektor eine Konferenz ab und verlangte von ihm laufend Berichte. Dieser mußte aber am 21. April einen ungünstigen Bescheid geben. Kein Lehrer habe sich bereit erklärt, das Polnische im Religionsunterricht einzuführen. Der Staat hatte somit für die 1180 orthodoxen Schulkinder in Biała Podlaska Bücher kostenlos zur Verfügung, jedoch keine Möglichkeit gefunden, sie im Unterricht verwerten zu lassen.

Ähnliche Bemühungen zur Verbreitung eines orthodoxen Kalenders, den der polnische Verlag „Głos Prawosławia“ in Tomaszów herausgab, hatten gleichfalls keinen vollen Erfolg. Da die Behörden in den Verkauf eingeschaltet wurden, gelang es zwar, die ganze Auflage abzusetzen (Lublin, 1. März 1934). Dem Verlag wurde übrigens nicht bloß durch Übernahme der seit 1934 erscheinenden Kalenders, sondern auch durch die Zuleitung von Anzeigenaufträgen u. dgl. tatkräftig geholfen (4. September 1934). Gleichwohl war man in Lublin mit dem Erfolg nicht zufrieden, weil der Kalender 1934 ungleichmäßig über das Land verteilt worden sei. Es müsse für den zweiten Jahrgang rechtzeitig dafür Sorge getragen werden, daß Exemplare in jedes orthodoxe Dorf kommen. Dabei dürfe die staatliche Förderung nicht deutlich werden. Die Behörden mögen sich deshalb nicht der ausgeprägt polnischen Verbände, sondern der gemischten Genossenschaften und der orthodoxen Geistlichkeit stärker bedienen. Am 15. November erhielt der Starost von Biała Podlaska 400 Exemplare, die unbedingt abzusetzen waren. Dieser Vorgang wiederholte sich fortan von Jahr zu Jahr. Es zeigte sich dabei, daß die orthodoxe Bevölkerung zunehmend zurückhaltender wurde. Aus Biała Podlaska erfahren wir ausdrücklich, daß der zunächst „wohlwollend aufgenommene“ (4. Mai 1935) Kalender seiner Sprache wegen auf Widerstand stößt. Hatten im Frühjahr 1935 lediglich die Gemeindeämter Piszczac (28. Februar), Dobryń (4. März), Bohunkały (5. März), Swory (6. März), Witulin (11. März) und Zabłocie (20. März) von einer ungünstigen Aufnahme berichtet, so mußte der Starost am 17. März

1936 melden, daß nur 210 Exemplare verkauft worden seien. Ein Jahr später wurden nur 202 Stück verkauft (18. Februar 1937). Der Kalender 1937 fand besonders wenig Anklang, so daß nur 107 Exemplare abgesetzt wurden (11. März 1938). Auch aus anderen Kreisen, so aus Tomaszów und Cholm, liegen ähnliche Nachrichten vor. Der Rückgang im Verlauf des Kalenders war ein Hinweis darauf, daß die Gemeinden der Polonisierung stärkeren Widerstand leisteten. Daß sich nicht nur das Lubliner Wojwodschaftsamt für die Verteilung dieses Werkes des Verlags „Głos Prawosławia“ einsetzte, ergibt sich übrigens daraus, daß das Kuratorium des Lemberger Schulkreises am 29. November 1935 seine Schulinspektoren entsprechend anwies, wobei vor allem auf den Schulinspektor in Sanok Hoffnungen gesetzt wurden.

Die Hierarchie stellte sich anfangs durchaus auf die Seite der Widerstand leistenden Gemeinden. Metropolit DIONYSIOS hielt Anfang Dezember 1934 im Konsistorium der Diözese Warschau-Cholm eine Sitzung ab, in der über die Lage eingehend verhandelt wurde. Es wurde beschlossen, das Ministerium um eine Anweisung zu bitten, daß der Religionsunterricht bei den Orthodoxen nicht in der Staatssprache erteilt werden müsse. Der Lubliner Wojwode erfuhr vom Ergebnis dieser Beratungen und beauftragte einen seiner Hauptmitarbeiter, R. KEDZIERSKI, die nachgeordneten Dienststellen nochmals zu instruieren. Das geschah am 22. Februar 1935 in folgendem Sinne: Die orthodoxen Geistlichen seien darauf hinzuweisen, daß der Gebrauch der russischen Sprache, „irgendeiner unbestimmten Ortsmundart“ (d. h. des Ukrainischen oder Weißruthenischen) oder des für Schulkinder unverständlichen Altkirchenslawischen als üble Unkorrektheit anzusehen sei. Die Staatsbehörden würden darin den Versuch sehen, Kinder, die polnisch beherrschen, zu entnationalisieren. Aufgabe der Starosten sei es, zu ermitteln, ob die Geistlichen dann weiterhin unter Berufung auf das Warschauer Konsistorium der Einführung des Polnischen Widerstand leisten. Es verlohnt nicht, aus der Fülle der Einzelberichte festzustellen, welcher Pope sich beugte und wer sich weiterhin widersetzte; es genügt die Feststellung, daß die staatlichen Behörden fortan die Taktik verfolgten, die mißliebigen Geistlichen unmöglich zu machen. Anfang 1935 waren beim Metropoliten vom Wojwoden 7 Versetzungsanträge gestellt, von denen 2 bereits positiv erledigt waren (Lublin, 8. April 1935). Das Oberhaupt der orthodoxen Kirche hatte zwar gegen die Polonisierung Einspruch erhoben, sich aber beim ersten Konflikt sofort gebeugt. Die — meist ukrainisch gesinnten — mißliebigen Popen wurden geopfert.

Im Frühjahr 1935 glaubte der Innenminister zum entscheidenden Stoß ansetzen zu können. In einer ausführlichen geheimen Denkschrift entwickelte er am 6. April 1935 seine Ansicht den Kollegen im Palais Brühl.

Innerhalb der orthodoxen Kirche gäbe es 588.068 Polen, also etwa 21%⁵³⁾. Sie siedelten vor allem in den Wojwodschaften Wilna, Nowogródek, Polesien,

⁵³⁾ Die Zahl 588.068 stimmt mit den Berechnungen der verschiedensten Forscher nicht überein. J. CZECH beziffert die orthodoxen Polen in seinem Buche „Die Bevölkerung Polens“, Breslau 1932, S. 39 f., auf rund 100.000. In STANISLAUS MORNIK, Polens Kampf gegen seine nichtpolnischen Volksgruppen, Berlin 1931, wird die Zahl der Orthodoxen polnischen Volkstums für so gering angesehen, daß sie kaum Berücksichtigung verdient. BOGDAN ZABORSKI errechnete 1937 die Gesamtzahl der Anhänger der Ostkirche auf 4.100.000. Von diesen bezeichnete er 70% als Ukrainer und 20% als Weißruthenen. Die restliche Gruppe von 410.000 setzte sich aus Russen, Tschechen, Polen und anderen zusammen (Sprawy Narodowościowe XI, S. 75—86). Nimmt man auf Grund der amtlichen Statistik von 1931 die Zahl der Russen (bei einem Wachstum von etwa 9%) mit 150.000, die der orthodoxen Tschechen mit 24.000 an, so bleiben für Polen noch rund 240.000.

Über die orthodoxen Tschechen sei hier ein kleiner Exkurs eingefügt. Über sie hat vor allem JAN AUERHAN mehrfach berichtet, zusammenfassend in dem Buche „České osady na Volynii, na Krymu a na Kavkaze“, Prag 1920. Die Auswanderung erfolgte seit 1863, dabei waren deutschblütige Sippen führend beteiligt. In kultureller und biologischer Hinsicht stellt diese Siedlungsgruppe eine Art „Anhang“ des Deutschtums dar. Leistungsmäßig erfüllte sie die gleiche Funktion wie die deutsche Volksgruppe. Insbesondere auf dem Gebiete des Hopfenbaus hat sie Hervorragendes geleistet. Wer einmal im westlichen Wolhynien (Verfasser tat es 1935 und 1937) oder südlich Żytomir (während des Ostfeldzuges 1941) tschechische Ansiedlungen besucht hat, muß zugeben, daß diese völkische Gruppe beim wirtschaftlichen Aufbau Wolhyniens neben den deutschen Kolonisten in der Pionierarbeit führend war. Auffällig ist die Rolle deutschblütiger Sippen bei diesen Tschechen. Die Zeitung „Čechoslowan“ in Kiew wurde z. B. von dem Lehrer I. Cimr (= Zimmer) geleitet, der vor dem ersten Weltkriege als Wortführer der ganzen Volksgruppe anzusehen ist. Im Kriege gewannen die beiden Deutschblütigen F. Paul und J. Wolf starken Einfluß. Während das Tschechentum leistungsmäßig und biologisch mit dem deutschen Abstammungskreis verknüpft ist, hat es sich in gesinnungsmäßiger Hinsicht an die russische bzw. ukrainische Umwelt angepaßt. Die Auswanderer waren ursprünglich mehrheitlich katholisch, eine Minderheit gehörte evangelischen Gruppen an. Die psychologisch tief verankerte Abneigung zwischen Polen und Tschechen hat offenbar stark dazu beigetragen, daß ein großer Teil der Katholiken die römische, d. h. in Gesamtwolhynien: polnische Kirche verließ. Sicher ist in erster Linie die von Pobiedonoszew eingeleitete starke orthodoxe Mission für den Übergang zur Prawoslawie verantwortlich zu machen, ohne Zweifel waren aber bei den Tschechen zwei günstige Voraussetzungen eines Erfolges gegeben: 1. Ihr Verhältnis zur katholischen Kirche war traditionell problematisch. Das politische „Leitbild“ der Nationalbewegung war sogar protestantisch geprägt. 2. Katholisch waren in Wolhynien nur die Polen. Die tschechische Abneigung gegen die Polen war jedoch so stark, daß ein Zusammenleben in der religiösen Gemeinsamkeit sehr schwierig sein mußte. Bezeichnend ist, daß bei den verschiedenen tschechischen Kolonien im ehemaligen Polen (Westwolhynien, Zelów bei Lask, ŁÓDŹ) eher Mischehen mit Deutschen als mit Polen vorkamen. In Wolhynien hatte die orthodoxe Mission vollen Erfolg. Mehr als die Hälfte der katholischen Tschechen trat zur rechtgläubigen Kirche über. Wieviel davon im Laufe der Zeit russifiziert bzw. ukraini-

Wolhynien, Lublin und Białystok, seien die Nachkommen von zur Zarenzeit konvertierten Polen und zeigten seit einiger Zeit in zunehmendem Maße ein ausgeprägtes polnisches Volksbewußtsein. Es sei im Interesse dieser Menschen notwendig geworden, das Gegenspiel der Russen auszuschalten. Das Schreiben deutet an, daß man diese Russen bisher gefördert habe, daß es jetzt jedoch notwendig sei, diese „künstlichen“ Bemühungen außer acht zu lassen. Die kirchlichen Behörden hätten den Interessen der polnischen Gläubigen in einigen Punkten Rechnung getragen, insbesondere sei Ende 1934 eine Kommission eingesetzt worden, die die liturgischen Schriften ins Polnische übertrage. Die große Aktivität, die die orthodoxen Polen, insbesondere im Białystoker Bezirk, entfalten, zeige aber, daß mehr geschehen müsse. Auf dem Gebiete des Religionsunterrichts hätten die orthodoxen Polen in den Kreisen Grodno, Białystok, Bielsk, Tomaszów und Hrubieszów die Einführung der Staatssprache gefordert. Während die Schulinspektoren diese Vorstöße unterstützen, leiste die in der Geistlichkeit sehr einflußreiche russische Minderheit Widerstand. „Der Bestand der mehr als eine halbe Million starken ethnographisch polnischen Bevölkerung orthodoxen Glaubens liegt nicht außerhalb der Interessen der kompetenten Regierungsfaktoren, es ist vielmehr ihre Aufgabe, daß sie den Teil der

siert wurde, läßt sich erst nach eingehenden sippenkundlichen Untersuchungen im Gelände feststellen. Das volksbewußte Zentrum der Rußlandtschechen bildeten die Protestanten. Obwohl sie bei der Auswanderung nur eine Minderheit bildeten, gewannen sie bald in der Gemeinschaftsarbeit die Führung. Da ein Teil der Evangelischen (Reformierten) aus Böhmen über eine schlesische Zwischenstation gekommen war, war diese Gruppe auch in vieler Hinsicht eher mit den deutschen Lutheranern als mit den katholischen Polen zusammen. Der tschechisch-reformierte Gottesdienst fand in Luck einmal monatlich in der deutschen Kirche statt, nicht selten wurden Tschechen von deutschen lutherischen Pastoren getraut (M. HENNIG, Die evangelisch-lutherische Kirche in Polnisch-Wolhynien, Leipzig 1933, S. 86 f.). Zu der kleinen Wilnaer Evangelisch-reformierten Kirche, die ein gewisses historisches Interesse für sich in Anspruch nehmen darf, gehören auch die Gemeinden Boratyn, Kupiczów und Michalówka in Wolhynien. Sie sind zum Teil tschechisch. Die Statistik von 1921 zeigt für die 25.405 Tschechen in Polnisch-Wolhynien folgende Aufgliederung: 18.281 Orthodoxe, 4851 Römisch-Katholische, 1758 Reformierte, 490 Angehörige evangelischer Sekten (meist Baptisten). Die absoluten Zahlen sind bekanntlich sehr problematisch, da 1921 in Wolhynien ganz unklare Verhältnisse herrschten. Die Prozentsätze verdienen jedoch allgemeine Beachtung: 72% Orthodoxe, 19,1% Katholiken und 8,8% Protestanten. Von polnischer Seite ist die tschechische Gruppe mehrfach wissenschaftlich behandelt worden. W. ORMICKI unterstreicht in seiner Abhandlung „Życie gospodarcze kresów wschodnich Rz. Polskiej“, Krakau 1929, S. 50, ihre wirtschaftliche Bedeutung (sowie die der Deutschen). Eine besondere Monographie widmete ihr Zofja Cichocka-Petrażycka, die auch über das deutsche Element in Wolhynien eine Arbeit geschrieben hat. Über besondere Tendenzen der Tschechen innerhalb der orthodoxen Kirche ersehen wir aus den Akten übrigens nichts.

Orthodoxen, der zur Gesamtheit des polnischen Volkes gehört, in sorgfältige Obhut nimmt, um ein dem polnischen Volke zugefügtes historisches Unrecht wiedergutzumachen.“ Mit diesem zusammenfassenden Satze geht der Innenminister dazu über, entscheidende Maßnahmen anzukündigen.

Daß diese Maßnahmen die Militärseelsorge stark berücksichtigen sollten, wird uns aus zeitlich gleichzeitigen Akten des Ersten Kriegsvize-ministers deutlich. Bei dieser militärischen Behörde gab es ein „selbständiges Referat für Nationalitätenfragen“, das am 6. Mai 1935 davon Kenntnis gab, daß der Metropolit Predigten in polnischer Sprache dort freigegeben habe, wo in den Gemeinden entsprechende Wünsche angemeldet würden. Den Staatsfeiertag begingen die Militärseelsorger von Lublin und Warschau fortan mit polnischen Gottesdiensten, die der Lubliner Wojwode sofort dazu benutzte, seine Starosten am 17. Jänner 1936 aufzufordern, ihre Popen zu einer ähnlichen Praxis zu veranlassen. Sollte ein orthodoxer Priester zukünftig am 11. November nicht in der Staatssprache predigen, seien genaue Berichte erforderlich. Biała Podlaska meldete — sicher zur Genugtuung der Lubliner Wojwodschaftsbeamten — am 4. Dezember 1936, daß alle Popen am Jahrestag der Gründung der Republik polnisch gepredigt hätten.

Der allmähliche Fortschritt in Richtung auf eine Polonisierung der orthodoxen Kirche vollzog sich allerdings nicht ungestört. Der Widerstand der höheren Geistlichkeit erlahmte freilich mehr und mehr. Um so lebendiger wurden die Laien, deren Anteilnahme am kirchlichen Leben seit dem Wiederaufbau der alten „Bruderschaften“ stark gestiegen war. Die Vereinigung der russisch-nationalen Organisationen hatte bereits im Juni 1934 Lärm geschlagen. Sie setzte sich für das Altkirchenslawische (in der im Zarenreich üblichen Aussprache) ein und entwarf ein weiteres Programm: Unterstellung aller höheren und mittleren theologischen Ausbildungsstätten unter die Kirchenbehörden, Herausgabe von Schulbüchern in russischer Sprache, besondere Pflege des Kirchenslawischen als des „durch tausendjährige Tradition . . . geheiligten Einheitssymbols der orthodoxen Kirche in Polen“⁵⁴). Im Herbst 1936 besprachen ukrainische Parlamentarier Wolhyniens die Lage mit dem Erzbischof Alexis und am 31. Oktober mit dem Metropoliten. Sie protestierten dabei gegen den Beschluß der Synode, die polnische Sprache stärker im Gottesdienst zu berücksichtigen⁵⁵). Ungefähr gleichzeitig reichten weißruthenische Kreise dem Metropoliten eine eingehende Denkschrift ein, die den Gebrauch des Weißruthenischen in weißruthenischen Siedlungen forderte. Nicht ungeschickt wurde darauf hingewiesen, daß der Gebrauch des Polnischen die weißruthenischen Bauern

⁵⁴) Sprawy Narodowościowe VIII, S. 456.

⁵⁵) Do. X, S. 621 f.

der Orthodoxie entfremde. Dieser Hinweis war deshalb bedeutsam, weil sich die römisch-katholische Kirche in diesen Gebieten seit einiger Zeit bemühte, der Volkssprache Rechnung zu tragen. Ein national gesinnter Kreis von Klerikern entfaltete eine bemerkenswerte Aktivität, die im Lande nicht ohne Eindruck blieb (und insbesondere polnische Kreise beunruhigte). Am 6. und 7. Dezember endlich tagte in Warschau die Russkaja Narodnaja Organizacija (RNO), um heftig gegen die Neuerungen zu protestieren. Die Angriffe gegen die Hierarchie wurden nicht so sehr mit dem Nachgeben in der Frage der Staatssprache begründet, wichtiger war der RNO, daß in der Frage der Ukrainisierung die alte konservative Linie nicht eingehalten worden sei. Auf Betreiben des uns schon bekannten Wojwoden Józewski waren die kirchlichen und staatlichen Behörden in Wolhynien den Ukrainern in einigen Punkten entgegengekommen, leitender Gesichtspunkt für den Wojwoden war dabei die Stützung der „Ukrainischen Wolhynischen Vereinigung“. Während seiner wolhynischen Zeit stand übrigens der spätere Metropolit Dionysios dem Kreis um Józewski nahe, infolgedessen konnte er damals ukrainisch schillern. In den gleichen Zusammenhang gehört neben den Politikern Pewny und St. Skrypnyk der Bischof Polikarp (Sikoróskyj, ab April 1932); organisatorisch wichtig war die Peter-Mohyla-Gesellschaft, die die behördlich gebilligte Sprachukrainisierung (unter gleichzeitiger Dämpfung des Volksbewußtseins) betrieb. Immerhin: vom Standpunkt der Russen wurde hier das Schema der alten zaristischen Kirche gesprengt. Im Endergebnis richteten sich die Beschlüsse der RNO deshalb gegen Polonisierung und Ukrainisierung⁵⁶).

Die Erregung griff um sich, so daß sich der Sejm mit der ganzen Angelegenheit auf Grund einer ukrainischen Interpellation befaßte. Wortführer war damals Piotr Pewny, der die regierungsfreundliche Wolhynische Ukrainische Vereinigung zusammen mit dem Popen Wołkow und zwei anderen im Sejm vertrat, während die nationalukrainischen Gruppen infolge des neuen Wahlsystems ohne eine ihrer Anhängerzahl entsprechenden Repräsentation waren. Wenn auch die Sejmdebatte keine Ergebnisse hatte, so veranlaßte sie die Regierung doch zu stärkerer Tarnung der Absichten. Am 18. Mai 1937 gab das Sozialpolitische Amt der Lubliner Wojwodschaft — wohl auf Anregung Warschaus — eine zweckdienliche Auslegung aller Maßnahmen auf dem Gebiete der Ostkirche an die Hand. In den östlichen Wojwodschaften sei es vorgekommen, daß die Popen auf eigens einberufenen Versammlungen gezwungen wurden, Erklärungen zu unterschreiben, widrigenfalls sie Repressalien zu erwarten hätten. Derartige direkte Aktionen seien unzumutbar, da sie infolge ihres ungesetzlichen Charakters un-

⁵⁶) Do., S. 638 ff.

erwünschte Einflüsse auf die Stimmung der Bevölkerung ausübten. Es müsse deshalb Wert darauf gelegt werden, die Regelung der Sprachenfrage ausschließlich den Geistlichen zu überlassen. Wenn auch die polnischen Behörden fortan nicht daran dachten, im Sinne dieser Anweisung, die mehr deklarativen als faktischen Wert hatte, zu handeln, so bedeutete sie doch in einem Punkte eine Änderung der staatlichen Taktik. Der Versuch, die sogenannten orthodoxen Polen zu mobilisieren oder als Argument zu verwenden, mußte mit Notwendigkeit die verschiedenen Volksgruppen aufrufen. Das Ergebnis jedes demokratischen Appells mußte Unruhe sein. Diese Unruhe konnte wesentlich gedämpft werden, wenn es gelang, die Geistlichkeit zu gewinnen. Es läßt sich zeigen, daß die letzte Phase der polnischen Kirchenpolitik unter dem Zeichen stand, die orthodoxe Kirche von innen mit Hilfe der Hierarchie zu gewinnen.

Der Kampf um die Hierarchie vollzog sich mit den verschiedensten Mitteln. Durch verschiedene negative Maßnahmen wurden radikale Elemente zunächst abgesprengt. Die kulturellen weißruthenischen Einrichtungen, die die erwähnte Denkschrift ausgearbeitet hatten, wurden polizeilich geschlossen und aufgehoben. Damit war ein bestimmter Kreis völkisch eingestellter Popen als staatsfeindlich gebrandmarkt, was natürlich alle ängstlichen und schwankenden Elemente zur Ausrichtung nach der Seite der unbedingten Loyalität hin veranlaßte. Bischof Anton Marčenko von Grodno lud die „Übeltäter“ vor und erteilte ihnen strenge Verweise. Einige krochen zu Kreuze. Als der renitente Pfarrer von Hołowači gestorben war, erklärte sein Nachfolger demonstrativ dem Starosten, daß er sich für einen Polen halte und streng loyal sein werde (Białystok, Sozialpol. Abt., Monatsbericht für den Innenminister, 10. November 1936). Gegen jede Agitation von weißruthenischer und ukrainischer Seite wurde scharf vorgegangen, zumeist mit der Behauptung, es handle sich gar nicht um ein kirchliches Anliegen, sondern um getarnte politische Unruhestiftung, vor allem von seiten der OUN. Gegen die Popen von Tarnogród und Babice stellte der Lubliner Wojwode Maßregelungsanträge, einem dritten Popen sperrte man den Staatszuschuß (Lublin, Monatsbericht 2/37 vom 10. März 1937). Drei Popen des Kreises Biała Podlaska (aus Kostomłoty, Kobylany und Zabłocie) wurden der Ukrainisierung der Namen beschuldigt (7. September 1937), das Strafverfahren endete mit Geldstrafen. Im Cholmer Land und in Podlachien wurde im März 1938 eine besondere Aktion gegen diejenigen Geistlichen durchgeführt, die angeblich der OUN nahestanden. „Mit aller Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit“ wurde einem Geistlichen im Kreise Tomaszów der behördliche Standpunkt klar gemacht (Lubliner Anweisung vom 23. März 1938). Beispiele derartiger „negativer“ Maßnahmen ließen sich noch mehr anführen.

Ganz im Sinne der eingangs erläuterten Einteilung des ukrainischen Siedlungsgebietes in drei Zonen erlaubte man den orthodoxen Gemeinden Wolhyniens eine gewisse Ukrainisierung. Man glaubte, dadurch das Hauptgebiet der orthodoxen Ukrainer vom Gesamtblock der Unzufriedenen abspalten zu können. Zumindest erreichte man eine neuerliche Verstimmung der sehr zahlreichen russischen Priester, denen gegenüber man hier die ukrainische Karte ausspielte, während man in den westlich und nordwestlich davon gelegenen Landschaften einen rein polnischen Kurs steuerte.

Insgesamt war das Bestreben der Regierung nicht darauf gerichtet, die Hierarchie durch Entgegenkommen zu gewinnen. In offenbar richtiger Einschätzung der Mentalität des Metropoliten und seiner Ratgeber hielt man den Weg der Einschüchterung für am zweckmäßigsten. Am 20. Juni 1938 wurde mit dem Vatikan ein Vertrag abgeschlossen, der die Rückerstattung derjenigen Kirchengebäude und Ländereien regelte, die während der Zarenzeit angeblich der katholischen Kirche abgenommen und der orthodoxen Kirche zugeteilt worden waren⁵⁷). Das Abkommen, das aus dem Konkordat entwickelt wurde, war für die orthodoxe Kirche ein außerordentlicher Schlag, da er in manchen Gebieten die mühsam aufgebaute Organisation nahezu völlig gefährdete. Er wurde noch ergänzt durch Gewaltmaßnahmen in solchen Gemeinden, wo die Rechtslage auch nach katholisch-polnischer Meinung unsicher war, so daß die Gefahr bestand, daß die Orthodoxen bei gerichtlichen Klagen obsiegen würden. Eine große Anzahl kirchlicher Gebäude wurde einfach vernichtet. So wurden bis zum Herbst insgesamt 130 Kirchen, 10 Bethäuser und 2 Klöster abgetragen, vor allem im Cholmer Gebiet⁵⁸).

⁵⁷) Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej, Nr. 35, 2.

⁵⁸) I. GRÜNING, a. a. O., S. 124: Ostlandberichte, Danzig 1938, S. 222—231, 1939, S. 68—76. Die Gesamtzahl der bis zum Sommer 1938 gesperrten Kirchen im Cholmerland und in Podlachien wird im Dictionnaire de Théologie Catholique XIV, Heft CXXV (Straßburg 1938) auf S. 394 mit 104 angegeben, 161 seien den römischen Katholiken übergeben und 55 gänzlich zerstört. Der Artikel stammt übrigens von griechisch-uniierter ukrainischer Seite. Einzelangaben zu diesem Thema finden sich u. a. in folgenden Schriften: „Handbuch der Ukraine“, herausgegeben von J. MIRTSCHUK, Leipzig 1941, S. 144; ST. MORNIK, a. a. O., S. 127 ff. (er berechnete die Zahl der enteigneten Kirchengebäude 1931 auf rund 500); „Das Problem der West-Ukraine“, herausgegeben vom Ukrainischen Pressedienst, Berlin 1939, S. 9 f., S. 75 f., 81 ff; „Ausrottung der Ukrainer in Polen“, Prag 1930. Der Tscheche JAROSLAV VOZKA streift im Rahmen einer Schilderung der „Pazifikationen“ gleichfalls die Zerstörung der orthodoxen Kirchen. Seine Schrift erschien mit einem Vorwort von G. CLEINOW unter dem Titel „Polen, das Gefängnis der Völker“, Berlin 1933. In ukrainischer Sprache liegen an speziellen Schriften vor: MSTYSŁAV VSEHORENKO (Pseudonym), Po okrajnych volostjach, Krakau 1940, insbesondere S. 30 ff. (Übertritt von 6000 Orthodoxen zum Katholizismus im Frühjahr 1939, von denen

Das Kirchengesetz vom 18. November 1938

Die eingeschüchterten obersten Kirchenbehörden waren jetzt zur Annahme jedes Gesetzes bereit, das den Bestand der Kirche in etwa sicherte. Mit dem „Äußeren Statut“ vom 18. November 1938 begann die endgültige Neuregelung, die den Sieg der Polonisierung brachte. Kirchliche Amtssprache wurde jetzt das Polnische. Ab 6. November 1938 erschienen die amtlichen „Wiadomości Metropolii Prawosławnej w Polsce“ in polnischer Sprache, ab 1. Januar 1939 kamen die bis dahin ukrainischen Mitteilungen des wolhynischen Konsistoriums in der gleichen Sprache heraus. Zwei betont polnische Geistliche wurden zu Bischöfen ernannt. In den obersten Kirchenbehörden erhielten die polnischen oder polnisch bzw. streng loyal gesinnten Mitglieder das Übergewicht. Das Schrifttum in ukrainischer und weißruthenischer Sprache wurde fast gänzlich unterdrückt, während das Russische stark eingeschränkt wurde. Es entsprach dem ganzen Geist der Neuordnung, daß die Kirche sich fortan „polnische autokephale Kirche“ nannte, während sie bis dahin den neutralen Ausdruck „in Polen“ gebraucht hatte.

Das „Äußere Statut“ war der letzte große politische Erfolg der polnischen Regierung. Er ist durchaus mit der Angliederung des Olsagebiets, die sich gut 6 Wochen vorher vollzog, zu vergleichen, weil er die Voraussetzungen für einen entscheidenden Einbruch in das völkische Empfinden von rund 4 Millionen Staatsbürgern schuf. Diese — vielleicht etwas überraschende — Wertung eines kirchenpolitischen Vorgangs bedarf einer Erklärung.

Als die polnische Regierung nach dem Frieden von Riga verantwortlich für das Schicksal von mehreren Millionen orthodoxer Menschen wurde, konnten objektive Beobachter diese Angliederung nicht als Stärkung des Staates ansehen. Die ohnehin mit Nationalitäten- und Rassenfragen stark belastete Republik erhielt eine östliche Hypothek, deren Ablösung als sehr schwer angesehen werden mußte. Die starke Durchdringung katholischer und polnischer Willenskräfte ließ es als fast ausgeschlossen erscheinen, daß die Warschauer Regierung zu einer unabhängigen staatspolitischen Wertung des Problems gelangen würde. Die Wahrscheinlichkeit, daß konfessions-

1500 sehr bald wieder zurückkehrten), und S. BARAN, *Po nevoli-vidrodzennja*, Krakau 1940, S. 15 (die Zahl der orthodoxen Kirchen im Cholmer Gebiet und in Podlachien sank von 1918—1939 von 383 auf 51). Bedeutsam ist auch A. DMYTRIEVSKYJ, *L'union des églises et les persécutions polonaises*, Brüssel 1939. OHIJENKO gibt für das Cholmgebiet einen Rückgang von 393 im Jahre 1914 auf 229 an. 1939 wurden 176 vernichtet, so daß nur 53 blieben. Über diese Seite des Kampfes der orthodoxen Kirche wurde im Posener Evangelischen Kirchenblatt mehrfach berichtet, so etwa VII, 294, IX, 151 ff.

politische Kämpfe in diesen Gebieten zu einer Dauererscheinung werden würden, war groß. Da der orthodoxen Kirche jedoch im Rahmen der Ostpläne Piłsudskis eine große Bedeutung zukam, wurden im Laufe langjähriger interner Auseinandersetzungen alle Gegenkräfte überwunden. Wohl noch zu Lebzeiten des Marschalls wurde entschieden, daß die Ostkirche aus staats- und volkspolitischen Erwägungen als Werkzeug zu benutzen sei, ohne daß der staatliche Wille mit den Absichten der katholischen Kirche verknüpft wird. Nach dem Tode Piłsudskis war diese Linie politisch nicht mehr ganz haltbar, weil die Regierung mehr und mehr von den Parolen der Nationaldemokratie, die mit dem Katholizismus ihrerseits eng verbunden war, abhängig wurde. Das Abkommen mit dem Vatikan über die „Revindikation“ des strittigen Kirchenbesitzes bedeutete eine Abweichung zugunsten einer konfessionell-katholischen Ostpolitik, ein Abweichen, das wegen der Schwäche der Orthodoxie freilich politisch unbedenklich war.

Sowohl das „Äußere“ wie auch das „Innere Statut“ fanden in der polnischen Presse eine sehr günstige Aufnahme. Es war schon ein Erfolg, daß die sehr verwickelte Frage durch ein reines Staatsgesetz geregelt werden konnte. Durch die Bildung einer autokephalen Kirche war es möglich gewesen, alle im Ausland residierenden Patriarchen auszuschalten. Obwohl die orthodoxe Kirche ihrer Herkunft nach mit der polnischen Tradition in keiner Weise verbunden war, war sie doch zu einer internen „polnischen“ Angelegenheit geworden. Ein Staatsgesetz hatte im übrigen, verglichen mit einem Konkordat oder einer anderen Art Vertrag, den außerordentlichen psychologischen Vorteil, daß Angriffe der rebellischen Priester oder Gemeinden in Zukunft als Verstöße gegen höchste staatliche Anordnungen geahndet werden konnten. Ebenso wesentlich war, daß die neue Regelung den Warschauer Behörden alle Mittel für eine Polonisierung in die Hand gab. Es war gewiß nicht entscheidend, daß die Geistlichen fortan verpflichtet waren, während des Gottesdienstes für das Wohlergehen der Republik und ihres Präsidenten zu beten. Für das Ziel der Assimilierung fiel auch kaum ins Gewicht, daß an Staatsfeiertagen festliche Gottesdienste in polnischer Sprache veranstaltet wurden, die mit der Hymne „Boże, coś Polskę“ zu schließen waren. Wesentlich war jedoch, daß die Bischöfe nur im Einvernehmen mit dem zuständigen Minister ernannt werden konnten, der auch einer Einberufung der Generalsynode seine Zustimmung geben mußte. Gegenströmungen, die in der Synode zu erwarten waren, konnten so leicht ausgeschaltet werden. Volkspolitisch entscheidende Bedeutung kam sowohl der Bildung einer polnischen Militärseelsorge als auch der Ernennung von zwei Polen zu Bischöfen zu. Der Priester M. SIEMASZKO, ein Renegat weißruthenischer Abstammung, erhielt als Bischof von Braclaw und Vikar von Wilna den Auftrag, im Nordostgebiet die Verpolung zu voll-

enden. Nicht umsonst hatte der „Kurjer Poznański“ in einer Besprechung der Statistik behauptet⁵⁹⁾, daß die Orthodoxen der Wojwodschaft Wilna „ein Sammelsurium von Aberglauben und Zauberei mit gewissen katholischen Erinnerungen und fremdartigen prawoslawen Bestandteilen“ darstellten und sprachlich-völkisch „Hiesige“ seien. Sie hätten kein Nationalbewußtsein und müßten „als ein ethnisches Material angesehen werden, aus dem heute ebenso ein Pole gemacht werden kann, wie zur Zeit der Besetzung ein Russe gemacht wurde“. Das Posener Blatt plädierte natürlich für eine Katholisierung, da „dieses Grenzvolk auch hinsichtlich des Bekenntnisses ein rohes Material“ darstelle. Die Staatsführung entschied sich jedoch für eine Polonisierung im Rahmen der Ostkirche. Aufgabe des neuen Bischofs war es nun, die hohen Erwartungen des Warschauer Innenministeriums zu erfüllen. Die Voraussetzungen waren günstig, wenn man bedenkt, daß seine Diözese mit polnischen Katholiken durchsetzt war und statistisch eine stattliche Anzahl orthodoxer Polen aufwies. Die südliche Nachbardiözese der Warschauer Kirchenprovinz, das Bistum Lublin, erhielt der deutschstämmige Priester TIMOTHEUS SZRETTER, zugleich wurde er zum Vikarbischof von Warschau bestellt. Die Lubliner Wojwodschaft war, wie wir gesehen haben, seit langem der Brennpunkt der völkischen Auseinandersetzungen, hier schienen rasch die Früchte der Verpolungsarbeit reifen zu können, wenn man die ukrainische Agitation energisch ausschaltete.

Für die volkspolitischen Absichten der Regierung waren noch zwei weitere Anordnungen des neuen Kirchengesetzes wesentlich. Die Einteilung der Diözesen in Dekanate und Pfarreien bedurfte der Zustimmung des Fachministers, so daß jederzeit durch eine Änderung die orthodoxe Missionstätigkeit gehemmt oder aber der Einfluß polnischer Gemeindeglieder verstärkt werden konnte. Vor jeder Ernennung von Popen und Dekanen hatte der Diözesanbischof die Unbedenklichkeitserklärung des Wojwoden einzuholen, der also jeden unerwünschten Geistlichen ausschalten konnte. Ebenso wichtig war, daß der Religionsunterricht von Lehrern erteilt werden mußte, die die staatlichen Schulbehörden einsetzten; der Diözesanbischof hatte lediglich festzustellen, ob der Betreffende die kirchliche Eignung besaß.

Eine wesentliche Voraussetzung dieses Einbruchs in das Gefüge der Ostkirche war gewesen, daß der Staat frühzeitig an der Pilsudski-Universität in Warschau eine orthodoxe theologische Fakultät geschaffen hatte. Ihre Professoren waren ursprünglich Russen, Georgier und Ukrainer gewesen, mehr und mehr hatte sich jedoch der polnische Gesinnungs-

⁵⁹⁾ Kurjer Poznański, Nr. 153 vom 1. April 1936 (Aufsatz von WLAD. DWORZACZEK).

einfluß durchgesetzt. Jetzt wurde bestimmt, daß zum Priester nur derjenige geweiht werden konnte, der entweder das orthodoxe Staatslyzeum oder die Fakultät absolviert hatte. Wenn auch nicht damit zu rechnen war, daß der Besuch dieser Anstalten eine völlige Verpolung des Nachwuchses zur Folge hatte, so durfte doch angenommen werden, daß die jungen Priester polnischen Wünschen zugänglicher waren als die im zaristischen Rußland ausgebildeten alten Popen.

Nicht übersehen soll schließlich werden, daß der Vorstoß des Staates gegen den Widerstand der einflußreichen russischen Geistlichkeit durchgeführt werden mußte, daß die Russen sich aber nach dem Erlaß des Gesetzes zumeist anpaßten. Sie folgten hierin nicht bloß ihrem Metropoliten. Für die russische Emigration schien die politische Lage so hoffnungslos, daß sie schon seit langer Zeit polnischen Assimilationswünschen offen war. Eine Reihe ehemaliger Beamter und Militärs des Zarenreiches war in den Dienst der Republik getreten und hatte die Hoffnung auf eine Wiederherstellung des Zarenreiches aufgegeben. Ganz im Sinne dieser Kreise begrüßte der russische Abgeordnete Pimonov die Gesetze vom 26. Januar 1939 in einer Sitzung der Budgetkommission des Sejms⁶⁰).

Nach dem Erlaß der neuen Kirchengesetze gingen die Behörden daran, den Erfolg zu sichern und auszubauen. Bereits am 7. Dezember wurde in Grodno ein „Prawosławny Instytut Naukowo-Wydawniczy“ errichtet, das zur Zentrale der Forschung und Publikation ausersehen war. Das Institut erhielt nicht nur den Auftrag, Materialien zur Geschichte der orthodoxen Kirche in Polen zu sammeln, sondern wurde auch zur Herausgabe geeigneter Gebet- und Lehrbücher, Kalender, Bilder und ähnlicher Verlagswerke verpflichtet. Eine umfassende Vortragstätigkeit sollte der Ausrichtung der Priester und Laien im neuen Sinne dienen. Daß die Betreuung der Vereinigungen orthodoxer Polen dem Institut oblag, versteht sich am Rande. In polnischer Sprache wurde eine Zeitung „Głos Prawosławia“ herausgegeben, die auch in anderen Diözesangebieten verbreitet wurde, wie wir einem Rundschreiben des Lubliner Wojwodschaftsamt (Sozialpol. Abt., 2. Dezember 1938) entnehmen können. Leiter des Instituts wurde — nach Ohijenko — ein ehemals russischer Offizier, der über beträchtliche organisatorische Fähigkeiten verfügte. Der Institutsarbeit schenkten die polnischen Behörden große Aufmerksamkeit, der Białystoker Wojwode berichtete z. B. in seinen Monatsberichten nicht bloß über die Eröffnung, sondern auch über den Fortgang der Planung und einzelne Arbeiten.

⁶⁰) Sprawy Narodowościowe XIII, S. 126. PIMONOW wurde 1935 im Wahlkreis 48 gewählt; er gehörte nicht der orthodoxen Kirche, sondern einer altgläubigen Gemeinde in Wilna an.

Mit aller Entschiedenheit wurde jetzt gegen diejenigen Priester vorgegangen, die den neuen Bestimmungen gar nicht oder nur teilweise Rechnung trugen. Aus der Fülle des vorliegenden Materials seien einige Beispiele herausgegriffen. In Grodno, das zu einem Mittelpunkt der Polonisierungsarbeit im Nordosten werden sollte, wurde der Dekan SAHAJ-DAKOVŠKYJ abgesetzt und auf eine kleine wolhynische Pfarre verschickt. In seiner Abschiedspredigt griff er den Diözesenbischof SAVA scharf an und verglich ihn mit dem Verräter Judas Ischariot (Białystok, Monatsbericht vom 9. Jänner 1939). Der Pope von Bubel Stary wurde nach Kobryń in Polesien versetzt, wo er jedoch seine Sprachpraxis nicht änderte (Bericht des Starosten von Kobryń an seinen Kollegen in Biała Podlaska vom 10. November 1938). Da ein Teil der Popen den Religionsunterricht außerhalb der Schulen in herkömmlicher Weise erteilte, wies das Lubliner Wojwodschaftsamt (Sozialpol. Abt., 14. Dezember 1938) die nachgeordneten Dienststellen an, rücksichtslos dafür zu sorgen, daß die religiöse Unterweisung der Kinder zukünftig ausschließlich in der Staatssprache erfolge. Am 4. Januar 1939 verlangte die gleiche Behörde eine Liste derjenigen Diakone und Psalmisten, die der Verpolung Widerstand leisteten, damit rechtzeitig Absetzung oder Versetzung beantragt werden könne. Dem ukrainischen Geistlichen TH. MATVIJČUK im Bezirk Tomaszów wurde zunächst ein Vikar beigegeben, von dem der zuständige Starost am 29. Juli 1939 schrieb, daß er den ukrainischen Nationalismus hasse und für die polnische Ausrichtung der Kirche werbe; da der alte Inhaber der Pfarre nicht nachgab, wurde er schließlich nach Wolhynien versetzt.

Bemerkenswert ist, daß bei der Verwaltung nach dem Siege in der orthodoxen Kirche der Gedanke wieder auftauchte, endgültig als Ziel die Katholisierung zu erstreben. Diese Abweichung vom Programm entsprach der innerpolitischen Lage. So mancher Starost spürte, daß die Tage der Regierung gezählt waren, obwohl sie sich in ihrem Sprachgebrauch der Terminologie der nationaldemokratischen Opposition angepaßt hatte. Ein innerpolitischer Erfolg der Nationaldemokraten machte jedoch eine Revision des kirchenpolitischen Kurses wahrscheinlich. Da man die Ostkirche fest in der Hand hatte, schien eine stärkere Beachtung des konfessionell-katholischen Gesichtspunktes taktisch vertretbar zu sein. So ist es wohl zu verstehen, daß der Starost von Biała Podlaska, Dr. LUTMAN, Erwägungen über einen Abbau der orthodoxen Kirchenorganisation anstellte.

Nach der Meinung dieses Starosten (Bericht vom 28. März 1939 an den Wojwoden) waren die Verpolungsarbeiten nicht erfolgreich genug. Die Orthodoxen seines Kreises neigten immer noch, soweit es die jüngere Generation betreffe, zum ukrainischen Volkstum, während die älteren „Hiesige“ ohne klares Volksbewußtsein seien. Allzu große religiöse Toleranz habe ein

größeres Einschrumpfen der Zahl der Ukrainer, die er mit 18.207 angibt, bisher verhindert. Verantwortlich sei dafür auch die katholische Kirche zu machen, die keine Missionstätigkeit entfaltet habe. Bedenklich sei das Wirken der Pfarrer des östlich-slawischen Ritus, die seit dem 1. August 1938 nur 136 Orthodoxe zum Übertritt veranlaßt hätten. „Von der Gesamtzahl der im Kreise tätigen Geistlichen dieses Ritus gehören 5 dem ukrainischen und 2 dem polnischen Volkstum an. Das Wirken der Pfarrer „ukrainischer Nationalität“ ist dem Staate geradezu schädlich. Sie halten ihre Predigten in ukrainischer Sprache bzw. der örtlichen Mundart. Noch vor kurzem unterrichteten sie Religion in der gleichen Sprache, so daß zwei Priester das Recht zur Erteilung des Religionsunterrichts in der Schule abgesprochen erhielten. Die Mission zugunsten des östlich-slawischen Ritus wird von ihnen mit sehr geringen Erfolgen durchgeführt. Unter diesen Umständen hemmt die östlich-slawische Kirche die Revindikationsaktion zugunsten des Katholizismus, wie sie auch negativ auf die Polonisierung der Orthodoxie einwirkt.“ Aus dem gleichen Bericht erfahren wir, daß im Kreise Biała Podlaska 6 Pfarreien des östlich-slawischen Ritus mit 1068 Gläubigen (Dokudiw, Kodeń, Kostomłoty, Pawliw Staryj, Połosky und Terespol) vorhanden waren, während die 17.860 Orthodoxen auf nur vier Pfarreien (Hajno, Kobylary, Nosow und Zabłocie) verteilt waren.

Die Zahl der Römisch-Katholischen gibt der Starost mit 83.334 an, er rechnet sie restlos den Polen (Gesamtzahl 83.748) zu, obwohl ein weißruthenisch-ukrainischer Mischdialekt als Umgangssprache auch bei den „Lateinikern“ herrschte⁶¹). Als erwünscht erscheint ihm die Liquidierung der orthodoxen Gemeinden, auf eine Anfrage des Wojwoden vom 4. Mai 1939 unterstreicht er, daß die Wiedergutmachungsaktion sich ohne Zwangsmaßnahmen und die Übertritte zur lateinischen Kirche aus „rein ideologischen Beweggründen“ vollzogen hätten.

Abschließend sei darauf hingewiesen, daß das Interesse des Auslandes an den Vorgängen in der orthodoxen Kirche Polens den Behörden einige Sorge verursachte. Wir entnehmen das einem Rundschreiben der Sozialpolitischen Abteilung des Lubliner Wojwodschaftsamtes vom 17. Mai 1939, in dem es u. a. heißt: „Im Zusammenhang mit den Vorfällen, die sich anläßlich der Revindikationsaktion in der Lubliner Wojwodschaft ereigneten, bespricht die russische Emigrationspresse in zahlreichen Notizen und Ar-

⁶¹) Über die in ethnographischer Hinsicht sehr verworrene Lage in diesem Bugkreise vgl. H. J. BEYER, a. a. O., S. 41 ff. Die Kreisbeschreibung von B. GORNY (Biała Podlaska 1939) ist im polnischen Sinne tendenziös, enthält aber auf 328 Seiten viel Material. Bemerkenswert, daß 1907 im Kreise 25.674 Orthodoxe gezählt wurden, 1938 nur noch 18.369, obwohl der Geburtenüberschuß der ostkirchlichen Bevölkerung bekanntlich etwas höher als der der Katholiken ist.

tikeln die Lage der orthodoxen Kirche Polens und bezeichnet sie als unerträglich schwer.“ Besonders scharf wird die polnische Kirchenpolitik durch die russische Presse in Amerika und Jugoslawien angegriffen. Nach Meinung dieser Presse untergräbt Polen die Loyalität der orthodoxen Bevölkerung, es würden so unter den Orthodoxen ähnliche Gefühle wie unter ihren Stammesverwandten in der Sowjetunion entstehen, d. h. die Erwartung des Erlösers, woher er auch komme. Das Russische Komitee in Jugoslawien hat am 17. April dem Präsidenten der Republik ein vom Metropoliten Anastasius unterschriebenes Schreiben gesandt, in dem der Herr Staatspräsident um die Einstellung der Zwangsmaßnahmen gegen die orthodoxe Kirche gebeten wird. Nicht minder interessiert sich die russische Presse in Deutschland für die erwähnten Vorfälle, so wird in den Spalten des Blattes „Nowoje Slowo“ der Brief „einer der Warschauer orthodoxen Metropole nahestehenden Persönlichkeit“ mit einer Beschreibung von Überfällen, unter denen die orthodoxe Bevölkerung im Cholmer Land leide, abgedruckt. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß die in Warschau lebenden deutschen Journalisten sich für die gleichen Angelegenheiten sehr interessieren, ein Beweis u. a. die Tatsache, daß manche Vertreter deutscher Zeitungen im Auslandspresseklub Fotografien geschlagener Leute, demolierter Gebäude, durchstochener Heiligenbilder u. dgl. mehr aus dem Gebiete der Lubliner Wojwodschaft gezeigt haben. Besonders interessant ist für diese Frage ein deutscher Journalist aus Breslau, HARALD LAEUEN⁶²⁾, der in diesen Kirchenfragen als Autorität gilt. Das Ministerium des Innern hat sich deswegen an das Ministerium des Äußern gewandt, um die Ausweisung dieses Korrespondenten, der in der besprochenen Frage ohne Zweifel der Inspirator aller gegenpolnischen deutschen Propaganda ist zu veranlassen.“ Im Zusammenhang mit dem oben Angeführten bittet der Wojwode endlich die Starosten, alle Personen, die sich für die Fragen der orthodoxen Kirche interessieren, zu beobachten.

Nach dem Zusammenbruch ihres Staates hat die polnische Emigration wiederholt den Versuch gemacht, eine Bilanz der früheren Ukrainerpolitik zu ziehen. Als im März 1940 ein ukrainischer Kongreß in Chicago zu einer Tagung zusammentrat, erschienen in mehreren polnischen Zeitungen Aufsätze über die „ukrainische Frage“. Sie zeichneten sich durchwegs durch folgendes aus: Auf der einen Seite wurde auf die polenfreundliche Gruppe unter den Ukrainern hingewiesen und insbesondere betont, daß in der

⁶²⁾ HARALD LAEUEN vertrat in Warschau die „Schlesische Zeitung“ Breslau (zu deren Redaktionsstab er gehörte), die „Münchener Neuesten Nachrichten“, das „Hamburger Fremdenblatt“ und einige andere Zeitungen. Eine Bilanz seines Aufenthalts in Warschau zog er in dem Buch „Polnisches Zwischenspiel“.

Pariser Zeitschrift „La Revue de Prométhée“ eine unter Führung Šulhyns stehender Ausschuß ein Aufruf erschienen sei, der eine Zusammenarbeit mit den Polen propagierte. Der Kampf müsse gegen Berlin und Moskau zugleich geführt werden. Auf der anderen Seite versuchten die Emigrationsblätter glaubhaft zu machen, daß das „zukünftige“ Polen aus den Ereignissen der letzten Jahre lernen und den Ukrainern größeres Entgegenkommen zeigen werde.

Ergebnisse

Es ist nicht Aufgabe der Wissenschaft, politische Zukunftserklärungen durch andere politische Behauptungen zu widerlegen — auch dann nicht, wenn sich die allgemeine Einsicht, daß die Völker (einer verbreiteten Redensart zuwider) aus der Geschichte meist nichts lernen, besonders gut am polnischen Beispiel belegen läßt. Sie muß sich damit begnügen, die Tatsachen festzustellen.

Die Tatsachen sprechen freilich eine klare Sprache.

Zunächst: Der ukrainische Ausschuß in Paris, der im „Wiarius Polski“ (Nr. 52 vom 1. März 1940) so enthusiastisch gelobt wird. Er wurde von der kleinen UNR-Gruppe unter der Führung Šulhyns gebildet. Seine Polenfreundlichkeit ist deshalb nicht das Ergebnis einer neuen politischen Orientierung, sondern ein Erbe aus den Jahren 1917/18. Als die deutschen Truppen im ersten Weltkriege auf Wunsch der soeben gebildeten Ukrainischen Republik in die weiten Steppenlandschaften zwischen Dnister und Dnipro einmarschiert waren, stießen sie auf den Widerstand einer kleinen entente-freundlichen Gruppe, die durch die Freimaurerei mit dem Westen verbunden war. Zu ihren politischen Führern gehörte Šulhyn, ihr militärischer Vertrauensmann war Simon Petljura. Ihre Bindung an die Loge drängte sie zu einer Zusammenarbeit mit Frankreich, diese hatte wiederum einen Ausgleich mit Polen zur Voraussetzung. Das „Bündnis“ zwischen Pilsudski und Petljura war deshalb nicht nur eine Verlegenheit, die verzweifelte Konsequenz aus der hoffnungslosen politischen Lage der „Petljurovščyna“, sondern eine ideologische vorbereitete Entscheidung. Kutschabsky⁶³⁾ hat durchaus Recht, wenn er in Petljura nicht einen Staatsmann, sondern nur einen Volkstribun sieht, dessen plötzliche Bekehrung von der Idee eines

⁶³⁾ KUTSCHABSKY, Die Westukraine im Kampfe mit Polen und dem Bolschewismus in den Jahren 1918—1923, Berlin 1934, S. 118 ff. Eigenartig ist, daß uns Deutschen neuerdings Petljura als großer nationaler Staatsmann angepriesen wird, so z. B. in dem von MIRTSCHUK herausgegebenen „Handbuch der Ukraine“, S. 131 f., in der vor der Spaltung der OUN von dieser verbreiteten Schrift „Ukrainischer Nationalismus“, Berlin 1939, S. 57 ff. usw.

Die UNR-Gruppe war im Warschauer Sejm offiziell nie vertreten, im letzten polnischen Abgeordnetenhaus stand ihr aber offenbar der Vertreter von Łuck, Sergiusz Tymoszenko, nahe.

föderativ-demokratischen Rußland zum ukrainischen Nationalwillen nicht tief verankert war. „Es war nur ein fanatisiertes Gefühl, keine Einsicht, keine Gestaltungsfähigkeit . . . So ging ihm die Erkenntnis der Grundkräfte des Staates und die geistige Vorbereitung für den Dienst am Staate ab; er war ein Volkstribun, kein Staatsmann.“ Dies „fanatisierte Gefühl“ entsprach jedoch gut den Bestrebungen der französischen Freimaurerei, die ein föderalistisches Rußland oder ein föderativ aufgebautes Groß-Polen brauchte, um die „zweite Front“ gegen die Mittelmächte wieder aufzubauen.

Es verlohnt, auf den Petlura-Kult kurz einzugehen. Während der ostukrainischen Wirren 1917/18 hat dieser begabte und überaus wandlungsfähige Demagoge eine sehr unklare Rolle gespielt. Nachdem es ihm gelungen war, die politische Führung zu gewinnen, setzte er alles daran, um eine französische Orientierung zu erreichen. Dabei dachte er keineswegs gesamtukrainisch, sondern partikularistisch. Er stellte die Interessen seiner politischen Gruppe durchaus über die des Gesamtvolkes. Nur so ist sein Verhalten gegenüber den westukrainischen (galizischen) Truppen zu verstehen, die Anfang und Mitte 1919 noch eine gewisse militärische Bedeutung besaßen, während seine eigene „Armee“ wertlos war. Er versuchte, die galizischen Heeresverbände mittels Geld in die Hand zu bekommen, entfesselte im Frühsommer 1919 eine lebhaft unterirdische Agitation gegen die westukrainische Regierung Petruševyč und untergrub damit diesen letzten Rest ukrainischer Staatlichkeit, der sich noch in einer gewissen Ordnung befand. Nasaruk, der Zeuge dieser Auseinandersetzungen war, hat sein Urteil sehr schroff, jedoch nicht unsachlich zusammengefaßt: „Die Regierung Petluras setzte sich vor allem aus Männern zusammen, die zu keiner wie immer gearteten Tätigkeit zu gebrauchen waren, geschweige denn zur Lenkung eines Ministeriums“⁶⁴). Petlura hatte also nicht in der höchsten Volksnot die beste Auslese des Ukrainertums an die Spitze gebracht, sondern Kreaturen — die später als Agenten in Warschau, Paris und anderen Orten eifrig damit

⁶⁴) OSYP NASARUK hat seine Erinnerungen 1920 in Wien unter dem Titel „Rik na welykij Ukrajinii“ herausgegeben. Eine deutsche Darstellung, die KUTSCHABSKIJ ergänzt und vor allem die hoffnungslosen Kämpfe des Jahres 1919 gründlich — möglichst auf Grund eigenen Erlebens! — schildert, fehlt noch. Zur Person Petluras sei der französische Diplomat Pélissier, ein Freimaurer, zitiert. Er schrieb in einem Briefe an Gustave Hervé, der unter dem Titel „Ce qui s'est passé en Ukraine. Justice au Garibaldi ukrainien, Petlioura“ in der „Tribune libre des Nationalités“, Nr. 9 vom 1. Mai 1919 erschien, folgendes: „Jusqu'à ces temps derniers, il n'était pas séparatiste, mais fédéraliste . . . Au fond du coeur, je suis convaincu qu'il considère l'idée de reconstruction de la Russie sous une forme fédérative comme une idée de très grand avenir . . . J'ajouterai que Petlioura est un francophile ardent et convaincu et qu'il nous a donné à plusieurs reprises des preuves indiscutables de son attachement et de son dévouement à la cause de l'Entente.“

beschäftigt waren, den ukrainischen Namen lächerlich zu machen. Sie waren nicht einmal imstande, die westukrainischen Truppen vor der ukrainischen Landbevölkerung zu schützen; bekanntlich wurden im Juli 1919 Teile der 5. galizischen Brigade in der Nähe von Kamjaneć Podilsk, dem damaligen Regierungssitz Petfuras, von räuberischen Bauern heimtückisch überfallen und entwaffnet. Während sich die Galizianer im Viereck des Todes verbluteten, verhandelte dieser angeblich große nationale Heros mit Warschau, wobei ein von ihm bevollmächtigter Oberst Kudrynowskyj eine dunkle Rolle spielte. Im Oktober ließ man dann die Landsleute völlig in Stich, Petfura forcierte die Verhandlungen mit Warschau und verließ endlich Ende November seine Truppen— natürlich nach Abfassung eines Aufrufs, in dem er den Soldaten freistellte, nach Hause zu gehen oder sich zu sammeln. Es leuchtet ein, daß all diese Reaktionen nicht auf einen Staatsmann, auch nicht auf einen politischen Ideologen schließen lassen. Und es ist verständlich, daß Männer dieses Kreises zu Agenten absinken mußten, da eine politisch-weltanschauliche Substanz nicht vorhanden war.

Nach dem Zusammenbruch aller Bemühungen hat sich an der „Orientierung“ dieser ostukrainischen Intelligenzlergruppe, deren eigentliches Zentrum ursprünglich eine Loge war, nichts geändert. Ein Teil ging nach Warschau, um dort an Einrichtungen mitzuarbeiten, die der Vorbereitung einer polnischen Ostpolitik dienten (sogenannter Prométhée-Kreis, wissenschaftlich und praktisch bedeutsam R. Smal-Stockyj). Andere siedelten gleich in ihre eigentliche geistige Heimat über: nach Paris. Einen Einfluß auf die Stimmung der ukrainischen Massen hat diese UNR-Gruppe nie gehabt, wenn die polnischen Behörden auch versuchten, ihr in Warschau und Wolhynien Einsatzmöglichkeiten zu sichern.

Zum anderen: Die polnischen Emigrationskreise sprechen davon, daß das Schicksal der Ukrainer an das der Polen gebunden sei. Die bereits historische Fürsorge der Republik für die stammverwandten östlichen Volksgruppen werde sich in der Zukunft besonders klar zeigen, da die Führung aus den politischen Fehlern des Piłsudski-Kurses gelernt habe. Ganz bewußt wird Sikorski dem Marschall Piłsudski gegenübergestellt. So heißt es in einer mit Beiträgen von Sikorski, Paderewski, Neville Chamberlain, Daladier und Herriot versehenen Veröffentlichung: „Entre Sikorski et Piłsudski existait une différence de conceptions dans laquelle deux planètes eussent pu rouler à l'aise“⁶⁵).

Diese Gegenüberstellung war und ist auch in der östlichen und südöstlichen Volkstumspolitik der Polen wichtig. Wenn wir Zielsetzung und Ergebnis auf Grund der Ausweise der polnischen Verwaltungsakten und der veröffentlichten Selbstzeugnisse zusammen-

⁶⁵) „Pologne“ (Ed. Horizons de France 1940), S. 156.

fassen, so ergeben sich ganz klar zwei Linien, die sich nach dem Tode Piłsudskis allmählich vereinigen.

PIŁSUDSKI war nie ein polnischer Nationalist im Sinne der romantisch-völkischen Bewegung oder der Nationaldemokratie. Seine gefühlsmäßigen Bindungen an Litauen und die Litauer⁶⁶⁾, seine sozialistische Vergangenheit und sein Sinn für historische Tradition ließen ihn zum Verkörperer eines übervölkischen polnischen Reichsgedankens werden. Seine Aufrufe an Litauer, Weißruthenen und Ukrainer sind nicht bloß als die beruhigenden Erklärungen eines Feldherrn zu deuten, der in eroberten Gebieten möglichst rasch Ruhe und Ordnung herstellen will. Ihm schwebte eine Versöhnung der Völker des Nord- und Südostens mit dem polnischen Reichsgedanken, die Fortführung einer großen Tradition vor. Als Voraussetzungen dieser Politik erkennen wir zunächst eine klare Unterscheidung zwischen den Führungsschichten und den (meist bäuerlichen) Massen. Eine Entnationalisierung der Massen hielt Piłsudski offenbar weder für möglich, noch für erwünscht. Ihm lag vielmehr daran, in den Siedlungsgebieten dieser nicht-polnischen Bauernmassen über führende Menschen zu verfügen, die im Namen der Republik Ordnung und Zusammenarbeit bewirkten. Die Integration der weiten östlichen Landschaften sollte also durch eine Führungsschicht vollzogen werden, die entweder polnisch der Abstammung und Gesinnung nach war, oder aber sich dem politischen System Polens einfügte. Das Wort „Polska“ erhielt in dieser Ideologie wieder den Sinn des östlichen Polšča im 18. Jh.: es umfaßte alle Völker des Reiches. Damals waren sowohl Deutsche als auch Russen „Polen“ in ihrer Eigenschaft als Angehörige der Corona Regni Poloniae. Der Volksbegriff „Pole“ wurde zumindest im Osten scharf davon getrennt, er hieß Ljach. Nur so ist das ukrainische Sprichwort verständlich, daß man Polen den Ljachen nicht überlassen dürfe (Ne popustymo ljachovi Polšči poky našoji žyznosity).

Diesem übervölkischen Reichsgedanken, der gewiß seine Wurzeln in der Adelsrepublik hatte, im Sozialismus aber modern gefaßt wurde⁶⁷⁾, entsprechen die häufigen Versuche des Piłsudski-Kreises, mit den Ukrainern

⁶⁶⁾ Vgl. hierzu die von mir zitierten Gespräche mit dem Gesandten Baranowski, H. J. BEYER, a. a. O., S. 131.

⁶⁷⁾ Typisch etwa der Aufruf vom 22. April 1919: „An die Einwohner des Litauischen Großfürstentums“, Piłsudski begründet die Wahl dieser Überschrift ausdrücklich mit der historischen Tradition (Pisma-Mowy-Rozkazy V, S. 65 ff.). Der Marschall hat wiederholt gegen den Begriff „Föderation“ polemisiert; diese Polemiken haben aber stets nur einen taktischen Sinn. Seine Grundkonzeption war zweifellos eine föderalistische, d. h. die Anschauung, fremdvölkische Nachbargebiete unter Wahrung bestimmter Autonomierechte anzugliedern, ohne sie völlig mit der Republik zu verschmelzen. Eine wissenschaftlich befriedigende Darstellung des polnischen „Sozialismus“ fehlt leider.

zu einem Ausgleich zu gelangen. Die Bedingung dieses Ausgleiches war gegeben: Ausrichtung auf Warschau. Der Erfüllung dieser Bedingung wurde in den Gebieten nördlich und westlich Sokal vorgearbeitet, vor allem in Wolhynien. Auch die gelegentliche Unterstützung der großen gemäßigten ukrainischen Partei, der Undo, entsprach dieser Zielsetzung. Historisches Denken führte endlich zu dem Plan, sich der orthodoxen Kirche als eines Werkzeuges in der gesinnungsmäßigen Integration der Gebiete mit ostslawisch sprechender Bevölkerung zu bedienen. Das ganze System verneinte einen politischen Eigenwillen der Ostvölker und war deshalb gegen alle entschieden nationalistischen Bestrebungen unversöhnlich hart. Es schloß eine Entnationalisierung gewiß nicht aus: das allmähliche Herübergleiten von führenden Vertretern der Nachbargruppen ins Polentum mußte einem Kreis sympathisch sein, der sich vor allem aus Polen litauischer, deutscher, ukrainischer, weißruthenischer und tatarischer Herkunft zusammensetzte⁶⁸). Eine Umvolkung der Massen hielt diese Gruppe Warschauer Politiker jedoch offenbar nicht für möglich, abgesehen von gewissen Landschaften des mittleren Ostens, wo man die sog. Tutejszy, die mehr konfessionell als völkisch dachten, als ethnisches „Material“ ansah. Der Verzicht auf eine Massenentnationalisierung, die von der allpolnisch und assimilatorisch eingestellten Nationaldemokratie erstrebt wurde, enthält als Idee sicher noch Reste des alten aristokratischen Herrenbewußtseins, das zwischen dem „obywatel“ (wörtlich: Bürger, eigentlich: Adeliger) und dem „Bauern“ klar unterschied. Manche Äußerungen Piłsudskis lassen jedoch den Schluß zu, daß er sich der Unmöglichkeit bewußt war, durch eine polnische Minderheit litauische, weißruthenische und ukrainische Mehrheiten polonisieren zu lassen. Seine pessimistische Einschätzung der volkspolitischen Kräfte des Polentums mußte es als unmöglich erscheinen lassen, Gebiete zu assimilieren, in denen das echte Polentum eine hoffnungslose Minderheit bildete. 1931 gab es auf dem ethnographischen Territorium der Westukraine nur 25,6% Polen⁶⁹), in der sowjetischen Ostukraine lediglich 1,6%. Faßt man den gesamten geschlossenen ukrainischen Siedlungsboden als Einheit ins Auge, so kommt man etwa auf die folgende Verteilung der Nationalitäten: 75% Ukrainer, 10% Russen, 6% Polen, 5,5% Juden und gut 1% Deutsche. Bei dieser Sachlage verbot sich, abgesehen von völkisch gemischten Grenzlandschaften, der Gedanke an eine Polonisierung der Massen. Noch niemals hat in der Geschichte eine ganz kleine Minderheit so große Mehrheiten völkisch eingeschmolzen, sie hat sie jedoch häufig beherrscht.

In der Emigration ist diese föderalistische Gruppe nahezu als völlig

⁶⁸) H. J. BEYER, a. a. O., S. 130 ff. und 133—154.

⁶⁹) Berechnung von V. KUBIJOVYČ auf Grund der amtlichen Zahlen (1936—1937, IV. Ukrajinśkyj Statystyčnyj Ričnyk, S. 15).

einflußlos anzusehen, sieht man von den bescheidenen literarischen Bemühungen des früheren Wilnaer Publizisten Cat-Mackiewicz ab, der am 1. Oktober 1941 in London eine gegen Sikorski gerichtete Zeitschrift startete. In gewissen amerika-polnischen Kreisen fand er mit seiner Kritik Anklang — jedoch aus Motiven, die seinen eigenen Motiven nicht entsprechen.

Eine ganz andere Linie verfolgte die Nationaldemokratie. Sie erkannte nicht bloß die Weißruthenen nicht an (die auch in den Augen des Pilsudski-Kreises mehr ethnographisches Material als Volkstum darstellten), sondern leugnete auch die Existenz der Ukrainer. Für sie gab es in der Ostpolitik nur eine Parole: Polonisierung der Massen. Grundsätzlich war das Ukrainertum als Volkstum nicht vorhanden, trotz gelegentlich abweichender, nur taktisch zu verstehender Erklärungen blieb das „allpolnische“ Element auf der Basis der „Gazeta Narodowa“ stehen, die am 5. September 1911 in ihrer Nr. 203 geschrieben hatte: „Was sind eigentlich die Litauer und Ruthenen? Sind es Völker in der modernen Bedeutung dieses Begriffes? Diese Frage muß verneint werden.“ Diese Worte eines konservativen Lemberger Organs, das den podolischen Grundbesitzern nahestand, lassen sich in gleicher Klarheit bei nationaldemokratischen Blättern finden. Während der „Friedens“-Konferenz in Versailles bekämpfte Dmowski wütend alle Föderationspläne des Pilsudski-Kreises, weil er in ihnen vor allem einen Verzicht auf die Ukrainer in Ostgalizien sah⁷⁰⁾. Das Ziel war eindeutig: Vernichtung der östlichen und südöstlichen Nachbargruppen durch Einschmelzung, Verdrängung oder Ausrottung.

Während die „föderalistische Gruppe“, um einen nicht ganz eindeutigen Ausdruck zu benutzen, für die Erreichung ihres Zieles die Führungsschichten der östlichen Landschaften zu gewinnen suchte und insbesondere die orthodoxe Kirche, die weithin eine Mehrheitskirche war, einzusetzen gedachte, vertraute die Nationaldemokratie auf die Machtmittel des Staates und der katholischen Kirche. Das bedeutete im Vergleich mit dem Pilsudski-Kreis, daß für das weitere Ziel schwächere Mittel eingesetzt werden sollten: der staatliche Beamtenapparat war im Vergleich mit dem Grundbesitz der polnischen Führung im Osten von geringer Bedeutung. In Polesien verfügten 530 Latifundienwirtschaften über fast 50% des Bodens, d. h. doch, daß einige hundert polnische Magnaten das Leben von Hunderttausenden unmittelbar bestimmten, während sich der tatsächliche Machtbereich der Bürokratie auf die wenigen, zumeist jüdischen Städte beschränkte. Die römisch-katholische Kirche hatte nur im südlichen Teil der Westukraine, in Litauen und in einem Teil des weißruthenischen Gebietes Bedeutung⁷¹⁾,

⁷⁰⁾ H. LAEUVEN, a. a. O., S. 24 ff.

⁷¹⁾ KUBIJOVYČ berechnet den Anteil der römischen Kirche in der Westukraine, a. a. O., S. 17, nicht, da er jedoch den Prozentsatz der Unierten mit 36,1%, den

während die Ostkirche die traditionelle Kirche der meisten Ukrainer und Weißruthenen war.

Die Geschichte der polnischen Innenpolitik, wie sie hier auf Grund von Verwaltungsaktenstücken beleuchtet wurde, lehrt, daß das weitere Ziel allmählich an die Stelle der ursprünglichen Planung des Piłsudski-Kreises trat. Das lag nicht nur daran, daß die auf Heer und Beamtenapparat beruhende Herrschaft des Marschalls über eine sichere Werkkraft im Innern, vor allem über überzeugende Ideen nicht verfügte, sondern auch daran, daß der Widerstand der Volksgruppen — vor allem im Südosten — sich als überraschend stark erwies. Wurde polnisches Bauerntum ohne beständige staatliche Hilfe in ukrainische Umgebung versetzt, so waren völkische Niederlagen die Regel: ein Teil der Kolonisten wanderte ab, ein anderer ukrainisierte sich. Es wird von polnischer Seite sogar darüber berichtet, daß Volksgenossen an das Weißruthenentum verloren gingen⁷²⁾. In Polesien brach das System der Militärsiedlung völlig zusammen⁷³⁾. Fast überall erwies sich in den Ostgebieten, daß die Assimilationskraft insbesondere des Ukrainertums dort weit größer ist als die des Polentums, wo Bauer mit Bauer kämpft. Der ukrainische Bauer erwies sich zumeist dem polnischen Landmann als überlegen. Bei dieser Sachlage war es nicht verwunderlich, daß die radikalen Rufer im Nationalitätenstreit allmählich das Übergewicht bekamen. Der Zusammenbruch des Piłsudski-Kurses einige Jahre nach dem Tode des Marschalls⁷⁴⁾ gab auch in der Volkstumspolitik den Gegenkräften das Feld frei. Aus den zwei Linien, zwischen denen wirklich Welten vorüberrollen konnten, wurde eine: die der Nationaldemokratie.

Das Schlußwort der polnischen Volkstumspolitik im Osten und Südosten war: rasche, rücksichtslose, unmittelbare und vollständige Polonisierung. Die Antwort der Geschichte wurde im Herbst 1939 gegeben.

der Orthodoxen mit 26,6%, den der Juden mit 10,1% und den der anderen mit 1,6% angibt, bleiben für die Römisch-Katholischen 25,6%. In den stark weißruthenischen Wojwodschaften Wilna, Nowogródek und Polesien gab es 1931 immerhin nur 39% Katholiken.

⁷²⁾ Kalender des „Ilustrowany Kuryer Codzienny“, 1936, Beitrag von JÓZEF WASOWICZ, Kresy wschodnie.

⁷³⁾ BÜRGENER, a. a. O., S. 93.

⁷⁴⁾ ZDZISLAW STAHL stellt in seinem Buche „Polityka polska po śmierci Piłsudskiego“, Lemberg 1936, bereits fest, daß die Anhänger des Marschalls bald vor „einer Leere“ (S. 9) standen. „Sie haben nur seine Befehle und Anweisungen im Gedächtnis sowie einen Vorrat an Erinnerungen, deren Auslegung ihnen persönlich überlassen ist.“ Das Piłsudski-Lager habe einen „Staatsbegriff ohne Volkstum“ geschaffen (S. 31). STAHL gehörte übrigens zu den entschiedenen Anhängern des Marschalls.